

Arne C. Seifert (Hg.)

**DDR-Diplomaten und die
deutsche Einheit**

**25 Jahre Verband für
Internationale Politik und Völkerrecht**

Heft 52

Berlin, Mai 2015

© Verband für Internationale Politik
und Völkerrecht e.V.

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Hannelore Bock, Horst Neumann

Druck: CentralStation, Berlin

Zu beziehen beim Verband für
Internationale Politik und Völkerrecht e.V.
Mohrenstraße 63, 10117 Berlin

Internet: www.vip-ev.de

Bankverbindung:

IBAN: DE09 1005 0000 0013 0493 99

BIC: BELADEBEXXX

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
---------------------	----------

Arne C. Seifert

Verlangen nach Zusammenschluss – wie unser Verband entstand.....	7
Herausforderungen.....	7
Mehr als eine „Personalvertretung“.....	10
Neue Leitungen, neue Blockaden.....	13
Die letzten Illusionen sterben.....	15
Vergebene Gelegenheiten.....	18
Über die Perspektive des Verbandes.....	24
Anhang: Brief des Verbandes der Berufsdiplomaten e. V. an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher.....	27

Hermann Schwiesau

Hilfe zur Selbsthilfe.....	29
----------------------------	----

Bernhard Neugebauer

Die erste Etage und der Verband der Berufsdiplomaten der DDR.....	32
DDR-Kompetenz unerwünscht.....	35

Heinz-Dieter Winter

Für eine reformierte DDR und eine erneuerte Außenpolitik.....	39
Schließung von Vertretungen.....	42
Zunehmende Destabilisierung im Lande.....	42
Regionalkonferenzen.....	43
Entwicklungspolitischer Runder Tisch.....	45
Bemühungen um Beziehungen mit Israel.....	46
Entwicklungen zu Beginn 1990 und Rücktritt von meiner Funktion.....	48

Hermann Schwiesau

Zur Politik der sozialistischen Nachbarländer gegenüber der DDR in den Jahren 1989 und 1990.....	51
--	----

Gunter Görner

Das letzte Jahr im Außenministerium der DDR.....	57
--	----

Vertragsentwurf über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen der DDR und der BRD.....	59
Neue Aufgaben unter der Regierung de Maizière.....	63
Was wird aus den völkerrechtlichen Verträgen der DDR nach der Einheit Deutschlands?	69
Der Einigungsvertrag	73
Die Zwei-plus-Vier-Gespräche	77
 Arne C. Seifert	
„2+4“ – Frieden – nachhaltige Verpflichtung? Nachbetrachtungen	83
Anhang – Memorandum des MfAA.....	87
 Otto Pfeiffer	
Auf neuen Wegen.....	89
Ziele und Ergebnisse unserer Verbandsarbeit.....	93
Anhang Veröffentlichungen von Mitgliedern des Verbandes.....	100
 Biografische Daten der Autoren	101

Vorwort

Dieser neue Band der „Blauen Reihe“ des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht, der aus Anlass seines 25. Gründungsjubiläums erscheint, thematisiert Aspekte der Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Er enthält bisher weitgehend unveröffentlichte Erinnerungen von DDR-Diplomaten und Dokumente. Es geht um den Einigungsvertrag, die Zwei-plus-Vier-Gespräche, die Vereinten Nationen, Erwartungen, die bei östlichen Nachbarstaaten und in Entwicklungsländern bestanden.

Der Leser wird einen Einblick gewinnen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Zielen unser Verband entstanden ist, wie sich die Konstellationen im Außenministerium der DDR unter den beiden letzten Außenministern gestalteten und wie das Auswärtige Amt die Angehörigen des diplomatischen Dienstes der DDR zielstrebig ausgrenzte.

Dabei hatten die DDR-Diplomaten auch im Vereinigungsprozess auf internationaler Ebene eine nicht wegzudenkende Rolle gespielt. Sie bemühten sich um eine akzeptable internationale Einbettung dieses Prozesses, insbesondere um friedenspolitisch vernünftige Entscheidungen im Interesse der Stabilisierung von europäischer und internationaler Sicherheit. Heute wird all das nicht mehr erwähnt.

Die Initiative zur Verbandsgründung fiel in die Zeit des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses. Die Mitarbeiter des Außenministeriums waren damals politisch und persönlich mit zwei großen Herausforderungen konfrontiert: Sie mussten ihren Beitrag zur Regelung der internationalen Aspekte dieses Zusammenschlusses leisten, und jeder von ihnen hatte um seine eigene Zukunft zu ringen. Was lag näher, als sich in jener Situation zusammenzuschließen. Zur Wahrung der Interessen bedurfte es einer mobilisierenden, demokratischen Basisorganisation. Es galt, dafür zu kämpfen, dass sich das diplomatische Personal der DDR auch in einer neuen gesellschaftlichen Situation seiner Qualifikation entsprechend würde einbringen können. Schließlich war in gründlicher Ausbildung und jahrzehntelanger Tätigkeit ein umfangreicher Fundus bewährter Erfahrungen auf internationalem Parkett, im Umgang mit fremden Menschen und Kulturen sowie spezialisierter Länder- und solider und vielfältiger Fremdsprachenkenntnisse erworben worden.

Die Vorstellungen, wie die persönliche Zukunft aussehen könnte, unterschieden sich durchaus. Sehr wenige glaubten an die Möglichkeit der geradlinigen Fortsetzung ihrer beruflichen Laufbahn; die meisten rechneten mit einer Chance, ihr Können andernorts in berufsverwandten Tätigkeiten anwenden zu können; die absoluten Pessimisten waren anfänglich in der Minderheit. Die auf völlige Ausgrenzung gerichteten Pauschalentscheidungen der maßgeblichen Politiker der regierenden CDU/CSU-FDP-Koalition sollten ihnen aber letztlich Recht geben.

Doch Resignation war keine Option für Enthusiasten, denen der Beruf zugleich zur Berufung geworden war. Neben ihrem Erfahrungspotential verfügten die DDR-Diplomaten über einen wichtigen Vorzug: die Innensicht auf die außenpolitischen Prozesse, an denen sie beteiligt gewesen waren. Gerade in Zeiten sklavischer Aktengläubigkeit ist der Zeitzeuge und Akteur unverzichtbar. Er kann historische Vorgänge zutreffender bewerten als der Archivleser, dem verschlossen bleibt, was nicht aktenkundig gemacht wurde. Der Verband war stets bestrebt, den Schatz der Zeitzeugenschaft seiner Mitglieder, Freunde und ehemaligen Partner zu heben und in seine Veranstaltungsprogramme und Publikationen einfließen zu lassen.

Die Berufung erschöpfte sich in den Jahren nach der Vereinigung jedoch nicht in der Bewertung des Vergangenen. Sie schloss das Mitdenken aktueller internationaler Prozesse, die Information über außenpolitische Konzepte anderer und die unvoreingenommene Auseinandersetzung mit ihnen ein – unter Einbeziehung eines möglichst breiten politischen Spektrums und der Gewinnung von authentischen Informationen aus vielfältigen Quellen: von Wis-

senschaftlern verschiedenster Disziplinen, von Vertretern unterschiedlicher Parteien oder von in Berlin akkreditierten Vertretern anderer Staaten. So konnte manche Veranstaltung zu einem auch von unseren Gästen geschätzten Forum des fruchtbaren Meinungsaustauschs werden.

Doch selbst seine „Gründerväter“ hätten nicht erwartet, dass der Verband 25 Jahre nach jenen Februartagen des Jahres 1990, als sie ihn aus der Taufe hoben, noch existieren würde. Das ist – so sehen es wohl viele Vereinsmitglieder und Freunde – in der Tat ein erstaunliches Faktum, ja, fast ein Wunder. Daher lohnt der Rückblick sowohl auf die Umstände der Gründung als auch auf die geleistete Arbeit, wenngleich der begrenzte Umfang dieser Publikation nicht allen Facetten der Verbandshistorie Platz bietet.

Dem Leser des vorliegenden Heftes wird nicht entgehen, welcher inhaltlicher Wandel sich vollzog vom ursprünglichen „Verband der Berufsdiplomaten der DDR“ – einst als Interessenvertretung einer Berufsgruppe gedacht – bis zum heute tätigen gemeinnützigen Verein mit seinem Ziel, „zur Verständigung zwischen den Völkern, zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten, zur Schaffung einer friedlichen Welt und zur umfassenden Durchsetzung der Menschenrechte beizutragen“, wie es in seiner Satzung heißt. Die Ergebnisse der Tätigkeit des Verbandes sind jedenfalls Grund genug, die Arbeit auch in Zukunft fortzuführen, das Wunder also andauern zu lassen.

Otto Pfeiffer

Berlin, Mai 2015

Präsident des Verbandes
für Internationale Politik und Völkerrecht e. V.

Verlangen nach Zusammenschluss – wie unser Verband entstand

In den ersten Dezembertagen 1989 rief mich Edgar Röder, damals Abteilungsleiter für Nord- und Westafrika im Außenministerium, mit der Bitte an, „doch mal vorbeizukommen“. Er habe etwas mit mir zu beraten.

Rückblickend erinnert sich Edgar Röder: *„Gegen Ende 1989 begannen wir in unserer Abteilung, nach Wegen zu suchen, wie die Interessen unserer Mitarbeiter im sich beschleunigt abzeichnenden Niedergangsprozess der DDR gegenüber jedweder neuen Machtkonstellation gewahrt und geschützt werden könnten...“*

Es lag nahe nachzuforschen, welche Praxis dafür im Auswärtigen Amt vorlag. Dazu bot ein Gespräch mit zwei Abteilungsleitern des Bonner Auswärtigen Amtes sowie des Entwicklungsministeriums Gelegenheit. Die Herren hatten über die BRD-Vertretung um eine Konsultation über unsere Beziehungen zu den, wie wir damals formulierten, Ländern mit sozialistischer Orientierung ersucht. Zwar kannten sie den Begriff, waren sich jedoch unsicher über seinen Gehalt.

Unser Treffen fand im Gästehaus des MfAA in Treptow statt. Die beiden Herren beantworteten ohne Geheimniskrämerei unsere Fragen zur Interessenvertretung der Mitarbeiter durch einen gewählten Personalrat. Auch aus anderen Quellen flossen weitere Informationen zusammen, und recht bald verfügten wir über ungefähre Vorstellungen von einem Personalrat, seiner Rolle und Einflussnahme auf die Leitung eines Ministeriums.

Den Beteiligten in meiner Abteilung, die sich engagiert für eine wirksame Interessenvertretung der Mitarbeiter einsetzten, war klar, dass wir schnell handeln mussten, überschlugen sich doch die Ereignisse im Lande. Meinem Vorschlag wurde zugestimmt, Minister Oskar Fischer über unsere Absichten zu informieren, wollten wir es doch nicht auf ein fait accompli¹ ankommen lassen. Ich wandte mich zunächst an den Leiter des Ministerbüros, Manfred Niklas. Er reagierte etwa wie folgt: Er – Manfred Niklas – werde Oskar Fischer informieren. Dies sei der bessere Weg, denn Oskar Fischer könne sich die Info bestenfalls anhören, aber nicht darüber entscheiden. Niklas hatte Recht. Er trug unser Anliegen noch am gleichen Tage vor und informierte mich umgehend über die Reaktion seines Chefs: Der Minister danke für die Information. Er werde Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen nicht verwehren, eine eigene Vertretung zu gründen, dieses aber auch nicht kommentieren. Er hoffe, es werde gelingen, die Interessen aller Betroffenen gebührend wahrzunehmen und ihnen Unterstützung zuteilwerden zu lassen.

Da ich entgegen allen Erwartungen noch als Botschafter nach Tunis entsandt werden sollte, konnte ich mich nur noch begrenzt dieser so wichtigen Aufgabe widmen. Also suchte ich nach einer Persönlichkeit aus unseren Reihen, die über notwendige Erfahrungen und Voraussetzungen verfügte. Und das warst in meinen Augen – Du.“

Herausforderungen

Edgar Röders harmloses „Komm doch mal vorbei“ entpuppte sich als Herkulesprojekt, das mich zunächst erschreckte. Obgleich mir sofort einleuchtete, wie notwendig und dringlich das Vorhaben war, flößten mir die Ansprüche einer solchen Absicht Respekt ein. Denn: Wer Ende 1989 von „Personalvertretung“ sprach, hatte an das Schicksal von 3.122 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im In- und Ausland zu denken, darunter 1.446 diplomatische, 667 im Haus

¹ Die aus dem Französischen kommende Redewendung (vollendete Tatsache) bedeutet einen nicht mehr rückgängig zu machenden Sachverhalt, mit dem jemand vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

und 779 in Auslandsvertretungen. Er würde mündige Menschen mit hohem geistigem Niveau, politischem Verstand und Weltenerfahrung zu gewinnen haben. Von ihnen waren rund die Hälfte im Alter zwischen 35 und 50 Jahren, 88,7 Prozent mit Hochschulabschluss, von denen drei Viertel die UNO-Hauptsprachen und 43 Prozent teils seltene Landes- sowie Regionalsprachen beherrschten.

Wer über eine „Personalvertretung“ nachdachte, hatte innerbetriebliche Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen. Ingrid Muth, Botschaftsrat in der Hauptabteilung Presse, erinnerte sich, dass „vielen von uns die Zeitspanne zwischen Herbst 1989 und dem Frühjahr 1990 als ein Zeitfenster erschien, alte, verkrustete Inhalte und Strukturen aufzulösen und in demokratisch erneuerte zu überführen. In fast allen Bereichen wurden die außenpolitischen Konzeptionen und langfristigen Strategiepapiere überarbeitet und den neuen Konditionen angepasst, soweit man sie überblicken konnte. Trotzdem änderte sich im Ministerium kaum etwas, sieht man davon ab, dass sich mit dem Zerfall der SED auch die Parteistrukturen im MfAA auflösten und die Rolle der Gewerkschaft als eine, wenn auch sehr eingeschränkte, Form der Belegschaftsvertretung noch mehr an Bedeutung verlor.“²

Über eine „Personalvertretung“ nachzudenken hieß, die äußeren Umstände, Möglichkeiten, Triebkräfte und Zwänge zu berücksichtigen, unter denen unsere Mitarbeiter und Diplomaten Außenpolitik zu denken und zu gestalten hatten. Diese Umstände änderten sich zwischen Herbst 1989 und 1990 im Monatstakt, mit ihnen die Leitungskonstellationen und inhaltlichen Führungsinstruktionen. Rückblickend lassen sich die Sprünge in zwei Phasen teilen: die der Regierungen Modrows und de Maizières.

Als am 13. November 1989 die Volkskammer Hans Modrow zum Vorsitzenden des Ministerrates wählte, hatte die SED bereits ihre „normative Kraft“ über die Außenpolitik verloren.³ Modrows Regierungserklärung stellte als Ziel eine „Verantwortungsgemeinschaft beider deutscher Staaten“, die durch eine „Vertragsgemeinschaft“ zu untersetzen sei. Unter Außenminister Fischer arbeiteten die DDR-Diplomaten engagiert daran, im Ausland um Verständnis für die neuen Entwicklungen zu werben und diese international abzusichern. Sie ließen sich davon leiten, dass eine deutsche Einheit nicht ohne einen gesamteuropäischen Sicherheitsprozess möglich sein werde, der mit der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki begonnen hatte und auf dessen Fortsetzung aus derselben Friedens- und Stabilitätslogik heraus niemand in Europa, einschließlich der UdSSR, der BRD und den USA, verzichten werde.

In diesem Sinne beauftragte der Minister am 23. Februar 1990 die Botschafter, den Regierungen ihrer Gastländer ein Memorandum des MfAA „Zur Einbettung der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den europäischen Einigungsprozess“ zu übergeben (s. Anhang S. 104). Jedoch hatten zu diesem Zeitpunkt andere Kräfte bereits über das Schicksal der DDR und ihrer Außenpolitik entschieden. Ein anlässlich des Besuchs von Bundeskanzler Kohl am 19. Dezember 1989 in Dresden vereinbarter Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft, dessen Text die Rechtsabteilung zusammen mit der Grundsatzabteilung des MfAA auf sieben Seiten und 28 Artikeln erarbeitet hatte, blieb bereits ohne jede Reaktion aus Bonn.

Karl Seidel, damals Leiter der Abteilung BRD im MfAA, erinnert sich an die Verkettungen: Die innere Situation der DDR spitzte sich immer mehr zu. Letztlich entscheidend für das Schicksal der DDR war die Haltung der UdSSR und Gorbatschows. Die DDR hatte in der neuen sowjetischen Europapolitik keinen Platz

² Ingrid Muth, *Die DDR-Außenpolitik in der Periode 1989 - 1990*, in: Siegfried Bock, Ingrid Muth, Hermann Schwiesau (Hg), *DDR-Außenpolitik – Ein Überblick*, LIT Verlag, Berlin, 2010, S. 39.

³ Ingrid Muth, a. a. O. S. 33.

mehr. In den USA entwickelte Präsident Bush seine „Grand Strategy“. Darin waren zunächst Polen und Ungarn die Schwerpunkte. Nach dem Fall der Mauer trat sofort die DDR in den Mittelpunkt – ohne Rücksicht auf europäische Sicherheit. In Moskau fiel die endgültige Entscheidung am 26. Januar 1990 bei einer Krisensitzung im Kreml von Gorbatschow mit seinen engsten Getreuen. Das Ergebnis: Die deutsche Wiedervereinigung sei unvermeidlich. Gorbatschow hatte bereits Marschall Achromejew beauftragt, den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR vorzubereiten. Beim Kohlbesuch in Moskau am 10./11. Februar 1990 stimmte Gorbatschow der deutschen Einheit mit dem Kernsatz zu, es bestünden keine Meinungsverschiedenheiten über die Einheit Deutschlands.⁴

In der im Ergebnis der Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 gebildeten Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU), bekam das Außenministerium mit Markus Meckel (SPD), einen neuen Minister. In der Koalitionsvereinbarung vom 12. April 1991 hieß es im Abschnitt 3 „Der Einigungsprozess und die Außenpolitik“ und in Punkt 3.1.: „Hauptaufgabe der Außenpolitik der Regierung der DDR ist die Einbettung des Prozesses der deutschen Einigung in den gesamteuropäischen Einigungsprozess. Dafür spielt die KSZE eine wesentliche Rolle.“ In 3.2. hieß es: „Es ist die Aufgabe der Regierung der DDR, dafür einzutreten, den Prozess der Ablösung der Militärbündnisse durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu fördern. [...] Die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschland ist den osteuropäischen Staaten nur zumutbar, wenn damit sicher das Aufgeben bisher gültiger NATO-Strategien, wie Vorneverteidigung, Flexible Response und nuklearer Ersteinsatz, verbunden ist.“ Und in 3.8.: „Die DDR will ihre besondere Verbindung zu den Völkern Osteuropas auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet entwickeln und vertiefen.“⁵

Heute gilt es herauszustellen, dass diese auf gesamteuropäische kollektive Sicherheit und Zusammenarbeit gerichtete Orientierung damals breiter Konsens der in der Wende entstandenen Parteien sowie der Volkskammer in ihrer neuen Zusammensetzung war. Die Regierung de Maizière folgte den Grundsätzen der Volkskammerfraktionen von CDU, Deutsche Soziale Union (DSU), Demokratischer Aufbruch (DA), die Liberalen (F.D.P., DFP, BFD) sowie der SPD vom 12. April 1990, die den „Außen- und sicherheitspolitischen Grundsatzpositionen“ den ersten Platz in ihren „inhaltlichen Vereinbarungen“ einräumten. Als gemeinschaftlicher Grundsatz galt: „Das vereinigte Deutschland gestaltet seine Zukunft in Zusammenarbeit mit den KSZE-Staaten. Es wird – wie das übrige Europa – seine Sicherheit in einer gesamteuropäischen Friedensordnung finden“. Mit weiteren Schwerpunkten zum Einigungsprozess und zur Außenpolitik, der KSZE sowie zur Sicherheits- und Entwicklungspolitik lagen dem außenpolitischen Apparat der DDR und seinen Diplomaten Richtungsweisungen vor, welche mit ihren Überzeugungen vereinbar waren. Umso mehr, als sich die „Koalitionsfraktionen einig (waren), daß der Inhalt, der zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zu vereinbarende Regelungen [...] den heutigen Vereinbarungen zwischen den Koalitionsfraktionen in ihren Grundzügen entsprechen müssen“.⁶

Hatten wir mit der Modrow-Regierung noch eine Chance, eine andere Außenpolitik mit Erfolg zu betreiben, fragt rückblickend Ernst Krabatsch, damals stellvertretender Minister des

⁴ Karl Seidel, *Das Verhältnis zwischen der DDR und der BRD. Das letzte Jahr*, in: Bock, Muth, Schwiesau, a. a. O., S. 62/63.

⁵ Ingrid Muth, a. a. O., S. 36.

⁶ *Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen (DFP, BFD, F.D.P.) und der SPD vom 12. April 1990, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Hauptabteilung Information, 26.04.1990.*

Bereichs Grundsatzfragen im MfAA. Er schreibt, er „glaube, dass wir in dieser Zeit im Prinzip das Richtige zumindest versucht haben. [...] Für mich liegt der grundlegende Unterschied zur vorherigen außenpolitischen Konzeption (*der DDR-Führung – A. S.*) darin, dass man sich einem zusammenwachsenden Europa und der ‚einen Welt‘ nicht nur in Worten öffnen, sondern aktiv und Politik gestaltend mitarbeiten wollte. Mit der Modrow-Regierung wurden diese Anstrengungen nicht nur verstärkt und gebündelt, sondern weit stringenter unternommen. [...] In den Zwei-plus-Vier-Gesprächen spielte die DDR [...] eine völlig untergeordnete Rolle. Mit der Zustimmung zu einer Wirtschafts- und Währungsunion und dem Umlauf der DM hatte sich auch die demokratische Opposition selbst aufgegeben. Formal saß die DDR noch am Verhandlungstisch, die wichtigen Entscheidungen fielen ohne sie. Die DDR konnte nur zustimmen. Ihre Vorschläge wurden ignoriert, um es nicht drastischer auszudrücken.“⁷

Mehr als eine „Personalvertretung“

Dass sich die außenpolitischen und internationalen Verkettungen der Vereinigung der beiden deutschen Staaten so kritisch entwickeln würden, war im Dezember 1989 noch nicht voraussehbar. Aber dass jene Verläufe die Mitarbeiter belasteten, ja politisch „aufluden“, durfte nicht verwundern. Von daher leuchtete ein, dass die Art und Weise von „Personalvertretung“ und ihre Prioritäten nicht die des Auswärtigen Amtes nachahmen durften. Vielmehr hatte ein zu gründender Verband „Interessensvertreter“ zu sein. Denn Genscher und Meckel verkoppelten das persönliche Schicksal der MfAA-Mitarbeiter mit ihren „Feinabstimmungen“ zu Personalproblemen im Kontext der Zwei-plus-Vier-Gespräche. Das aber machte unsere Geschichte zum Gegenstand von Geheimdiplomatie hinter verschlossenen Türen, wo die andere Seite die Unterhändler eines dahinsiechenden Staates nicht einmal mehr als „Bittsteller“ gelten ließ. Genscher und Meckel verweigerten sich unerbittlich unserer Forderung, die Personalfragen gemeinsam mit den Betroffenen demokratisch zu erörtern. Dies nicht einfach hinzunehmen erheischte eine Energie, die der zu gründende Verband allein aus einer echten mobilisierenden, demokratischen, hierarchiefreien Basisorientierung erzielen konnte.

Am 25. Januar 1990 hatte sich eine Initiativgruppe von Kolleginnen und Kollegen zusammengefunden, die zur Bildung eines „Verbandes von im außenpolitischen Dienst der DDR stehenden Berufsdiplomaten e. V.“ aufrief. Ihr gehörten an: Thomas Goguel – Botschaftsrat; Guntram Kaiser – III. Sekretär; Norbert Ließneck – Attaché; Ingrid Muth – Botschaftsrat; Reiner Neumann – Botschafter; Uwe Rolfs – Attaché; Edgar Röder – Botschafter; Hermann Schwiesau – Botschafter; Karin Schüttpelz – Attaché; Arne Seifert – Botschafter; Herbert Süß – Botschafter; Günther Ullrich – Botschafter; Franz Wolf – I. Sekretär. Zugleich empfahl dieser Aufruf den Mitarbeitern im administrativ-technischen Bereich, sich ebenfalls in einer Interessenvereinigung zusammenschließen.

Der allen Mitarbeitern zugeleitete Aufruf stellte folgende Überlegungen zur Diskussion:

„1. Dieser Verband soll den im außenpolitischen Dienst stehenden oder ehemals befindlichen Berufsdiplomaten der DDR, gleich welcher Weltanschauung oder Konfession, zur Mitgliedschaft offenstehen.

2. Der Verband ist als eine Interessengemeinschaft/Interessenvertretung von Berufsdiplomaten zu verstehen, die ihre speziellen Traditionen pflegt, ein Forum des Gedankenaustausches und der Weiterbildung ist und in der die Solidarität der Mitglieder des Verbandes einen wichtigen Platz einnimmt.

Als Interessenvertretung tritt der Verband für seine Mitglieder gegenüber den staatlichen Organen und Gewerkschaften auf, ohne dabei gewerkschaftliche Aufgaben zu übernehmen.

⁷ Ernst Krabatsch, *Achillesferse Nationale Frage*, in: Bock, Muth, Schwiesau, a. a. O., S. 65.

3. Einem durch die Mitgliederversammlung zu beschließenden Statut könnten folgende Grundsätze als Präambel vorangestellt werden:

- eingedenk dessen, „daß die Völker aller Staaten von alters her die besondere Stellung des Diplomaten anerkannt haben“ (Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen vom 18. 4. 1961) und daß die Spezifik ihrer Tätigkeit sie international zu einem besonderen, durch das Völkerrecht geprägten Berufsstand unter der Beamtenschaft macht,
- in Anbetracht der gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR hin zu einem demokratischen Rechtsstaat mit Gewaltenteilung und Parteienpluralismus, die es im öffentlichen Dienst Tätigen gebieten, sich in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit ausschließlich von Staatsräson, d. h. von der Treue zur Verfassung, nicht aber von parteipolitischen Interessen leiten zu lassen,
- erinnernd daran, daß die Angehörigen des außenpolitischen Dienstes der DDR in Bekanntheit zur Profession des Diplomaten, ungeachtet der in der Vergangenheit vorhandenen Diskrepanz zwischen der Innen- und Außenpolitik, aufgrund ihrer Sachkompetenz und internationalen Erfahrung ihren Beitrag zu einer auf Frieden, Entspannung und Stabilität gerichteten Außenpolitik in Übereinstimmung mit den Normen des Völkerrechts geleistet haben und leisten,

erscheint die Gründung eines Verbandes von im außenpolitischen Dienst der DDR stehenden Berufsdiplomaten notwendig und gerechtfertigt.

4. Das unter Punkt 2 grob skizzierte Betätigungsfeld könnte folgende Komplexe bzw. Zielstellungen zum Inhalt haben:

- Interessenvertretung der Mitglieder des Verbandes gegenüber der staatlichen Leitung und der Gewerkschaft hinsichtlich auftretender Probleme bei der Einstufung in diplomatische Ränge, bei Festlegungen über einen Auslandseinsatz und damit zusammenhängende Modalitäten sowie bei Beendigung des Auslandseinsatzes,
- bei der Förderung der Tätigkeit von Frauen im diplomatischen Dienst,
- bei Gehaltsfestlegungen,
- bei Durchführung disziplinarischer Maßnahmen durch die staatliche Leitung,
- beim Ausscheiden aus dem außenpolitischen Dienst usw.,
- Bereitschaft zur Beratung der Leitung des Ministeriums zu speziellen, den außenpolitischen Dienst betreffenden Fragen,
- bei der Schaffung und Vervollkommnung einer leistungsorientierten Lohnstruktur sowohl in der Zentrale als auch im Auslandseinsatz,
- bei der Organisation von Bildungsmaßnahmen
 - selbständige Bildungsmaßnahmen und Traditionspflege im Rahmen der Tätigkeit des Verbandes durch Organisation von Vorträgen von Vertretern aus der Wissenschaft und des Diplomatischen Corps sowie in der Öffentlichkeit,
 - durch gemeinsame Diskussionsabende zu ausgewählten Themen mit Mitgliedern des Diplomatischen Corps, politischen Parteien u. a. gesellschaftlichen Organisationen,
 - auf dem Gebiet des Berufserfahrungsaustausches, einschließlich mit analogen Vereinigungen anderer Staaten sowie Unterhaltung von Kontakten zu Ausbildungseinrichtungen und wissenschaftlichen Institutionen auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen,
- Bewahrung der Traditionen und Erfahrungen, Förderung der Kollegialität und Solidarität unter den Diplomaten der DDR sowie Pflege des diplomatischen Berufsethos,
- Mitwirkung der Mitglieder des Verbandes in nationalen und internationalen Gesellschaften (Fachgesellschaften),
- Erwägung der Schaffung eines eigenen Publikationsorgans.

- Als unmittelbare Aufgabe sollte die Mitwirkung an der Erarbeitung eines Beamtengesetzes stehen.

5. Der Verband finanziert die entstehenden Unkosten aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Die Leitungen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und des Ministeriums für Außenwirtschaft werden ersucht, die Tätigkeit des Verbandes materiell zu unterstützen (z. B. durch Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten für die Tätigkeit des Verbandes außerhalb der Arbeitszeit).

6. Unter Berufsdiplomaten sollen Kollegen verstanden werden, denen zur Ausübung des diplomatischen Dienstes ein diplomatischer Rang verliehen wurde.

7. Auf der Gründungsversammlung ist das Statut des Verbandes zu beschließen. Der Verband sollte durch einen Vorstand mit einem geschäftsführenden Vorsitzenden, der turnusmäßig wechselt, geleitet werden.

Zur Vorbereitung der Gründung des Verbandes ist ein Vorbereitungskomitee zu bilden, das die Vorbereitungsarbeiten, einschließlich der Ausarbeitung des Entwurfs eines Statuts, zügig durchführt.

8. Es ist vorgesehen, den Berufsverband als e. V. registrieren zu lassen. Seine Organe sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand sowie Revisions-Mitgliederkommissionen.“⁸

Innerhalb nur einer Woche trugen sich 415 Mitarbeiter in eine Beteiligungsliste ein, was erlaubte, zu einer Gründungsversammlung des Verbandes am 1. Februar einzuladen. Die 78 Anwesenden stimmten der inhaltlichen Orientierung sowie einer darauf beruhenden Satzung des Verbandes zu. Sie artikulierten das Selbstverständnis seiner Mitglieder: „Die Mitglieder des Verbandes leisten als Diplomaten der DDR ihren Beitrag zur Völkerverständigung und zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten, zur Schaffung eines geeinten, friedlichen Europas und einer friedlichen Welt.“

Die Gründungsversammlung wählte einen Vorstand, dem angehörten: Jeannette Klötzer, Ingrid Muth, Uwe Rolfs, Hans Schindler, Karin Schüttpelz, Hermann Schwiesau, Arne Seifert, Günter Ullrich, André Wieland. Zum Geschäftsführenden Vorsitzenden wurde Arne Seifert gewählt, Ingrid Muth und Hermann Schwiesau als Stellvertreter.

Minister Oskar Fischer unterzeichnete getreu seinem Toleranzversprechen den Registrierungsantrag des Verbandes. Am 14. Februar ging vom Ministerium für Innere Angelegenheiten die staatliche Anerkennung ein.

Für seine praktischen Aktivitäten schuf der Verband folgende Arbeitsgruppen: soziale Fragen und Rechte der Mitarbeiter, Beschäftigung und Umschulung, technisch-organisatorische Fragen, internationale Politik.

Besonders die sozialen Aspekte wurden immer vorrangiger, da bereits die Modrow-Regierung finanzielle Kürzungen einforderte. Daraus resultierten erste Botschaftsschließungen, Freisetzungen von Mitarbeitern, Vorruhestandsregelungen und Umsetzungen. Es gelang, Dieter Jäger als Verbandsvertreter in der zentralen Attestierungskommission zu platzieren und im Betriebskollektivvertrag eine neue Konzeption für Umschulungen zu vereinbaren, wofür Franz Wolf und Uwe Rolfs den Kern einer Arbeitsgruppe bildeten. Im Beirat des MfAA vertraten Martin Noack und Norbert Ließneck die Kollegen, Günter Markstein wurde in die BGL gewählt, Ingrid Muth stellte die Verbindungen zum Beamtenbund her.

Am 30. Mai vertrat der Verband 720 diplomatische Mitarbeiter.

⁸ *Ihr gehörten an Prof. Dr. Herbert Süß, Edgar Röder, Hans Bernhardt, Franz Wolf, Sabine Kramarczyk.*

Neue Leitungen, neue Blockaden

Entsprechend seiner Aufgabenstellung als Interessenvertretung gab der Vorstand auf der ersten Mitgliederversammlung des Verbandes am 1. März 1990 noch sozialen Forderungen den Vorrang. Das betraf Grundfragen ihrer Arbeit und ihres Lebens im Wechsel von In- und Auslandseinsätzen – und das oft über lange Lebensspannen hinweg. Wir gingen davon aus, dass mit der Wende alle Voraussetzungen dafür entstehen würden, diesbezügliche Fragen nicht länger über die Köpfe der Betroffenen hinweg zu entscheiden. Gemeint war Berufsspezifisches, wie:

- Einstufung in diplomatische Ränge (Attestierung oder besser Ausschreibung?);
- objektive Leistungsbewertung von Diplomaten in der Zentrale und in den Botschaften;
- leistungsbezogene Gehaltssysteme unter Berücksichtigung der sehr unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, besonders im Ausland;
- Kategorisierung von Einsatzorten nach Erschwernissen und eine dementsprechende Rotation beim Auslandseinsatz;
- Neuordnung der schulischen Betreuung unserer Kinder mit dem Ziel, die belastende Trennung von Eltern und Kindern zu überwinden u. a.

Jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt beunruhigte uns die sorgenvolle Frage, wie es mit uns Diplomaten in einem Vereinigungsprozess von DDR und BRD und danach weitergehen würde und sollte. Unsere Kollegen forderten Mitsprache bei Entscheidungen.

Dazu hatte der Vorstand Minister Fischer am 27. Februar ersucht, „in den Verhandlungen mit der BRD-Seite zu außenpolitischen Fragen im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten die personellen Fragen eines künftigen gemeinsamen deutschen Auswärtigen Dienstes vorrangig zu behandeln und zur Vorbereitung dieser Gespräche einen paritätischen Ausschuß zu bilden“.

Wahrscheinlich in Voraussicht auf den zu erwartenden Regierungswechsel blieb unser Brief unbeantwortet. Die Brisanz der Problematik stieg bereits drei Wochen später, da nach den Volkskammerwahlen am 18. März mit einem Leitungswechsel an der Spitze des MfAA zu rechnen war. Wer würde in die „erste Etage“ – die Ministeretage – einziehen?

Es zogen ein: von der SPD Markus Meckel als Minister und Hans-Jürgen Misselwitz als Parlamentarischer Staatssekretär; von der DSU Frank Tiesler als Parlamentarischer Staatssekretär; von „Demokratie Jetzt“ Helmut Domke als Parlamentarischer Staatssekretär.

Der engste Kreis um den Außenminister setzte sich weitgehend aus seinen persönlichen Freunden und Verwandten zusammen, die ihrerseits weitere Freunde und Verwandte für die Mitarbeit im MfAA rekrutierten. Meckels Berater, Psychotherapeut Carlchristian von Braunmühl, fungierte de facto als Politischer Direktor des MfAA. Dieser scharte um sich: Claudia von Braunmühl (Cousine Carlchristian von Braunmühls), Patrick von Braunmühl (Neffe von Carlchristian von Braunmühl und dessen Persönlicher Referent), Franziska Rahner (Freundin von Patrick von Braunmühl, Persönliche Referentin Meckels), Helmut Frick (Schwager von Carlchristian von Braunmühl; abgeordnet aus dem AA, Berater im Meckel-Büro) und Stefan Göbel (Schulfreund von Carlchristian von Braunmühl, abgeordnet aus dem AA ins Referat „Presse und Öffentlichkeit“).⁹

Nach dem 18. März verständigte sich der Verband über sein Verhalten gegenüber der neuen Leitung des MfAA auf folgende Linie:

⁹ Die Presse spottete: So schrieb die *Süddeutsche Zeitung* am 27.7.1990: „Nur zehn Minuten Zeit für Falin. Ein Stab gutwilliger Greenhorns berät den glücklos agierenden DDR-Außenminister Markus Meckel“. Am 28.4.1990 hatte die gleiche Zeitung bereits geschrieben: „Eine Mannschaft – untrainiert, aber guter Dinge“.

- Loyalität und Bereitschaft des Verbandes zur konstruktiven Zusammenarbeit mit der neuen Leitung des MfAA;
- konstruktives Verhalten gegenüber allen Trägern von Verantwortung;
- offensives Auftreten durch Ausarbeiten und Unterbreiten konkreter Vorschläge zur Lösung von Problemen;
- Forderung der Einbeziehung des Verbandes in seine Mitglieder betreffende Entscheidungen (Personalfragen, Kontakte zum AA u. a.).

Die neue Leitung sollte sich aber als enttäuschende Überraschung sowohl hinsichtlich ihres Verhaltens in den Verhandlungen mit Bonn zu außenpolitischen Aspekten der Vereinigung als auch der Wirkungsmöglichkeiten des Verbandes erweisen. Sie unterschied sich wesentlich von den politischen Standpunkten, aber auch dem Verhalten des ursprünglichen SPD-Ministerkandidaten Dr. Walter Romberg. Letzterer hatte mich als Vertreter des Verbandes zu einem Gespräch am 16. März eingeladen.¹⁰ Ohne Umschweife teilte er mir mit, dass er sich auf das Amt des Außenministers vorbereite. Deshalb wolle er sich ein Bild darüber machen, ob und inwieweit er sich auf die MfAA-Diplomaten beim Umsetzen der außenpolitischen SPD-Orientierung für den Übergangsabschnitt stützen könne. Romberg fragte: An welche Leistungen der DDR-Außenpolitik könne er anknüpfen? Was wäre für eine neue deutsche Außenpolitik erhaltenswert? Welche Werte und Potentiale könnten die DDR-Diplomaten einbringen? Als Antwort erwarte er von uns keine „Statistik“, sondern Inhaltliches. Auch bitte er um Übersichten zur Struktur des MfAA und zum personellen Bestand sowie um eine Liste der Abteilungsleiter und Botschafter.

Romberg informierte über die außenpolitischen Orientierungen seiner Partei, der SPD-Ost, die sich von denen der SPD-West durchaus unterschieden. Während Letztere „zu sehr“ in der NATO verankert sei, fühle sich die DDR-SPD mehr in osteuropäische Kontakte eingebunden, welche sie besser als die West-SPD kenne, und trete für das Fördern gesamteuropäischer Prozesse ein. Bei Karsten Vogt überwiege das transatlantische Element mehr als bei Egon Bahr. Jedoch werde die NATO-Verankerung für die Implementierung der KSZE-Beschlüsse hinderlich sein. Die DDR-SPD hingegen ziehe die KSZE und einen europäischen Einigungsprozess der NATO vor, weil eine Erweiterung der NATO die Vertiefung des europäischen Sicherheitsprozesses erschwere. Schweden würde den Entwicklungen in jenen Fragen fasziniert zusehen. Letzteres aber reiche nicht aus. Er habe seine schwedischen Partner aufgefordert, den KSZE-Prozess aktiver zu fördern. Unter diesen Blickwinkeln sei Außenpolitik neu zu durchdenken. Die SPD beabsichtige, für die bestehenden internationalen Beziehungen der DDR das MfAA noch für einen gewissen Zeitraum zu nutzen, insbesondere gegenüber Osteuropa. Romberg bemerkte abschließend, dass wir seine Fragen unter diesen Gesichtspunkten beantworten sollten.

Wenige Tage danach wurde Romberg Minister der Finanzen. Des Äußeren neuer Dienstherr, Markus Meckel, Pfarrer, sollte Wege zur Interessenwahrung seiner Mitarbeiter weder nachdrücklich suchen noch finden.

Meckel fand erst mehrere Wochen nach seinem Amtsantritt, am 24. April zwischen 11.00 und 11.30 Uhr, Zeit für einen ersten Kontakt zu seinen ihm nunmehr anvertrauten Mitarbeitern im Foyer des Ministeriums. Zunächst um Nachsicht für die Verzögerung dieses ersten Zusammentreffens ersuchend, sprach er zu ihnen, von einem Podest herabblickend. Früher

¹⁰ Seine Einladung kam über die internationale Abteilung des SPD-Vorstandes, welchen ich, wie auch die Vorstände anderer Parteien, um Kopien ihrer Parteiprogramme ersucht hatte. Als Abteilungsleiter für „Interne Information“ des MfAA hielt ich es für wichtig, dass die Mitarbeiter der diplomatischen Vertretungen vor den Volkskammerwahlen über die sich schnell verändernde politische Landschaft im eigenen Land Bescheid wissen sollten, bevor sie zur Wahlurne schritten.

würden ihn die Posten am Eingang des MfAA abgewiesen haben, falls er beabsichtigt hätte, dieses Haus zu betreten, meinte er. „Nun stehe ich hier, und Sie stehen dort.“

Er wisse um die Unsicherheit unter den Mitarbeitern, erwarte aber eine loyale Zusammenarbeit. Die Mitarbeiter kategorisierte er wie folgt:

Erstens: Diejenigen, die ihn und das neue Regime ablehnten und nicht zu einer Zusammenarbeit bereit seien. Sie könnten und sollten so bald wie möglich gehen.

Zweitens: Diejenigen, die zu einer Weiterarbeit unter seiner Leitung bereit seien. Sie könnten bleiben, müssten sich jedoch darüber im Klaren sein, dass sich ihre Arbeit grundlegend ändern würde. Sie hätten dem alten Regime gedient, wären mit der Stasi verbunden, was nicht vergessen sei. Nun müsste sich herausstellen, ob und wie weit sie bereit und fähig seien, eine neue Außenpolitik verwirklichen zu helfen.

Drittens: Diejenigen, die schon immer gegen das frühere Regime gewesen seien und meinten, endlich sei es abgeschafft. Diese, so Meckel, das „verhehle ich nicht, sind mir die liebsten“.

Zugleich verbreitete Meckel die Illusion, dass für „gutwillige“ Mitarbeiter die Perspektive einer Beschäftigung in einem gesamtdeutschen Außenministerium bestünde, das nach dem Vorbild des Auswärtigen Amtes aufgebaut und nach dessen Prinzipien arbeiten werde. Mitarbeiter, die sich in der Folgezeit „bewährten“, hätten eine solche Chance. Dazu würden Vorbereitungen getroffen. „Wir werden solche Personen in das Auswärtige Amt nach Bonn schicken, damit sie sehen, wie der Laden läuft.“ Er forderte auf, dafür Interesse zu bekunden und sich zu empfehlen. Man werde sich die Bewerber genau ansehen und nur solche weiterempfehlen, die durch ihr Auftreten dafür infrage kämen. Deren Vergangenheit werde man dabei gebührend berücksichtigen.

Meckel beendete sein Auftreten abrupt, ohne zu Fragen oder Meinungsäußerungen aufzufordern. Es gab nur sporadischen Beifall, die meisten Anwesenden waren durch Meckels Auftreten peinlich berührt.¹¹

Von den Ausführungen Meckels waren drei Akzente für den Verband wichtig: der Begriff vom „gesamtdeutschen Außenministerium“, die „Perspektive einer Beschäftigung“ und seine außenpolitische Orientierung. Dazu notierte ein Kollege aus den Ausführungen Meckels: „Er wolle die Außenpolitik im Hinblick auf die Vereinigung nicht abwickeln, sondern gestalten. Sie müsse sozialdemokratische Handschrift tragen. Besonders hervorgehoben Europa. Herausbildung neuer Strukturen. Verschwinden der Blöcke und ideologischer Gegensätze. Allgemeine Grundlage ist parlamentarische Demokratie. Neue Entwicklung in Osteuropa ist nicht einfach quantitative Erweiterung Westeuropas.“

Die letzten Illusionen sterben

Der Vorstand des Verbandes fand in Meckels Ausführungen mit den Stichworten „gesamtdeutsches Außenministerium“ und „Beschäftigungsperspektiven“ Anknüpfungspunkte. Er verband mit ihnen die Hoffnung, dass sich die neue Leitung energisch und erfolgreich für die Interessen ihrer Mitarbeiter einsetzen würde.

Diese Erwartung war zunächst nicht unbegründet, hatten doch am 8. März unter Leitung von Horst Teltschik erste deutsch-deutsche Expertengespräche zu Vereinigungsfragen begonnen. Auch erfuhren wir von Überlegungen Karsten Vogts, dass bereits 1990 ein gemeinsamer konsularischer Dienst entstehen solle.

¹¹ Die hier wiedergegebenen Ausführungen Meckels wurden aus den Notizen mehrerer bei Meckels Auftritt anwesender Kollegen nachgezeichnet.

Im Rahmen der deutsch-deutschen Expertengespräche sollte sich eine „Arbeitsgruppe 5“ der „Positionserarbeitung für Gespräche über einen Auswärtigen Dienst eines einheitlichen Deutschlands“ widmen. Der Verband konzipierte und unterbreitete seine Position mit Zuarbeiten zu personellen, materiellen und sozialen Aspekten der MfAA-Struktur, wobei er vom gesamten Mitarbeiterpotential und nicht nur dem diplomatischen ausging. Weiter empfahl er, in die Arbeitsgruppe eine Kommission für personelle Aspekte einer Zusammenführung der Auswärtigen Dienste zu integrieren. Diese sollte über solche Fragen beraten wie: Gegenseitige Anerkennung von Ausbildungs- und Berufsabschlüssen, von diplomatischen und konsularischen Rängen, Weiterbildung, Einsatzgebiete und -möglichkeiten, Renten- und Pensionsregelungen etc. Schließlich sollten beide Ministerien einen gemeinsamen Überleitungsausschuss schaffen.

Diese Vorschläge fanden ihren Niederschlag im Memorandum des Verbandes „Zur Schaffung eines gemeinsamen deutschen Auswärtigen Dienstes“ an Staatssekretär Misselwitz, der dem Verband eine Reaktion oder Antwort schuldig blieb.

Auf Initiative des Verbandes entstanden auch eine Reihe außenpolitischer und struktureller Konzeptionsentwürfe. Darunter zur Politik gegenüber den Entwicklungsländern, zur Einordnung regionaler Konflikte unter den neuen internationalen Bedingungen sowie eine Zuarbeit für von Braunmühl, der de facto als Politischer Direktor des MfAA fungierte, zur Strukturreform des MfAA (Schwiesau/Seifert). Auch das blieb ohne jegliche Resonanz aus der „1. Etage“.

Zu dieser Zeit wurde die Sicherung und Vertretung der sozialen Interessen unserer Mitglieder zur Hauptaufgabe von Verband und Vorstand. Wir konzentrierten uns darauf, den Kollegen offen und nüchtern unsere Einschätzung der Lage nahezubringen, Illusionen zu zerstreuen und offensiv für soziale und berufliche Absicherungen einzutreten. Wir traten für ein differenziertes, den unterschiedlichen Bedürfnissen unserer Kollegen Rechnung tragendes Vorgehen ein und agierten dementsprechend gegenüber der Leitung des Ministeriums:

- Wir forderten konkrete Arbeitsvermittlung von Mitgliedern unseres Verbandes, die nicht in den Auswärtigen Dienst übernommen würden, in berufsverwandte Tätigkeiten, einschließlich in wissenschaftlichen Einrichtungen;
- wir drängten auf schnelle Umschulungsmaßnahmen für einen neuen Beruf;
- wir forderten Abfindungen für alle und soziale Unterstützungsmaßnahmen für solche Verbandsmitglieder, bei denen auf Grund ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes Umschulungen nicht mehr sinnvoll waren.

Dazu und zu anderen Gebieten unterbreiteten wir als Verband allein oder in Zusammenarbeit mit der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) und einer inzwischen gegründeten Gruppe der Absolventen des Außenpolitikstudiums in Potsdam-Babelsberg und in Moskau konkrete Vorschläge.

Am 11. Juni wandte sich der Verband in einem gemeinsamen Schreiben mit der BGL an Minister Meckel mit Vorschlägen zur Regelung sozialer Härtefälle im Ergebnis von Strukturveränderungen.

Am 20. Juli reagierten die BGL, der Vorstand des Verbandes sowie die Absolventengruppe mit einem fünfseitigen Maßnahmenkatalog auf einen von der Leitung wiederholt artikulierten Wunsch nach Vorschlägen für Wege zur Absicherung der Perspektive unserer Mitarbeiter.

Die „1. Etage“ reagierte auf keines unserer Papiere. Einzig Staatssekretär Helmut Domke, der Hans Schindler und mich als Vorstandsmitglieder am 20. Mai zum Gespräch empfing, sagte eine Zusammenarbeit mit dem Verband zu. In einem Gesprächsvermerk zeigte er sich „dankbar für Hinweise, wie der Apparat möglichst effektiv in die Arbeit einbezogen werden kann“. Er unterstrich, dass „man auf die Erfahrungen der Diplomaten der DDR nicht

verzichten wolle. Es gehe nicht darum, sich lediglich dem Auswärtigen Amt anzuschließen und unterzuordnen.“ Mit seiner Position war der Staatssekretär, der in der Leitung die Schwerpunkte KSZE und Abrüstung bearbeitete, bedauerlicherweise Außenseiter. Als Delegationsleiter in der letzten Runde der Zwei-plus-Vier-Gespräche vertrat er im September 1990 eigenständige, KSZE-orientierte Positionen, was ihn auf Intervention Kohls seinen Kommissionsvorsitz kostete, der an Dieter Kastrup, Politischer Direktor im Bonner Auswärtigen Amt, überging.¹²

Aus dem AA war uns bekannt, dass dessen Personalrat von Genscher zusätzliche Mittel für einen dritten Nachtragshaushalt mit der Begründung forderte, um die „erhebliche Mehrbelastung durch die deutsche Einheit“ abzufangen. „Nicht nur sieben neue Auslandsvertretungen müssen besetzt werden. An vielen Dienststellen (nicht nur im mittleren und östlichen Europa) wird schon heute deutlich, in welchem Umfang der Auswärtige Dienst durch die Vereinigung zusätzlich gefordert wird.“ Das gelte, so der Bericht des Personalrats, in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht, für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. „Alles Denkbare muß versucht werden, um die Stellen möglichst rasch mit qualifizierten Kolleginnen und Kollegen zu füllen.“ Auf qualifizierte DDR-Diplomaten zurückzugreifen kam für Genscher nicht in Frage.

Auf diese „Nöte“ nahm der Vorstand des Verbandes Bezug, als er in einem Schreiben dem Personalratsvorsitzenden Horsten Wege aus seinem Dilemma aufzeigte, indem DDR-Diplomaten übernommen würden. Horsten antwortete, dass der Personalrat die in unserem Schreiben skizzierten „Probleme von Anfang an gesehen“ habe. „Wir haben uns im Auswärtigen Amt gegenüber Bundesminister Genscher frühzeitig für weitgehende Unterstützungsmaßnahmen eingesetzt. Nicht in unserer Macht lag jedoch, Regelungen zu verbessern, die zwischen den Regierungen [...] im sogenannten Einigungsvertrag ausgehandelt worden sind.“

Als außerordentlich ernsten Präzedenzfall beurteilte der Vorstand das Argument des Auswärtigen Amtes, mit dem es die Bewerbung eines unserer Mitglieder im August 1990 mit der Begründung ablehnte, dass seine bildungsmäßigen Voraussetzungen nicht die Bedingungen für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst des AA erfüllten. „Ihr am Institut für In-

¹² „Der ursprünglich der Bürgerbewegung ‚Demokratie Jetzt‘ entstammende, unter Ex-Außenminister Meckel (SPD) eingestellte Staatssekretär gilt de Maizièrre und den Bonnern als unbequemer Mann.[...] Noch bei einem gemeinsamen Auftritt mit Hans-Dietrich Genscher Ende August vor der Genfer Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag wagte er es, über den gemeinsam verkündeten Verzicht auf eigene A-, B- und C-Waffen hinaus auch noch die Verankerung dieser Erklärung im Grundgesetz sowie eine atomwaffenfreie Zone für ganz Deutschland vorzuschlagen. Beide Forderungen werden von Bonn strikt abgelehnt. So enden die von der Bundesregierung immer mit ausdrücklicher Betonung ‚Zwei-plus-Vier-Gespräche‘ genannten Verhandlungen zweier angeblich souveräner deutscher Staaten mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges genauso, wie sie Mitte Februar dieses Jahres begonnen haben: mit einer Ausschaltung der DDR und der Brüskierung ihrer Politiker. Nach wochenlangen Geheimsondierungen in den Hauptstädten der Siegermächte, über die Ostberlin nicht informiert wurde, handelte Genscher damals am Rande der Außenministerkonferenz der Nato- und Warschauer Vertragsstaaten im kanadischen Ottawa Rahmen und Inhalt für ‚Zwei-plus-Vier‘ im Alleingang mit Schewardnadse, Baker, Dumas und Hurd aus. Der seinerzeitige DDR-Außenminister Oskar Fischer wurde nicht beteiligt und buchstäblich in den Kulissen des Ottawaer Konferenzentrums stehen gelassen, der in Bonn weilende Ministerpräsident Modrow von Kohl erst informiert, als Genscher in Ottawa alles klargemacht hatte.“ Artikel von Andreas Zumach: DDR bei letzter 4+2-Runde ausgebootet, in der taz vom 5.9.1990.

ternationale Beziehungen in Moskau absolviertes Studium unterscheidet sich so sehr von allen einschlägigen Studiengängen in der BRD, dass die erforderliche Vergleichbarkeit Ihres Diploms mit einem bundesdeutschen Hochschulabschluss nicht gegeben ist.“ Auf unsere Intervention bei der Konferenz der Kultusminister der Länder bestätigte diese, dass Abschlüsse der Institute für Internationale Beziehungen in Moskau und Potsdam-Babelsberg „nicht als gleichwertig mit den entsprechenden Abschlüssen in der Bundesrepublik anerkannt werden“.

Damit wurde eine Grundvoraussetzung für Bewerbungen disqualifiziert. Frau Dr. Dagmar Enkelmann (Die Linke) machte im Deutschen Bundestag am 3. Dezember 1990 diese fragwürdige Position zum Gegenstand einer Anfrage an das Auswärtige Amt. Sie wurde von Staatssekretär Schäfer bekräftigt. Zusätzlich meinte er, dass „die überragende Bedeutung und der überproportionale Umfang, den die Staats- und Gesellschaftsdoktrin des Marxismus-Leninismus für die Studieninhalte“ der Institute in Moskau und Babelsberg hatten, eine weitere Begründung ihrer Minderwertigkeit seien.¹³ Dessen ungeachtet nahm Außenminister Genscher gern eine *honoris causa*-Würdigung durch das IMO an.

Es war Staatssekretär Frank Tiesler (DSU), welcher der japanischen Zeitung Sankei Shimbun in einem am 15. Juni 1990 veröffentlichten Interview die beginnende Auflösung des MfAA bekannt gab. „Nach Beratungen mit dem BRD-Außenminister Genscher nahm am 12.6. ein Ausschuss zur Auflösung des DDR-Außenministeriums seine Arbeit auf und es ist abzusehen, dass noch vor Jahresende diese Auflösung abgeschlossen sein wird.“

Etwa zeitgleich bekam ich die Kopie eines vertraulichen Telegramms des Ministers zur Kenntnisnahme, welches meinen Schreibtisch passierte. Er wies die Botschafter zu einer gemeinsam mit den BRD-Botschaftern durchzuführenden Inventaraufnahme aller DDR-Botschaften an. Die Auflistung beinhaltete Liegenschaften, wo vorhanden Kindergärten, Schulen, Arztpraxen, Fuhrparks, Ausstattungen, Inventar, darunter Wertgegenstände, wie Tafelsilber, Gemälde, Porzellan etc. „In Abstimmung zwischen Genscher und Meckel läuft die Übergabe der toten Werte des außenpolitischen Dienstes der DDR, keine Rede von den lebenden“, schätzten die Vorstandsmitglieder des Verbandes auf ihrer Tagung vom 2. Juli ein. Bereits in einer vorhergehenden Lageberatung hatte der Vorstand unbeschönigt die Konstellationen im Haus folgendermaßen bewertet: Die Leitung des Ministeriums fühlt sich nicht verantwortlich für die Mitarbeiter. Sie ist nicht gekommen, um das Außenministerium zu führen, sondern um Außenpolitik zu machen in Abstimmung mit Bonn. Dafür sucht sie sich einige kompetente Leute heraus. Der Rest interessiert sie nicht.

Vergebene Gelegenheiten

„Das Misstrauen gegenüber dem viel gescholtenen Apparat und die eigene Arroganz der Macht verhinderten nahezu jede Form der Kommunikation“, bewertete rückblickend Ingrid Muth das damalige Verhältnis zwischen der Leitung und den Mitarbeitern.¹⁴ Das betrifft sowohl die außenpolitischen Zielvorstellungen, die den geschilderten SPD-Positionen nahe waren, und internationalen Erfahrungen als auch die damaligen Überzeugungen und die Bereitschaft zur Wende und Loyalität einer Vielzahl von DDR-Diplomaten gegenüber einem gemeinsamen außenpolitischen Dienst.

Ein Fragespiegel des Verbandes, den 10 Prozent¹⁵ der Diplomaten beantworteten, ergab nicht nur, dass von ihnen 85 Prozent aus Familien von Produktionsarbeitern und Bauern

¹³ *Deutscher Bundestag – 11. Wahlperiode, Drucksache 11/8524.*

¹⁴ *Muth, a. a. O., S. 43.*

¹⁵ *Diese Quote geht von der damaligen Anzahl diplomatischer Mitarbeiter von 1.446 Personen aus.*

stammten. Er offenbarte auch, dass bei 73 Prozent der Befragten frühere außenpolitische Entscheidungen nicht immer mit ihren inneren Überzeugungen übereinstimmten. Die Hälfte schätzte die dogmatische Enge der SED als systemimmanenten Faktor ein, der eine optimale Umsetzung der außenpolitischen Ziele behinderte; 50 Prozent nannten Friedensliebe als den ihr berufliches und privates Leben am meisten prägenden Wert; 86 Prozent bekannten, im Verlaufe ihres Lebens in Widersprüche zur Praxis des Realsozialismus geraten zu sein, insbesondere zwischen 1985 und 1989; 70 Prozent befanden, dass unter demokratischen Parteistrukturen eine reformierte DDR möglich gewesen wäre. Insgesamt konnte davon ausgegangen werden, dass diese „Diplomaten nicht nur die Wende verstanden und begrüßt hatten, mit Besinnung auf Geschichte und Verantwortung in die deutsche Einheit gingen sowie bereit waren, einen eigenen Anteil daran zu haben, dass der Prozeß der Herstellung dieser Einheit außenpolitisch vernünftig verlief, international akzeptabel gestaltet werden konnte“.¹⁶

Es waren diese Mitarbeiter, die „auch in den letzten Monaten in der Tätigkeit im Außenministerium oder in den Botschaften die noch ausstehenden Aufgaben korrekt und konstruktiv erledigten“.¹⁷ Die internationalen Anforderungen waren zu dieser Zeit hoch und außergewöhnlich. „Für mich gehört der Verlauf des letzten Jahres der DDR zu den dramatischen Seiten der deutschen Geschichte“, wertet Ernst Krabatsch als Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen rückblickend.¹⁸ In ihnen, so Krabatsch, wollten die USA „mit aller Härte ihre Konzeption der NATO-Ausdehnung durchsetzen“.¹⁹

Für die SPD-Linie war diese Haltung der USA eine Herausforderung. Dass sich die US-Konzeption durchsetzen würde, war damals noch nicht in Stein gemeißelt. In Osteuropa dachten die Regierungen intensiv über ihren Umgang mit und über Folgerungen aus den Veränderungen nach. Der Rückgang militärischer Bedrohungen mit dem Ende des Kalten Krieges und die sich mit der Regelung der über Jahrzehnte die europäische Politik vergiftenden Deutschen Frage abzeichnende Klimaverbesserung öffneten für sie neue Politikoptionen. Zwar wollten sie mit dem Auflösen des Warschauer Vertrages aus einer ihnen überdrüssig gewordenen UdSSR-Hegemonie ausbrechen. Dass sie dabei aber gradlinig von einem in den nächsten Militärpakt gerieten – daran schien ihnen zunächst nicht gelegen zu sein. Näher lag ihnen, die bereits gemeinsam mit den westlichen Nachbarn erarbeiteten europäischen Strukturen für Sicherheit und Zusammenarbeit, vor allem den breiten Sicherheitsbegriff der Schlussakte von Helsinki, weiterzuentwickeln, zu konsolidieren und zu institutionalisieren.

Mitte 1990 öffnete sich folglich in den osteuropäischen, aber auch einigen westeuropäischen Staaten ein Zeitfenster dafür, vor dem Hintergrund einer deutschen Vereinigung auch die europäische voranzubringen. Die damals noch amtierenden MfAA-Botschafter machten auf diese Chance aufmerksam. So berichtete beispielsweise Botschafter Jürgen van Zwoll im Juni aus Warschau über eine gemeinsame Initiative Polens und der ČSFR zur Institutionalisierung des KSZE-Prozesses. Schweden signalisierte seine Unterstützung und bot Stockholm als KSZE-Sitz an. Belgien favorisierte ein kollektives Sicherheitssystem für Europa. Diese

¹⁶ *Rechenschaftsbericht vor der Mitgliederversammlung am 12. Januar 1991.*

¹⁷ *Muth, a. a. O., S. 40.*

¹⁸ *Krabatsch, a. a. O., S.65.*

¹⁹ *Ebenda.*

Botschafterinformationen lagen der MfAA-Leitungsrunde in einer allmorgendlichen „Außenpolitischen Übersicht“ zur Kenntnisnahme und Auswertung vor. Ob diese Runde damit offensiv umging, ist zu bezweifeln.

Das schien auch in der SPD-Führung (West) so zu sein. Egon Bahr erinnert sich in seinem Buch „Zu meiner Zeit“ daran, dass Brandt ihm nahegelegt hatte, „dem natürlich unerfahrenen Markus Meckel im Außenministerium zu helfen. Stark war die DDR in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen ohnehin nicht, aber so schwach, wie sie sich dann gab, hätte sie nicht sein müssen, solange ihre Zustimmungen zu den völkerrechtlichen Vereinbarungen unentbehrlich waren. Ich erspare mir, die Eindrücke auszubreiten, die ich in der Ministeretage empfang. Sie schwankten zwischen komisch, tragisch und kläglich, jedenfalls beklagenswert.“²⁰

Wahrnehmung und weitsichtiger Umgang mit Signalen von DDR-Diplomaten wurden sicherlich auch durch jene „Filterschicht“ aus externen „Beratern“ des Auswärtigen Amtes und Verwandtschafts-Seilschaften beeinträchtigt, welche Teile der neuen Leitung zwischen sich und den „Apparat“ eingezogen hatten. Auch schadete sie sich damit selbst, sorgten doch die „AA-Externen“ kraft ihrer Ein- und Übersicht an wichtigen Schaltstellen des MfAA-Apparates für einen permanenten Informationsvorsprung der Bonner Verhandlungsseite, zur Verblüffung manches DDR-Unterhändlers.

Am 30. September wurden den Mitarbeitern des Außenministeriums die Türen verschlossen, und es zog eine „Verwaltungs- und Abwicklungsstelle“ (VAS) des Auswärtigen Amtes ein.

Minister Meckel und seine Crew hatten ihre Posten bereits am 20. August verlassen. Die SPD war aus der Koalition de Maizières ausgeschieden. Am 14. August hatte Staatssekretär Misselwitz noch ein Gespräch mit Vertretern des Vorstandes unseres Verbandes geführt, in dem er erstmalig dessen Vorschläge „generell konstruktiv“ fand.

Als Stichpunkte des damaligen Gespräches habe ich notiert: „Nach Realisierungsmöglichkeiten suchen. Dabei sind wir noch nicht weiter. Zu Personalfragen Meckel-Genscher: Genscher hält Personalfragen offen. Gespräche zwischen Personalabteilungen MfAA-AA für Anfang September vorgesehen. Gegenstand aber nur noch Abwicklungsverfahren. Laut Einigungsvertrag. Leitung kann keine Sicherungen einbauen, wer übernommen werden wird. Darüber entscheidet eigenes Gremium. Wir sollten Empfehlungen machen. Abwicklungsstelle wird mit 200 bis 300 Personen besetzt. Unsere Vorschläge zu Abfindungen, Anerkennung Tropenjahre, vorzeitigen Ruhestand etc. wurden an Amt Ministerpräsidenten übergeben. Müssen Gegenstand Tarifverhandlungen werden. Ab 3. September fünf Grundkurse für Umschulung.

Bis Mitte 1990 ca. 300 Rückkehrer aus Botschaften. Erhalten Laufzettel für Abwicklungsprozedur. Kurzarbeit ist beantragt. Unterhaltsgeld kann erst nach Kündigung gezahlt werden. Orientierung Leitung ist keine Kündigung, sondern Kurzarbeit, das heißt Aufrechterhaltung des Arbeitsverhältnisses. Kündigung für jene, die keine Kurzarbeit wollen. Bei Kündigung Gehalt bis Jahresende. Danach Meldung beim Arbeitsamt. Bisher für einhundert Mitarbeiter Kurzarbeit beantragt. Zahlen des Personalabbaus im Staatsvertrag vorgesehen.

²⁰ Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, Karl Blessing Verlag, München, 1996, S. 585.

Bis 15. September muss Abrechnung im Haushaltsausschuss der Volkskammer erfolgen. Von 52 Mio. DM sind 12 Mio. DM gestrichen, 10 Mio. gestoppt, 30 Mio. eingefroren worden.²¹ Für Haushalt MfAA nur noch 30 Mio. DM verfügbar. Für 2. Halbjahr nur 830 Planstellen bestätigt, 200 seit 1. Juli bereits überschüssig. Rest der Mitarbeiter muss auf Kurzarbeit gesetzt werden.“ Die Messen waren also gesungen, der Vorstand war nicht überrascht.

Als Ministerpräsident Lothar de Maizière auch die Leitung des Außenministeriums übernahm, änderte sich an den vollendeten Tatsachen, die wir von Misselwitz bereits kannten, nichts Wesentliches. Die Kontakte des Vorstandes zu Staatssekretär Kersten Radzimanowski (CDU) waren konstruktiv, die Atmosphäre aufgeschlossen bis freundlich. De Maizière hatte die AA-Berater nach Bonn zurückgeschickt. Radzimanowski empfahl, der Verband solle sich mit seinen Anliegen und Vorschlägen direkt an den Ministerpräsidenten wenden. Der Vorstand übermittelte diesem folgende Anliegen:

„Es wird vorgeschlagen, im Ministerrat eine solche Übereinstimmung oder Absprache zu treffen, daß bisherigen Diplomaten der DDR bevorzugt solche Beschäftigungsmöglichkeiten offengehalten und angeboten werden, die sich im Zusammenhang mit staatlichen Umstrukturierungen, der Länderbildung, der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und Berlins eröffnen.

In diesem Prozeß werden neue internationale Verbindungen entstehen:

- Internationale und regionale Beziehungen der Landesregierungen und Länderparlamente;
- Internationale Verbindungen der Hauptstadt Berlin (einschließlich in Vorbereitung möglicher Olympischer Spiele);
- bei der Untersuchung und rechtzeitigen Vorbereitung der Stationierung von ständigen Einrichtungen des KSZE-Prozesses oder der EG in Berlin;
- bei der Vertretung der neu zu bildenden Länder beim Bund und anderen föderalen Aufgaben;
- bei der Vertretung in den EG und der Entsendung von Repräsentanten in ihre Organe;
- bei der Konzipierung einer gesamtdeutschen Entwicklungspolitik und ihrer Realisierung;
- bei der Mitwirkung in internationalen Organisationen, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung u. a.;
- bei der auswärtigen Kultur- und Informationspolitik (Einsatz in kulturellen Auslandsobjekten Deutschlands, wie Kulturzentren, Goethe-Institut u. ä.).

Auch sollte erwogen werden, auf die internationalen Kontakte, persönlichen Beziehungen und Erfahrungen der Diplomaten für die Entwicklung von Beziehungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, Banken, des Verkehrs und Tourismus zurückzugreifen.

Im Interesse des gemeinsamen Herangehens an perspektivische internationale Aufgaben Deutschlands und der Länder in neuer föderaler Struktur sollten von vornherein Diplomaten

²¹ Hier ist zu beachten, dass die Regierung der DDR mit Einführung der DM über keinen eigenen Haushalt mehr verfügte und alle Zuwendungen von Bonn zu bestätigen und zu übermitteln waren.

beider Seiten einbezogen werden, was auch für relevante wissenschaftliche Untersuchungen gilt.“

Unser Schreiben an de Maizière kam am 20. Dezember, als die DDR bereits der Bundesrepublik beigetreten war, vom ursprünglichen Adressaten, dem Büro des Ministers, über die Verwaltungs- und Abwicklungsstelle des AA mit einer Antwort dessen Leiters, Dr. Duisberg, an den Verband zurück. Die Antwort enthielt nichts Neues. Bis auf zwei Sätze: „Der Einigungsvertrag sieht für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes lediglich den Wartestand vor, wodurch der Übergang in eine andere Tätigkeit erleichtert werden soll. Tatsächlich werden damit die Angehörigen des öffentlichen Dienstes im allgemeinen nicht unerheblich bessergestellt als Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz durch Schließung des Betriebes verlieren.“

Längst nicht erst in dieser fortgeschrittenen Phase der Liquidierung des Auswärtigen Dienstes der DDR und der komplexen Ausgrenzung seiner Angehörigen hatten Verbandsmitglieder und Vorstand realisiert, dass in der Chefetage des Auswärtigen Amtes von vornherein – im Unterschied zu anderen, auch sensiblen Bereichen des Staatsapparates – kein Wille bestand, die Integration von DDR-Diplomaten auch nur zu erwägen.

Mit diesem Umgang waren sie keine Ausnahme, wurde doch mit beträchtlichen Teilen der DDR-Intelligenz und „-Eliten“ nach der Wende nicht anders umgegangen. „Der Rasierschnitt schloß jeden von der Bundeswehr aus, der bei der NVA mehr als Oberst geworden war“, schreibt Egon Bahr in seinen Erinnerungen über jene Jahre, in denen er sich DDR-Verteidigungsminister Eppelmann als Berater zur Seite gestellt hatte. „Nicht einmal Ähnliches gelang für das Außenministerium. Da wurden alle ‚Offiziere‘, Angehörige des Höheren Dienstes, nach Hause geschickt. Genscher verzichtete darauf, wertvolle Erfahrungen von Menschen für den Auswärtigen Dienst zu sichern, auch bei jenen, die man in den zurückliegenden Jahren als kooperationswillig, klug, für die deutschen Belange aufgeschlossen kennengelernt hatte.“²²

Voraussehend, dass sie im MfAA keine Perspektive mehr haben würden, hatten sich bereits viele Mitarbeiter, vor allem jüngere, auf Arbeitssuche begeben. Darunter nicht wenige Verbandsmitglieder. Der Vorstand ermutigte sie darin. Zugleich hatte er begonnen, sich auf das Notwendigste und noch Machbare zu konzentrieren. Das war: Erstens, den Mitgliedern des Verbandes Möglichkeiten für eine berufliche Umorientierung zu bieten; zweitens, noch einige einflussreiche Politiker für unsere Unterstützung zu gewinnen; drittens, über die Perspektive des Verbandes nachzudenken und zu entscheiden.

Obgleich Punkt eins uneingeschränkte Priorität zukam und Hermann Schwiesau die unternommenen Aktivitäten im nachfolgenden Artikel ausführlich beschreibt, möchte ich auf die beiden letzten Punkte eingehen.

Zu den vom Vorstand geführten Politikergesprächen:

Hans Schindler, Hermann Schwiesau und ich sprachen im Herbst 1990 mit Manfred Stolpe, Egon Bahr und Franz Bertele.

Manfred Stolpe, zu dieser Zeit stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, empfing Hermann Schwiesau und mich freundlich und aufge-

²² Bahr, a. a. O., S. 591.

schlossen. Auf unsere Erläuterungen über die Ausgrenzung der DDR-Diplomaten reagierte er spontan empört. Diese seien doch keine „Wegwerfdiplomaten“, es handle sich um eine Demütigung. Er bezeichnete es als eine grundsätzliche Frage, dass DDR-Diplomaten einen Platz in der Außenpolitik eines vereinten Deutschlands erhielten. Das würde diesem gerade im Ausland gut zu Gesicht stehen, insbesondere bei seinen östlichen Nachbarn. Er empfahl, auch mit Egon Bahr darüber zu sprechen.

Egon Bahr empfing Hermann Schwiesau und mich nach einigen Tagen in seinem Arbeitszimmer im Ministerium für Nationale Verteidigung in Straußberg. Eingangs erläuterten wir ihm die Stärken der DDR-Diplomatie, welche vor allem in vertrauensvollen Beziehungen und Kontakten, auch aus wirtschaftlichen Verflechtungen, mit den osteuropäischen Nachbarn, im arabischen Raum und in Afrika bestünden. Die DDR war der erste deutsche Staat, der nach Hitler und dem Zweiten Weltkrieg das Verhältnis zu den osteuropäischen Nachbarn zu normalisieren und auf eine freundschaftliche Grundlage zu stellen vermochte, was dort unvergessen sei. Auch hinsichtlich der europäischen Nachbarn käme sie aus einer anderen Traditionslinie als die westdeutsche. All das könnte die Außenpolitik eines vereinten Deutschland, auf welches die ganze Welt schaue, mit positiven Akzenten bereichern.

Egon Bahr, der aufmerksam zuhörte, pflichtete uns bei. Er halte es für eine prinzipielle Frage, DDR-Diplomaten nicht auszugrenzen, sondern sie für die internationale Akzeptanz der deutschen Vereinigung heranzuziehen. Das gelte sogar für Botschafter. Er habe jedoch nach einem Vortrag im Auswärtigen Amt Zweifel, ob das noch gelänge. Während seines Besuchs im AA habe er auch mit Genscher gesprochen, wobei er unter anderem die Problematik der DDR-Diplomaten angeschnitten habe. Genscher habe geantwortet, dass diese Frage in Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler entschieden sei. Man wisse nicht, wen man sich mit den DDR-Diplomaten ins Haus hole. Bahr empfahl, umgehend Umschulungen für die Diplomaten zu organisieren. Auf unsere Antwort, dass wir das bereits begonnen hätten, riet er: „Unterschreiben Sie aber keine Verträge, bevor Sie nicht aufmerksam das Kleingedruckte gelesen haben.“

Letzteres verabsäumten wir nicht. Unerwartet jedoch trafen unsere Kollegen bei ihrer Arbeitssuche auf eine Begründung, mit welcher selbst Institute des nichtöffentlichen Dienstes, wie regionalwissenschaftliche und Stiftungen, auch solchen DDR-Diplomaten eine Anstellung ausschlugen, welche ihnen als ausgewiesene Experten bekannt und an deren Kenntnissen sie interessiert waren. Dabei beriefen sie sich auf eine ihnen vorgegebene Instruktion: Aus öffentlichen Mitteln geförderte Institutionen hätten von einer Einstellung von DDR-Diplomaten abzusehen.

Hans Schindler und ich suchten Franz Bertele auf, der als Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in Berlin vom Auswärtigen Amt als Leiter der sogenannten Abwicklungsstelle für das MfAA eingesetzt worden war. Unter Nutzung bestehender Kontakte zur Ständigen Vertretung der BRD gelang es, dass er uns zu einem Gespräch empfing.

Während der Zusammenkunft im Eingangsbereich der Ständigen Vertretung (weiter wurden die MfAA-Vertreter nicht eingelassen) informierten wir zunächst über die erfolgte Gründung des Verbandes und dessen Ziele. Wir betonten, dass es darum ginge, möglichst viele Diplomaten der DDR in den Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik zu überführen, und drückten die Bereitschaft aus, an der Gestaltung der internationalen Beziehungen eines ein-

heitlichen deutschen Staates mitzuarbeiten. Dabei wurde auf das große Spezialwissen für Territorialbereiche und die vielseitigen Sprachkenntnisse hingewiesen. Außerdem betonten wir, dass für Kollegen, die nicht übernommen würden, sozial verträgliche Lösungen gefunden werden müssten und wir dabei die Unterstützung des Auswärtigen Amtes erwarteten.

Bertele begrüßte die Gründung des Diplomatenverbandes und erklärte sich, soweit erforderlich, kooperationsbereit. Inhaltlich machte Bertele nur sehr allgemeine Aussagen. Es wurde einmal mehr – zumindest indirekt – deutlich, dass kaum Mitarbeiter übernommen würden. Interessierten stehe frei, sich beim Auswärtigen Amt zu bewerben sowie sich einer Evaluation durch eine Kommission zu unterziehen. Allerdings sollten wir uns keinen allzu großen Illusionen hingeben. Das gelte besonders für höhere Ränge, für Botschafter sowieso. Eine Weiterführung der Gesprächskontakte war nicht möglich, da Bertele bald darauf nach Bonn versetzt wurde. Zumindest wurde mit dem Gespräch der Boden für die spätere Zusammenarbeit mit einem Weiterbildungs- und Schulungszentrum der BRD bereitet, die vom Auswärtigen Amt finanziell unterstützt wurde.

Laut Angaben des Auswärtigen Amtes bewarben sich bei diesem von den 1.786 Mitarbeitern, die am 3. Oktober 1990 in den Wartestand traten, 235 DDR-Diplomaten um eine Weiterbeschäftigung im Höheren Dienst. Nach Eignungsgesprächen wurden 10 angenommen. 14 Bewerber seien auf den Auswahlwettbewerb für die Einstellung im Höheren Dienst verwiesen, drei der Bewerber 1991 auf diesem Weg eingestellt worden.²³

Über die Perspektive des Verbandes

Es zeichnete sich ab, dass dem Verband völlig veränderte Rahmen- und Wirkungsbedingungen bevorstehen würden und damit die Frage nach seiner zukünftigen Ausrichtung zu entscheiden war. Die Diskussionen dazu fanden in der Arbeitsgruppe „Zukunft“ sowie auf zwei Mitgliederversammlungen am 27. September 1990 und 12. Januar 1991 statt. Die Arbeitsgruppe erstellte ein Thesenpapier, das darauf hinauslief, den Verband mit verändertem Tätigkeitsprofil zu erhalten. An diesen konzeptionellen Überlegungen beteiligten sich aktiv, neben Vorstandsmitgliedern, Thomas Adling, Gerhard Breitbarth, Karl-Heinz Dix, Jochen Elm, Wolfgang Grabowski, Werner Heiden, Karl-Heinz Kern, Gerhard Korth, Peter Krause, Peter Linke, Ralf Linke, Günter Mauersberger, Frank Meyer, Jürgen Möpert, Volkmar Münch, Otto Pfeiffer, Ronald Piech, Oswald Schneidratus, Freimut Seidel, Günter Ullrich, Hans Voß, Erich Wetzl, André Wieland, Heinz-Dieter Winter, Ingo Woche.

Die Quintessenz aller Erörterungen lief darauf hinaus, dass

- wir uns nicht abkapseln sollten oder auf das Selbstverständnis eines „Traditionsverbandes ehemaliger DDR-Diplomaten“ schrumpfen dürften;
- wir als Verband uns öffnen sollten für eine kollegiale Zusammenarbeit mit Vereinen, Zusammenschlüssen und Persönlichkeiten in Deutschland, die mit der deutschen Diplomatie, deutscher internationaler Tätigkeit und wissenschaftlichen Einrichtungen verbunden waren;
- der Verband auch jenen Mitgliedern, die am Projekt einer „beruflichen Neuorientierung“ nicht teilnahmen – und dies war die Mehrzahl –, die Möglichkeit bieten sollte, untereinander Meinungen und Erfahrungen auszutauschen;

²³ Muth, a. a. O., S. 38.

- auch die gegenwärtige politische Situation und die soziale Lage der Mitglieder unseres Verbandes erforderten, seine Tätigkeit fortzusetzen. Es erschien zweckmäßig, dafür Arbeitskreise zu bilden, die sich speziell sozialen Fragen widmen sollten;
- noch lange gegenseitige Solidarität notwendig sein werde.

Der Vorstand sprach sich geschlossen für die Weiterführung der Verbandsarbeit aus. Zugleich entschied er, der Verband solle sich in einem eindringlichen Brief an Minister Genscher wenden. (Text im Anhang)

Die Mitgliederversammlung des Verbandes entschied am 13. April 1991 im Marx-Engels-Auditorium der Humboldt-Universität zu Berlin, ihren Zusammenschluss unter dem Namen „Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e. V.“ weiterzuführen und beschloss dessen neue Satzung. Am 8. Mai 1991 wurde Hans Schindler zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt mit Jeannette Klötzer und Hermann Schwiesau als Stellvertreter.

Die übergreifende Philosophie des Verbandes für die nächste Etappe seiner Existenz lautete:

„Der Verband fördert mit seinen Aktivitäten eine deutsche Außenpolitik, die auf die Gewährleistung eines sicheren Friedens in der Welt, reale Schritte zur Abrüstung, gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit, ein neues Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gerichtet ist.

Schwerpunkt der Tätigkeit des Verbandes ist der deutsche Beitrag zur Schaffung einer neuen, friedlichen und gerechten Weltordnung nach Überwindung der Ost-West-Konfrontation sowie die Rolle der deutschen Außenpolitik in Europa. Dabei wird der Verband großen Wert legen auf die Aufarbeitung geschichtlicher Erfahrungen der deutschen Außenpolitik, insbesondere in der Nachkriegsperiode.“



Das Außenministerium der DDR am Marx-Engels-Platz in Berlin

Anhang:

Brief des Verbandes der Berufsdiplomaten e. V. an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher

Verband der Berufsdiplomaten e. V.

Auswärtiges Amt
Adenauerallee 101-103
W-5300 Bonn 1

Berlin, am 22. Januar 1991

Sehr geehrter Herr Minister,

der Vorstand des Verbandes der Berufsdiplomaten beglückwünscht Sie herzlich zu Ihrer Wiederberufung zum Bundesminister des Auswärtigen und wünscht Ihnen in diesem verantwortungsvollen Amt viel Schaffenskraft, Gesundheit und Erfolg.

Aus unserer bis in die letzten Wochen gültigen Einsicht in die internationalen Beziehungen – noch bis in die jüngsten Tage kehrten unsere Kollegen aus den Auslandsvertretungen zurück – wissen wir, daß die Erwartungen in der Welt an das Vereinte Deutschland in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht groß sind. Als ehemalige DDR-Diplomaten bekräftigen wir daher unsere Bereitschaft, bei der Bewältigung der gewachsenen internationalen Aufgaben mitzuarbeiten, die die deutsche Vereinigung für die internationale Situation und Deutschlands außenpolitische Verantwortung mit sich bringen.

Uns ist bekannt, daß unsere Berufskollegen im Auswärtigen Amt und den Auslandsvertretungen darauf drängen, freie Stellen schnell zu besetzen, daß zur Ausfüllung der 500 Planstellen, die aus dem 3. Nachtragshaushalt zusätzlich bewilligt wurden, auf andere Dienststellen zurückgegriffen werden soll. Für uns ist dies ein unverständlicher Widerspruch: Während wir alle wissen, wieviel zu tun ist, daß einerseits die Kräfte nicht ausreichen, werden auf der anderen Seite gut ausgebildete, sachkundige sowie berufserfahrene Diplomaten in den Wartestand und schließlich in die Arbeitslosigkeit geschickt.

Mit unserer undifferenzierten, pauschalen Ausgrenzung aus dem Auswärtigen Dienst, so jedenfalls verstehen wir die Lage, in die wir als einzige Berufsgruppe gebracht wurden, verlieren wir nicht nur eine Tätigkeit, wie andere „Warteständler“, wir verlieren auch unseren Beruf. Erste Kollegen beginnen in eine schwierige Lage zu geraten.

Sehr geehrter Herr Minister, uns zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland kennend sind wir bereit, uns international für das vereinte Deutschland einzusetzen, mit unseren Kenntnissen, weltweiten Beziehungen, Verbindungen und Kontakten sein internationales Potential zu vergrößern. Diese unsere Position ist keine Zweckargumentation. Die Mitglieder unseres Verbandes haben nicht nur die Wende in der ehemaligen DDR verstanden und begrüßt. Weil sie mit Sinn für Geschichte und Verantwortung auf die deutsche Einheit zugehen, haben viele von ihnen einen eigenständigen Anteil daran, daß der Prozeß der Herstellung dieser Einheit außenpolitisch vernünftig verlief, international akzeptabel gestaltet werden konnte. Hier wurde auch von unseren Diplomaten leise und – besonders in Osteuropa – einfühlsam gearbeitet. Auch das weist sie als fähig aus, an der Umsetzung deutscher Außenpolitik mitzuwirken.

Angesichts des sich seinem Ende nähernden Wartestandes bitten wir Sie, Herr Minister, darauf hinzuwirken, daß die bisher gegenüber uns ehemaligen DDR-Diplomaten bezogene

Haltung überdacht und revidiert wird und Über-nahmelösungen in den deutschen Auswärtigen Dienst analog anderer auch sensibler Bereiche, so der Verteidigung, gefunden werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. Arne Seifert
Geschäftsführender Vorsitzender

Hermann Schwiesau

Hilfe zur Selbsthilfe

Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit des Vorstandes waren die Bemühungen, den Mitgliedern des Verbandes Möglichkeiten einer beruflichen Umorientierung für eine neue Beschäftigung außerhalb des öffentlichen Dienstes zu eröffnen. Dabei ließ sich der Vorstand davon leiten, dass die hohe Qualifikation, die sich die Diplomaten der DDR im Verlaufe ihres Studiums und der Weiterbildung erworben hatten, sowie insbesondere ihre langjährigen Erfahrungen im diplomatischen Dienst einschließlich spezieller Sprach- und Länderkenntnisse für Unternehmen und Verbände der deutschen Wirtschaft von Nutzen sein könnten.

Mitglieder des Vorstandes nahmen Kontakte zu Unternehmen in der BRD auf, die sich darauf spezialisiert hatten, leitende Mitarbeiter von Institutionen und Wirtschaftsunternehmen beim beruflichen Wechsel zu beraten und zu unterstützen. Nach entsprechenden Sondierungen und Gesprächen beschloss der Vorstand des Verbandes am 7. August 1990, das Angebot der Personalberatungsunternehmen „Carré Orban und Partner“ sowie „Rundstedt und Partner“, beide mit Sitz in Düsseldorf, anzunehmen. Die beiden Unternehmen boten in enger Zusammenarbeit Outplacement-Seminare sowie Beratung und Unterstützung der DDR-Diplomaten bei der Suche nach Arbeitsplätzen vorrangig in der deutschen Wirtschaft, auch in Unternehmen im Ausland, an.

Im September 1990 wurde zwischen dem Verband der Berufsdiplomaten der DDR und den oben genannten Unternehmen eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Beide Unternehmen präsentierten in einer Veranstaltung, zu der der Verband alle in Berlin anwesenden DDR-Diplomaten eingeladen hatte, ihr Angebot. Nach dieser Präsentation bekundeten etwa 150 Diplomaten ihr Interesse an diesem Projekt sowie ihre Bereitschaft, mit eigenen finanziellen Mitteln zu seiner Durchführung beizutragen. Durch schriftliche Informationen des Verbandes an die Auslandsvertretungen der DDR sowie durch Offenhalten des Angebots für die aus dem Ausland zurückkehrenden Diplomaten nach der Einstellung der Arbeit der diplomatischen Vertretungen der DDR wurde gewährleistet, dass allen diplomatischen Mitarbeitern die Teilnahme an diesem Projekt offenstand.

Der Vorstand des Verbandes bemühte sich darum, Möglichkeiten einer teilweisen Finanzierung des Projekts aus Mitteln des Staatshaushalts zu erschließen. Der Staatssekretär im Außenministerium der DDR, Dr. Kersten Radzimanowski, setzte mit großem persönlichem Engagement durch, dass eine entsprechende Summe in den bis Ende 1990 gültigen Nachtragshaushalt eingestellt wurde. Ab 1. Januar 1991 wurde das Projekt, das bis zum 30. Juni 1991 lief, ausschließlich aus Mitteln der Projektteilnehmer finanziert.

Am Projekt beteiligten sich insgesamt 119 DDR-Diplomaten, darunter auch solche, die nicht dem Verband der Berufsdiplomaten der DDR angehörten. In sechs Seminaren, die jeweils vier Tage dauerten, wurden den Teilnehmern Kenntnisse und Erfahrungen der Personalberatungsunternehmen mit Unterstützung leitender Mitarbeiter von Unternehmen der deutschen Wirtschaft bei der Suche nach neuen Anstellungsverhältnissen vermittelt. Die Seminare schlossen Bewerbungstraining und Ausarbeitung entsprechender Unterlagen ein. Sie waren nach übereinstimmender Einschätzung der Teilnehmer von hoher Qualität.

Nach Abschluss der Seminare wurden in 14-tägigem Abstand individuelle Beratungen der Projektteilnehmer in Berlin durchgeführt und im Rahmen der Möglichkeiten Unterstützung bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen gegeben. Dabei leisteten beide Personalberatungsunternehmen eine sehr qualifizierte Arbeit.

Trotz des hohen Aufwandes, der mit diesem Projekt verbunden war, gelang es nicht, eine größere Anzahl unserer Diplomaten in neue Arbeitsverhältnisse zu vermitteln. Die Grün-

de für dieses unbefriedigende Ergebnis sind nicht durch die o. a. Unternehmen zu verantworten, sondern den politischen Umständen, vor allem der vielfältigen Diskriminierung von DDR-Diplomaten, wesentlich begünstigt durch die offizielle Haltung des Auswärtigen Amtes der BRD, geschuldet.

Während der Durchführung des Projekts (1. Oktober 1990 bis 30. Juni 1991) richtete der Verband ein Koordinierungsbüro ein, das ganztätig in ehrenamtlicher Arbeit zunächst von Vorstandsmitgliedern des Verbandes, später auch durch die Teilnehmer des Projekts besetzt wurde. Über dieses Büro wurden auch die individuellen Beratungen durch die Personalberatungsunternehmen in Berlin koordiniert.

Bei der Durchführung des Projekts gab die Leitung der Verwaltungs- und Abwicklungsstelle des Auswärtigen Amtes, insbesondere Dr. Franz Bertele und Dr. Claus-Jürgen Duisberg, Unterstützung. Die Zusammenarbeit in dieser Frage mit dem Verband der Berufsdiplomaten war stets sachlich und konstruktiv.

Die nicht in Anspruch genommenen Mittel aus dem Staatshaushalt wurden durch den Verband gegenüber der Verwaltungs- und Abwicklungsstelle des Auswärtigen Amtes ordnungsgemäß abgerechnet. Gegenüber den Teilnehmern des Projekts wurde über die Verwendung der von ihnen eingebrachten finanziellen Mittel mündlich in einer Versammlung der Projektteilnehmer und schriftlich gegenüber jedem einzelnen Teilnehmer Rechenschaft gelegt. Es gab keine Beanstandungen.

Zur Unterstützung der beruflichen Neuorientierung von DDR-Diplomaten wurde außerdem in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen „Carré Orban und Partner“ ein sechsmonatiger Kurs für Betriebs- und Außenwirtschaft organisiert, in dem u. a. leitende Mitarbeiter großer deutscher Unternehmen sowie des BDI, des DIHT, der Dresdner Bank und der Hermes-Kreditversicherungsgesellschaft Grund- und Spezialkenntnisse vermittelten, um einen Einstieg in eine Tätigkeit in Wirtschaftsunternehmen zu erleichtern. Darüber hinaus unternahm der Verband zahlreiche Aktivitäten gegenüber Massenmedien, um auf das Potential der DDR-Diplomaten und ihre Einsatzmöglichkeiten aufmerksam zu machen.

Nach acht Monaten des Kennenlernens in gemeinsamer Arbeit äußerte sich der Leiter des Personalberatungsunternehmens „Carré Orban und Partner“, Paul Werner von der Schulenburg, dazu in einem Interview wie folgt:

„Ich sehe es als eine ganz schlimme Sache an, dass die ehemaligen Diplomaten von dem Wiedervereinigungsprozess ausgegrenzt werden und zwar ganz besonders durch das Auswärtige Amt. Das Argument, das man hört, nämlich, man könne es ausländischen Vertretungen oder Regierungen nicht zumuten, mit ehemaligen SED-Genossen gesamtdeutsche Politik zu machen, lasse ich nicht gelten. Diese Position ist für mich ein politischer Fehler.“



Das Wandbild von Walter Womacka „Der Mensch gestaltet seine Welt“ zierte den Großen Saal des Außenministeriums. Es wurde beim Abriss des Gebäudes zerstört.

Bernhard Neugebauer

Die erste Etage und der Verband der Berufsdiplomaten der DDR

In den turbulenten Wochen des Herbst 1989 lief die Maschinerie des Leitungssystems uneingeschränkt weiter. Jeden Arbeitstag gab es morgens um 9:00 Uhr die „Morgenandacht“ des Leitungsgremiums, von Minister Oskar Fischer bzw. Staatssekretär Herbert Krolikowski geführt. Wohl machte sich die Unruhe über die weitere Existenz der DDR breit, und es gab deutliche Anzeichen des Aufweichens der bisherigen Führungsstrukturen. Die Botschafter der Auslandsvertretungen und bei den Internationalen Organisationen berichteten über Reaktionen auf die Berliner Ereignisse. Als die Grenze zu Berlin-West und der Bundesrepublik geöffnet wurde, begann in den Abteilungen des Hauses ein sorgenvolles Nachdenken, die Botschafter forderten nunmehr zu Recht präzise Weisungen für das Verhalten in den Gastländern. Die in Berlin akkreditierten Diplomaten baten um Informationen zur Beurteilung der Lage.

Es gab eine vorsichtige Zurückhaltung. Erst mit der Einsetzung der Modrow-Regierung wurden die Botschafter der DDR im Ausland, die Mitarbeiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und die ausländischen Botschafter in Berlin über den neuen Kurs der DDR unterrichtet, wissend, dass dies noch nicht das Ende der Entwicklung war.

Gemäß meiner Zuständigkeit führte ich in Buenos Aires und in Quito sowie in New York mit den DDR-Vertretern Beratungen über die Veränderungen in der DDR und des außenpolitischen Kurses durch. Auf allen Beratungen waren eine Unsicherheit und das mangelnde Vertrauen der Mitarbeiter in die Politik der Führung zu spüren.

In diese Zeit fallen zwei außenpolitische Ereignisse, die kundtun, dass neues Denken Fuß fasste. Das war die Beteiligung der DDR an der friedenserhaltenden Operation der Vereinten Nationen in Namibia zur Durchführung freier Wahlen im Herbst 1989. Auf ausdrücklichen Wunsch des damaligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Pérez de Cuéllar, wurden Kontingente der beiden deutschen UN-Mitglieder zur Teilnahme aufgefordert. Am 11. Oktober 1989 verabschiedete ich in Berlin-Schönefeld 30 Polizeibeobachter aus der DDR, die gemeinsam mit der schwedischen Gruppe nach Namibia flogen.

Eine zweite außenpolitische Aktivität fand Anfang Dezember 1989 in New York statt. Auf der Sondersitzung der UN-Vollversammlung zur Auslandspolitik gab ich für die DDR eine Erklärung ab. Hinweisend auf die Ereignisse in meinem Land, stellte ich in der Erklärung vor der Vollversammlung unter anderem fest:

„The GDR, which you know personally from your official visits, is now going through a crucial stage in its development. In a self-confident and resolute manner the people of my country are making use of their political rights. Employing utmost strength we aim to do away with all hindrances, to take constructive and well-thought-out steps towards sweeping changes and reforms leading to a renewed socialist society where true democracy can be experienced by everyone every day. My country is indeed opening up to a world in which interdependence becomes ever more obvious.

(„Die DDR, die Sie von Ihren offiziellen Besuchen persönlich kennen, durchläuft jetzt eine entscheidende Phase ihrer Entwicklung. Selbstbewusst und entschlossen üben die Menschen meines Landes ihre politischen Rechte aus. Unter größten Anstrengungen wollen wir alle Hindernisse überwinden und konstruktive, gut durchdachte Schritte hin zu tiefgreifenden Veränderungen und Reformen unternehmen, hin zu einer erneuerten sozialistischen Gesellschaft, in der von jedermann jeden Tag wahre Demokratie erlebt werden kann. Mein Land öffnet sich in der Tat einer Welt, in der die gegenseitige Abhängigkeit immer offensichtlicher wird.“ – Inoffizielle Übersetzung)

Im Januar 1990 informierten mich die Kollegen Arne Seifert und Günther Ullrich über das Projekt der Gründung eines „Verbandes von im außenpolitischen Dienst der DDR stehenden Berufsdiplomaten“ und erbaten meine Meinung. In der gegebenen Situation, wissend um die Lage in den Abteilungen und in den Botschaften und Vertretungen, erklärte ich meine Unterstützung des Vorhabens. Es war tatsächlich eine notwendige und sehr nützliche Initiative, die ihren Wert in dem folgenden Jahr 1990 und darüber hinaus uneingeschränkt bewiesen hat.

Die Kollegen haben in weitblickender Weise auch ein Stück Geschichte geschrieben.

Mit dem Antritt der Regierung de Maizières veränderte sich die Lage auf der ersten Etage, in der die Leitung des Ministeriums saß. Außenminister Meckel verteilte die Büroeinheiten an die neuen Staatssekretäre und seinen Verwandtentross. Die noch amtierenden Stellvertreter des Ministers erfuhren aus der Zeitung die neue Struktur, und der Verwaltungsleiter teilte mir eines Morgens mit, ich müsse aus der Ministeretage in eine der freien Büroeinheiten im 3. Stock umziehen.

Die Praxis der „Morgenandacht“ wurde noch ein paar Wochen fortgesetzt, doch bald mied Minister Meckel diese Beratungen, und Mitte April wurden sie ganz eingestellt. Dr. Werner Fleck wurde zum Verbindungsmann zwischen dem Minister und den Abteilungen bestellt. Die Abteilungen hatten Zugang zu den Staatssekretären in Sachfragen.

Es war zu spüren, dass eine Distanzierung zum Arbeitsstab praktiziert wurde, sehr zum Nachteil für die anstehenden außenpolitischen Arbeiten.

Zu diesem Zeitpunkt nahm der Vorstand des Verbandes in aktiver Art und Weise Klammerfunktionen zwischen den Mitarbeitern und der sich abschottenden Ministerfamilie wahr.

Erst nach dem Treffen der Außenminister Genscher und Meckel gab es eine Aktivierung des Mitarbeiterstabes des MfAA. Die Minister verabredeten die Bildung einer „Kontaktkommission“ zwischen dem Auswärtigen Amt und dem MfAA; Dr. Helmut Domke wurde der Vorsitzende der DDR-Seite.

Auszug aus dem Schreiben der Hauptabteilung Information des MfAA vom 11.06.1990 zur Bildung der Kontaktgruppe:¹

„Die DDR-Delegation in der am 1. Juni von Außenminister Markus Meckel und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher berufenen Kontaktkommission hat folgende Zusammensetzung:

Staatssekretär Dr. Helmut Domke – Vorsitzender der Kommission von DDR-Seite

Dr. Werner Fleck – Stellvertreter des Vorsitzenden

Hans Schindler – Sekretär der Kommission von DDR-Seite

Lutz Vogt – Arbeitsgruppe „Rüstungskontrolle und Abrüstung“

Willi Schlegel – Arbeitsgruppe „Wirtschaft- und Nord-Süd-Fragen“

Dr. Swetlana Doernberg – Arbeitsgruppe „EG-Fragen“

Dr. Bernhard Neugebauer – Arbeitsgruppe „UNO“

Richard Erben – Arbeitsgruppe „Auswärtige Kulturpolitik“

Dr. Gunter Görner – Arbeitsgruppe „Rechts- und Konsularwesen“

Hansjochen Vogl – Arbeitsgruppe Rechts- und Konsularwesen“

Konrad Kowal – Arbeitsgruppe „Administrative Fragen/Personalfragen“

¹ Die Kopien dieses Schreibens wie auch aller in diesem Text wiedergegebenen Schreiben befinden sich im Archiv des Autors.

*Die Arbeitsgruppen setzen sich aus 3 – 4 Experten von jeder Seite zusammen.
Vorsitzender der Kommission von BRD-Seite ist Staatssekretär Dr. Jürgen Sudhoff.“*

Auszug aus dem Sitzungsprotokoll der „gemeinsamen“ Kommission:

„Zur Bildung gemeinsamer Kommissionen zwischen dem Auswärtigen Amt der BRD und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR

In den ersten Gesprächen „1+1“ auf Expertenebene wurde bereits prinzipielle Übereinstimmung erzielt, gemeinsame Kommissionen zur Beratung anstehender Sachfragen bei der Zusammenführung der auswärtigen Dienste zu bilden.

Dazu wird folgender Vorschlag unterbreitet:

- I. Bildung einer paritätischen Kommission zur Zusammenführung der auswärtigen Dienste:*
 - Die Kommission sollte unter gleichberechtigter Leitung der jeweiligen beamteten Staatssekretäre stehen.*
 - Von DDR-Seite sollten der Kommission u. a. angehören:*
 - Stellvertreter des Ministers, Koll. B. Neugebauer*
 - Stellvertreter des Ministers, Koll. G. Lindner*
 - Generalsekretär A. B. Neumann*
 - Leiter der HA Rechts- und Vertragswesen*
 - Leiter der HA Konsularische Angelegenheiten*
 - Leiter der Abt. BRD*
- II. Zur Erarbeitung von Lösungsvorschlägen werden Unterkommissionen gebildet:*
 - 1. Unterkommission zu Fragen der internationalen Vertragsbeziehungen*
 - Von der DDR-Seite sollte die Unterkommission unter Leitung des Leiters der HA Rechts- und Vertragswesen stehen.*
 - Der Unterkommission sollten u. a. Experten der HA RV sowie ein Mitarbeiter der Abt. BRD angehören.*
 - 2. Unterkommission zu Fragen der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen*
 - Leitung durch den Stellv. des Ministers, Koll. Neugebauer.*
 - Der Unterkommission sollten u. a. Experten der Abt. UNO, der Abt. IÖO und der HA RV sowie ein Mitarbeiter der Abt. BRD angehören.*
 - 3. Unterkommission zu konsularischen Fragen*
 - Leitung durch den Leiter der HA Konsularische Angelegenheiten.*
 - Der Unterkommission sollten u. a. Experten der HA Kons. und der HA RV angehören.*
 - 4. Unterkommission zu Fragen der Gebäude und Einrichtungen im Ausland*
 - Leitung durch Generalsekretär A. B. Neumann.*
 - Der Unterkommission sollten u. a. Experten der HA VF und der HA RV sowie ein Mitarbeiter der Abt. BRD angehören.*
 - 5. Unterkommission zur Fragen des Personalbestandes des auswärtigen Dienstes*
 - Leitung durch den Stellv. des Ministers, Koll. Lindner.*
 - Zur Unterkommission sollten u. a. Experten der HA Personalwesen und Bildung, Vertreter der Gewerkschaft bzw. des Verbandes der Berufsdiplomaten sowie ein Vertreter der Abt. BRD angehören.*

- III. *Das Ziel der Arbeit der Unterkommissionen sollte die Erarbeitung schriftlicher Sachstandsanalysen mit Lösungsvorschlägen sein, die der Kommission unterbreitet werden.*
- IV. *Die Koordinierung der Arbeit der Unterkommissionen könnte auf DDR-Seite durch die Abt. BRD erfolgen.“*

Die Arbeitsgruppe „UNO“ führte drei Konsultationen in Berlin bzw. in Bonn durch. Zu einem für den 23. August 1990 geplanten Zusammentreffen kam es nicht mehr.

Dr. Schilling, der Vertreter des AA, teilte mir telefonisch mit, dass die Entwicklung ein viertes Treffen nicht mehr nötig erscheinen lasse. Es wurde nur darauf hingewiesen, dass die Absprache über die Beendigung der DDR-Mitgliedschaft in der UNO beachtet werden müsse und Dr. Schilling um laufende Information bäte. In New York stehe Dr. Bräutigam, der unbedingt über alle Schritte informiert werden sollte, zur Verfügung.

DDR-Kompetenz unerwünscht

Als am 20. August 1990 Minister Meckel und seine Familie der ersten Etage des MfAA infolge des Auszuges der SPD aus der de-Maizière-Regierung verließen, der Ministerpräsident das Amt des Außenministers mit übernahm und Dr. Kersten Radzimanowski die Leitung des Hauses übertrug, veränderte sich das Verhältnis zwischen Leitung und Mitarbeitern.

Dr. Radzimanowski als geschäftsführender Minister legte Wert auf die Kompetenz und Sachkenntnis der Mitarbeiter. Er unternahm ebenso, wie es bereits Dr. Domke getan hatte, Schritte gegenüber dem AA mit dem dringenden Ersuchen, Personalfragen entsprechend dem Einigungsvertrag zu klären. In einem Schreiben vom 03. September 1990 an Staatssekretär Dr. Sudhoff wird festgestellt, dass es *„Differenzen zwischen in Ihrem Brief an StS Dr. Domke fixierten Vorstellungen und der Festlegung im am 31.08. unterzeichneten Einigungsvertrag, der Personalübernahmen in Bundeseinrichtungen in angemessenem Umfang festschreibt“* gibt.

Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Dr. Sudhoff!

Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident de Maizière haben bei ihren Gesprächen zum Einigungsvertrag vereinbart, daß die einzelnen Fachministerien in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gemeinsame Personalkonzeptionen erarbeiten sollten. Nachdem durch das MfAA vor Wochen entsprechende Personalangaben dem AA übermittelt wurden, dürften inzwischen Überlegungen in Ihrer Dienststelle abgeschlossen sein. Als koordinierender Staatssekretär möchte ich Ihnen meine Bereitschaft mitteilen, mich umgehend zur Abstimmung unserer gemeinsamen Konzeption mit Ihnen zu treffen, und bitte um Terminvorschläge.

Nach Ihrem Fax vom 30.8. an StS Domke und Gesprächen einer Delegation des AA unter Leitung von MinDirig Dr. Rapke ergaben sich Fragen, die es erforderlich machen, noch vor unserer Begegnung geklärt zu werden.

1. *Nach Ihrer bisherigen Vorstellung scheint die Realisierung von Artikel 36 Absatz 1 des Grundgesetzes im Bereich des Auswärtigen Amtes in Frage gestellt.*
2. *Es bestehen Differenzen zwischen Ihrem Brief an StS Dr. Domke fixierten Vorstellungen und der Festlegung in am 31.8. unterzeichneten Einigungsvertrag, der Personalübernahmen in Bundeseinrichtungen in angemessenem Umfang festschreibt. Beide Verhandlungsdelegationen haben diesbezüglich betont, daß die Verpflichtung zur Personalübernahme (Protokollnotiz zu Art. 13 Abs. 2) auch für den Auswärtigen Dienst gilt.*

3. *Die Vorstellung des AA, wonach Absolventen der Potsdamer Diplomatschule, deren Abschluß nicht einem Hochschulabschluß gleichkomme, sich nicht zum Auswärtigen Dienst bewerben können, geht nicht mit Artikel 37 Absatz 1 des Einigungsvertrages konform.*
4. *Die uns vom AA gegebene Information, Bewerber für den Auswärtigen Dienst, die Absolventen der Institute Potsdam und Moskau sind, könnten vor ihrer Bewerbung zum Auswärtigen Dienst ein anderes Studium absolvieren, ist eine rein akademische Lösung, da diese dann in der Regel das maximale Bewerbungsalter überschritten haben.*
5. *Die von Dr. Rapke vorgelegte Interpretation des Wartestandes beachtet nicht, daß gerade diejenigen Mitarbeiter des MfAA, die im letzten halben Jahr zur Absicherung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit aus Pflichtgefühl ihren Urlaub auf Jahresende verschoben haben, dadurch doppelt betroffen sind (Verlust des Urlaubs und finanzielle Einbuße).*
6. *Unsererseits besteht Übereinstimmung mit Ihrem Vorschlag, die Verwaltungs- und Abwicklungsstelle unmittelbar nach dem Beitritt ihre Tätigkeit aufnehmen zu lassen. Die Ausgabe der Bewerbungsbögen an die dafür in Frage kommenden Mitarbeiter des MfAA könnte von hier aus schon jetzt vorgenommen werden. Bei der Personalauswahl ist die Leitung des MfAA zu beteiligen. Arbeitsverträge müssen hinsichtlich Zeitdauer und Gehalt gegenüber Wartestand wesentlich attraktiver gemacht werden.*

Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, daß weitere Verhandlungen zwischen unseren Häusern erst nach Klärung dieser Fragen sinnvoll sind.

Der dargestellte Sachstand wird Ministerpräsident de Maizière zur Kenntnis gegeben.

Die für die Aufstellung des 3. Nachtragshaushaltes 1990 erforderlichen Angaben und Unterlagen werden Ihnen selbstverständlich zur Verfügung gestellt.

*Mit freundlichen Grüßen
gez. Kersten Radzimanowski“*

Auf das Schreiben gab es folgende Antwort vom 06. September 1990 durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Hans Werner Lautenschläger:

„Sehr geehrter Herr Dr. Radzimanowski,

ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 03. d. M. an Staatssekretär Dr. Sudhoff.

Inzwischen haben weitere Gespräche auf Arbeitsebene zu Fragen der einzurichtenden Verwaltungs- und Abwicklungsstelle, die Sie in Punkt 6 Ihres Schreibens ansprechen, zwischen Mitarbeitern des MfAA und des AA in Berlin stattgefunden.

In diesem Zusammenhang ist aus unserer Sicht wichtig, daß auch die Fragen vorgeklärt werden können, die bei der Abwicklung der Aufgaben aus den Bereichen Verwaltung, Handelsförderung, Förderung des Kulturaustausches an den Auslandsvertretungen anstehen.

Die übrigen aufgeworfenen Fragen wird der zuständige Staatssekretär Dr. Sudhoff mit Ihnen aufnehmen, wenn er nächste Woche wieder im Dienst ist.

*Mit freundlichen Grüßen
gez. Lautenschläger“*

Eine substantielle Antwort erfolgte nicht. Am 27. September gab es von Dr. Sudhoff ein Rundschreiben an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MfAA, in dem die beschlossene Entlassung des diplomatischen Personals des MfAA klar hervorging.

Hier zeigte sich die Arroganz des AA gegenüber den hochqualifizierten Diplomaten der DDR, die durchaus in der Lage gewesen wären, ihr Wissen und Können zugunsten der Bundesrepublik einzubringen. Welch ein Unterschied des Umgangs mit Humankapital zu dem der Adenauer-Regierung, die 1949/1950 sich nicht scheute, aus der Zeit vor 1945 schwer belastete Diplomaten des Auswärtigen Amtes mit Hilfe von „Persilscheinen“ zu aktivieren.

Es hätte im Falle der DDR-Diplomaten – wenn schon nicht im aktiven Dienst so als Entwicklungshelfer direkt und in den UN-Programmen – Einsatzvarianten gegeben. Mehr noch: Es gab Versuche, die UN-Beamten aus der DDR zum Verlassen ihrer Positionen zu zwingen. Diese Versuche scheiterten allerdings an der Haltung des damaligen UN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar.

Im MfAA nahmen natürlich der Frust und die Unzufriedenheit drastisch zu. Die Bemühungen von Dr. Radzimanowski waren ins Leere gegangen. Mit folgender Hausmitteilung vom 2. Oktober 1990 dankte er den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern:

„Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

*Heute ist für die meisten von Ihnen der letzte Arbeitstag in diesem Hause. Ich möchte Ihnen allen – auch im Namen des Ministerpräsidenten – nochmals herzlichen Dank sagen **für die in den letzten Wochen und Monaten geleistete Arbeit. Ohne Ihren Einsatz, der bei vielen Mitarbeitern oft über das normale Arbeitspensum hinausging, wäre der Beitrag unseres Hauses zur Regelung der außenpolitischen Aspekte der deutschen Einheit nicht möglich gewesen.** (Hervorhebung durch den Autor).*

Der am 3. Oktober 1990 beginnende Wartestand ist eine einschneidende Veränderung im persönlichen Leben jedes Einzelnen. Dies wurde ja auch bei der Personalversammlung am vergangenen Freitag überaus deutlich. Umso bedauerlicher ist es, daß eine Reihe von Fragen, die in diesem Zusammenhang auftreten, bisher nicht ausreichend gelöst werden konnten. Sicher hat es dabei auch Fehler und Versäumnisse der Leitung des Hauses gegeben. Oft jedoch sind unsere Bemühungen zur Lösung offener Fragen an anderer Stelle gescheitert.

Ich versichere Ihnen, daß auch nach dem Tage der deutschen Vereinigung an Lösungen im Interesse der Mitarbeiter dieses Hauses gearbeitet wird. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie bitten, das Angebot von Staatssekretär Dr. Bertele, für Gespräche und Beratungen zur Verfügung zu stehen, in Anspruch zu nehmen.

Es wird ein wichtiger Teil der Arbeitsaufgaben der Verwaltungs- und Abwicklungsstelle sein, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wartestand zur Verfügung zu stehen, ganz gleich, ob es sich dabei um die Ausstellung einer Bescheinigung, Fragen bezüglich von Umschulungen oder um die Beratung bei arbeitsrechtlichen Problemen handelt. Die Verwaltungs- und Abwicklungsstelle wird unter der Telefonnummer 2 39 250 zu erreichen sein.

Ich möchte Sie ermutigen, Eigeninitiative bei der Suche nach anderen beruflichen Betätigungsfeldern zu entwickeln, da gewiß nur relativ wenige in den auswärtigen Dienst des vereinten Deutschland übernommen werden. Ich gehe davon aus, daß es jedoch nur noch einige sein werden, die bis zum Ende des Wartestandes (6 bzw. 9 Monate bei Mitarbeitern über 50 Jahre) keine neue Anstellung gefunden haben. Unser Land erlebt einen Aufschwung, der sich für die meisten positiv auswirken wird.

Für Ihr berufliches wie für Ihr privates Leben wünsche ich Ihnen Kraft und Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

*gez. Dr. Kersten Radzimanowski
geschäftsführender Minister“*

Vor diesem Hintergrund war es für den Diplomatenverband äußerst schwer, Interessen der DDR-Diplomaten zu sichern.

Es gab noch Überlegungen, Ministerpräsident Lothar de Maizière für eine Rede auf der 45. Vollversammlung der UNO zu gewinnen. Nach anfänglichen positiven Signalen aus dem Büro des Ministerpräsidenten wurden Vorbereitungen getroffen und Redeentwürfe erstellt. Mitte September ließ Dr. de Maizière aber wissen, ein Auftreten in der Generaldebatte der UN kurz vor dem Beitrittsdatum zur Bundesrepublik sei aus Termingründen nicht möglich.

Wir stellten für die 45. Vollversammlung eine Delegation unter Leitung von Dr. Radzimanowski auf und informierten das AA. Dr. Radzimanowski wurde aus dem Hause des Ministerpräsidenten beschieden, dass dies wohl nicht mehr sinnvoll sei.

Dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Pérez de Cuéllar, sollte in einem offiziellen Schreiben die Beendigung der Mitgliedschaft der DDR in der UNO und in den Sonderorganisationen mitgeteilt werden. Das entsprechende Dokument wurde dann am 28. September 1990 gemäß Auftrag von mir übergeben.

Die Mitteilung an Dr. Radzimanowski über den Vollzug lautete wie folgt:

„Botschafter B. Neugebauer übergab am 28.09.90 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen das Schreiben des Ministerpräsidenten der DDR vom 27.09.90 zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD.

Pérez de Cuéllar brachte seine Wertschätzung für die aktive, bemerkenswerte Rolle der DDR und ihrer Vertreter in den Vereinten Nationen sowie anderen Organisationen zum Ausdruck. Er äußerte Verständnis für die Entscheidung der Volkskammer entsprechend dem Wunsche der Bevölkerung der DDR. Der UN-Generalsekretär erinnerte an sein Treffen und die nützlichen Gespräche mit Ministerpräsident Lothar de Maizière und bat, beste Grüße und Wünsche an ihn zu übermitteln.“

Damit endete meine berufliche Tätigkeit und ich ging in den Wartestand und von da in die Arbeitslosigkeit. Ein Zustand, den ich bis dahin nicht kannte und der mich schwer belastete. Bei einem späteren Treffen mit dem Generalsekretär der UNO, Pérez de Cuéllar, in Weimar äußerte dieser sein Unverständnis über die totale Ausgrenzung der DDR-Diplomaten.

Der Verband der DDR-Berufsdiplomaten bzw. der Verband für Internationale Politik und Völkerrecht gab mir zu dieser Zeit und bis heute Halt und eröffnete Möglichkeiten, mein Wissen einzusetzen und die wirkliche Rolle des MfAA in entscheidenden Wirkungsbereichen gegen Schwarz-Weiß-Malerei und Verunglimpfungen zu dokumentieren.

Heinz-Dieter Winter

Für eine reformierte DDR und eine erneuerte Außenpolitik

Seit den Oktober- und Novembertagen des Jahres 1989 machten sich viele Mitarbeiter im Hause und in den Auslandsvertretungen Gedanken darüber, wie es mit der DDR und ihrer Außenpolitik zukünftig weitergehen könnte. Ich war in dieser Zeit als stellvertretender Außenminister für die Länder Afrikas und des Nahen und Mittleren Ostens zuständig. Der folgende Text ist eine verkürzte Wiedergabe aus meinem Heft: Erinnerungen aus der Zentrale, Teil II. Diplomatische Arbeit in Zeiten der Krise und der Wende, Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e. V., Berlin 2014.

Im November 1989 befand ich mich gerade zu politischen Konsultationen in einigen Staaten Zentral- und Westafrikas, als sich in der DDR Entwicklungen vollzogen, die für die Existenz der DDR und ihre außenpolitische Tätigkeit in den folgenden Monaten von ausschlaggebender Bedeutung sein sollten. Ich erläuterte auf meinen Reisestationen die Notwendigkeit von Reformen in der DDR. In allen von mir besuchten Ländern, in Zaire, der Volksrepublik Kongo, in Kamerun und Nigeria, gab es Sorgen darüber, dass sich die Entwicklungen in Osteuropa negativ auf die zukünftige Solidarität dieser Staaten mit den afrikanischen Völkern auswirken könnten. Die Sorgen waren besonders stark in der eng mit der DDR verbundenen Volksrepublik Kongo. Ich versicherte meine Gesprächspartner, dass die DDR ihr Engagement für die Interessen der Völker Schwarzafrikas, insbesondere Namibias und Südafrikas, fortsetzen werde.

Besorgt waren auch die Mitarbeiter unserer Botschaften über ihre Zukunft. Während meiner Reise spitzte sich die Lage in der DDR weiter zu. Am 7. November war die Regierung Stoph zurückgetreten, einen Tag später trat auch das Politbüro des Zentralkomitees der SED zurück. In Nigeria erreichte mich die Nachricht über die Öffnung der Berliner Mauer.

Nach der Öffnung der Mauer äußerten meine Gesprächspartner in Nigeria die Erwartung, dass es bald zu einer deutschen Wiedervereinigung kommen werde, die sie begrüßen würden und für normal und notwendig hielten. Ich trat für die weitere Existenz einer eigenständigen sozialistischen und erneuerten, reformierten DDR ein und hielt entsprechend meiner damaligen Überzeugung eine baldige Wiedervereinigung nicht für möglich. Aus Berlin erhielt ich von dem mich vertretenden Abteilungsleiter ein Telegramm, in welchem er mir riet, meine Reise doch besser abubrechen, sodass ich den noch vorgesehenen Besuch in der Elfenbeinküste absagte. Ich hatte damals den Eindruck, dass dieses Telegramm nicht nur Ausdruck der verschärften Lage in der DDR war, sondern auch mit der Stimmung unter den Mitarbeitern des Hauses zusammenhing. Es verbreitete sich Unmut gegenüber der Leitung des Hauses, Vorwürfe wegen Untätigkeit und Passivität wurden laut. Man erwartete auch von der Leitung des MfAA ein deutliches Eintreten für die Erneuerung der DDR und für entsprechende Überlegungen auf außenpolitischem Gebiet.

Am 13. November wurde Hans Modrow von der Volkskammer zum Ministerpräsidenten gewählt. Wenn ich heute seine Regierungserklärung vor der Volkskammer vom 17. November lese, so bewegen mich zwei Gedanken. Erstens, seine umfassenden Darlegungen zu notwendigen Veränderungen machen deutlich, dass es innerhalb und außerhalb der SED, bei Wissenschaftlern und kompetenten Fachleuten bereits vor dem Herbst 1989 ein hohes Potential an Ideen darüber gegeben hat, was alles in der DDR reformiert werden müsste. Und zweitens beschäftigt mich der Gedanke, dass die DDR bei der Umsetzung der Vorstellungen von Modrow möglicherweise lebensfähig gewesen wäre.

Warum war diesem Programm keine Zukunft beschieden? Dazu fallen mir folgende Ursachen ein: die Schwächung und der Zerfall der Sowjetunion als unentbehrlicher politischer

und wirtschaftlicher Partner für die DDR, das Ende des Sozialismus in Osteuropa, die massive Einmischung der Bonner Republik in die inneren Angelegenheiten der DDR und schließlich der übermächtige Drang eines großen Teils der Bevölkerung nach der deutschen Einheit.

In der Regierungserklärung von Hans Modrow hieß es: „Mit der Respektierung des selbstbewusst handelnden mündigen Bürgers, der umfassenden Demokratisierung unserer Gesellschaft, mit der gesamten Erneuerung unserer Gesellschaft schaffen wir neue Grundlagen für eine glaubwürdige Außenpolitik. [...] Außen- und Sicherheitspolitik unseres Landes bedürfen der demokratischen Diskussion, der parlamentarischen Debatte und Kontrolle.“¹ Das bedeutete, dass nunmehr nicht mehr die wesentlichen Inhalte und Aktionen außenpolitischen Vorgehens in einem engen Führungskreis, dem Politbüro, oder durch ein einfaches „Einverständnis E. H.“² bestimmt werden konnten, sondern der Entscheidung und Kontrolle eines demokratisch gewählten Parlaments sowie dem kritischen Urteil der Öffentlichkeit unterliegen sollten.

Abgesehen von neuen Formulierungen im Verhältnis zum anderen deutschen Staat orientierte der außenpolitische Teil der Erklärung im Wesentlichen auf Kontinuität. Das war verständlich, hatte doch unsere Außenpolitik der DDR in der Welt viel Anerkennung verschafft. Die Frage, die sich mir aus damaliger Sicht stellte, war: Reichte das, gab es nicht auch Defizite? Was meinen Verantwortungsbereich betraf, so wurde zu dem brennendsten Problem, dem Nahostkonflikt, folgende Aussage getroffen: „Die DDR tritt nachdrücklich für die friedliche und gerechte Lösung des Nahost-Problems ein. Das schließt die Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes ebenso ein wie die Existenz des Staates Israel in gesicherten Grenzen. Davon ausgehend ist die DDR für normale Beziehungen zu allen Staaten dieser Region.“ Für mich sah ich in dieser Formulierung auch die Aufgabe, dass wir uns stärker den Beziehungen mit Israel zuwenden sollten.

Hinsichtlich der Beziehungen zur BRD orientierte die Erklärung darauf, ihnen den Charakter einer „qualifizierten guten Nachbarschaft“ zu geben sowie eine umfassende Zusammenarbeit auf einer neuen, höheren Stufe, eine Vertragsgemeinschaft auf der Basis einer kooperativen Koexistenz aufzubauen. Von „Wiedervereinigung“ war nicht die Rede.

In den folgenden Tagen bemühte ich mich, die prioritären außenpolitischen Aufgaben gegenüber den Staaten meines Bereiches zu bestimmen. Es erschien mir notwendig, die Aktivitäten des MFAA auch öffentlich wirksam darzustellen.

Ab November merkten wir, dass unsere Zeitungen, auch das „Neue Deutschland“, nicht mehr bereit waren, über all unsere außenpolitischen Aktivitäten zu berichten, dagegen erschienen kritische Artikel zur Außenpolitik. Am 17. November 1989 veröffentlichte die „Berliner Zeitung“ einen Artikel unter der Überschrift „Ist die Außenpolitik unser allerletztes Tabu?“, worin die Autorin, Christa Schaffmann, schrieb: „Die Volkskammer tagt, schaut zurück, schaut voraus. Außenpolitik gab es anscheinend nicht in der alten Ära, und über ihre Rolle in der alten Ära und über die Rolle in der neuen ist noch nicht befunden.“ Sie schrieb von der Lähmung der Verantwortlichen, vom Fehlen einer Bilanz der Aktiva und Passiva. Die DDR-Außenpolitik brauche sich mit ihrem Beitrag zur Dialogpolitik nicht zu verstecken. Es müsse aber in demokratischer Aussprache erörtert werden, wo die Defizite liegen und wie die Schwerpunkte für die nächste Zeit gesetzt werden müssten.

Die Autorin hatte Recht. Ich selbst war der Meinung, dass in unserem Hause zu wenig darüber gesprochen wurde, welche Defizite es in der Vergangenheit gegen hat, welche Veränderungen in der Außenpolitik notwendig wären und wie wir unsere Außenpolitik in der

¹ *Neues Deutschland*, 18./19.11.1989.

² Mit diesem Kürzel hatte Erich Honecker auf Briefen des Außenministers seine Zustimmung gegeben.

Öffentlichkeit besser darstellen könnten. Es entstand für mich der Eindruck, dass sich die Leitung in einem Lähmungszustand befand, während sich unter den Mitarbeitern immer mehr Unzufriedenheit bemerkbar machte, aber auch recht diffuse Meinungen vertreten wurden.

Ende 1989 und Januar 1990 gab es in meinen Abteilungen lebhaftes Diskussionen darüber, wie wir die Außenpolitik gegenüber den Ländern unseres Bereiches im Einklang mit der Regierungserklärung von Modrow gestalten sollten. Am 13. November wurde vom Kollegium ein Dokument angenommen, in dem die außenpolitischen Aufgaben für die nächste Zeit formuliert wurden. Es ging darum, die Existenz der DDR durch außenpolitische Aktivitäten international zu sichern.

Für den 20. November hatte ich eine Dienstversammlung aller meiner Mitarbeiter einberufen, das war eine eher unübliche Maßnahme. Eingangs fasste ich die bisherigen Ergebnisse der Diskussionen in unserm Bereich zusammen und betonte, dass dies erst der Anfang eines Denkprozesses sei. Unsere Aufgabe sei es jetzt, für den Erneuerungsprozess möglichst günstige äußere Bedingungen zu gewährleisten. Gleichzeitig müssten wir der Welt ein realistisches Bild von den Veränderungen in der DDR geben, damit Ansehen und Vertrauen gewahrt blieben. Es ginge darum, die Außenpolitik so gut und normal wie möglich weiterzuführen und damit einen Beitrag zur Sicherung der Eigenstaatlichkeit der DDR zu leisten. Auch die Beziehungen mit den Entwicklungsländern seien für die ökonomische und politische Stabilität der DDR wichtig. Aber unsere Aktivitäten zu diesen Ländern müssten im Konsens mit den gesellschaftlichen Kräften der DDR entwickelt werden. Unsere Möglichkeiten und Interessen müssten besser in Übereinstimmung gebracht werden.

Die Außenpolitik müsse sich erneuern, das bedeute aber nicht, dass wir von heute auf morgen eine andere Außenpolitik betreiben würden. Neben schnellen Veränderungen gegenüber der Bundesrepublik und gegenüber dem Westen gebe es auch Kontinuitäten, die die Welt von uns erwarte. Es gehe darum, andere Parteien in die Außenpolitik einzubinden, was Konsequenzen für die Kaderpolitik haben müsse. Ich ging auf die aktuellen Aufgaben in den Länderbereichen ein und meinte, unser grundsätzliches Herangehen an die Entwicklungsländer habe uns gute Beziehungen gesichert und bedürfe wohl keiner wesentlichen Veränderungen. Doch wegen unserer ökonomischen Situation sei es unvermeidlich, stärker auf den Nutzen für die DDR zu achten. Es müssten neue Überlegungen über Schwerpunktländer und die Dislozierung unserer Vertretungen gemacht werden, um einen möglichst sparsamen und effektiven Einsatz der Mittel zu gewährleisten. Die Situation in den Ländern, die wir früher als sozialistisch orientiert bezeichnet hatten, erfordere eine realistische Bewertung und die Reduzierung unseres Engagements auf ein Maß, das den Interessen der DDR entspreche.

Einen Nachholbedarf hätten wir in Fragen der Entwicklungspolitik, in der Orientierung auf die globalen Probleme und die allgemeinemenschlichen Interessen, wie z. B. ökologische Fragen. Das schließe eine gewisse Entideologisierung unserer Außenpolitik ein, wobei es eine ideologiefreie Außenpolitik wohl nicht geben könne. Ich wandte mich dagegen, unsere solidarische Hilfe für Länder der Dritten Welt für eine unzulässige Einflussnahme auf die gesellschaftspolitische und ideologische Orientierung des betreffenden Landes zu nutzen.

In Zukunft dürfe unsere Zusammenarbeit nicht mehr der Beeinflussung innerer Entwicklungen in diesen Ländern oder irgendwelchen Fortschrittskriterien untergeordnet sein. Unsere Solidarität sollte der Überwindung von Not und der Lösung globaler Probleme dienen. Die vielfältigen Probleme der Entwicklungsländer würden sich ohnehin nur in einer systemübergreifenden Zusammenarbeit lösen lassen.

Aus heutiger Sicht muss ich kritisch bekennen, dass die zu beachtende menschenrechtliche Situation in den Ländern der Dritten Welt in meinen damaligen Überlegungen keine Rolle spielte.

Schließung von Vertretungen

Im Dezember beschäftigte sich die Leitung des Ministeriums mit der Dislozierung unserer Auslandsvertretungen. Es ging darum, wie zum Zweck höherer Effektivität und durch sparsameren Einsatz der finanziellen Mittel das Netz der Auslandsvertretungen der DDR aussehen sollte. Das Ziel war, die Zahl von insgesamt 111 diplomatischen bzw. konsularischen Vertretungen zu reduzieren und den realen Möglichkeiten und Notwendigkeiten der DDR anzupassen.³ Zunächst war vorgesehen, 15 Botschaften, ein Generalkonsulat und zwei Konsulate zu schließen. In Afrika ging es darum, von den 23 existierenden Botschaften und der Beobachtermission in Namibia 7 zu schließen.

Der Entscheidung wurden vor allem die politischen und ökonomischen Interessen der DDR zugrunde gelegt. Bisherige ideologische Nähe war kein Kriterium, deshalb wurde beschlossen, z. B. nicht die Botschaft in Zaire, sondern die in der Volksrepublik Kongo zu schließen. Für die betroffenen Mitarbeiter war das bitter, aber es war eine unumgängliche Notwendigkeit. Die geschlossenen Botschaften sollten durch Zweitakkreditierungen ersetzt werden. Als erste sollten die Vertretungen in Somalia, Guinea, Guinea-Bissau und Sansibar (Konsulat) geschlossen werden. Bis Ende 1990 wurde die Schließung der Botschaften in Sambia, in der Volksrepublik Kongo, im Sudan und Madagaskar vorgesehen.

Zunehmende Destabilisierung im Lande

Im Dezember 1989 und Anfang 1990 setzten sich die Destabilisierungsprozesse im Lande fort. Die Ereignisse überschlugen sich. Am 3. Dezember trat das Zentralkomitee der SED und am 6. Dezember Egon Krenz von allen Staatsämtern zurück. Staatsratsvorsitzender wurde der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach.

Die alte SED begann zu zerfallen. Zahlreiche Mitglieder, auch im MfAA, erklärten in den folgenden Wochen ihren Parteiaustritt. Es blieben diejenigen, die glaubten, mit einer neu formierten Partei weiterhin für den Sozialismus in der DDR wirken zu können. Mit diesem Ziel wurde in den ersten Dezembertagen ein außerordentlicher Parteitag vorbereitet, der am 8. Dezember zusammentrat. In kürzester Zeit wurden die Delegierten für diesen Parteitag gewählt, auch auf Parteiversammlungen im MfAA. In diesen kam es zu erregten Debatten. Unter den Mitarbeitern verstärkte sich der Groll gegen die Leitung. Viele Mitarbeiter meinten, dass angesichts der Ereignisse im Lande in der Leitung des Hauses Veränderungsbedarf bestünde.

Außenminister Oskar Fischer informierte uns in der Leitung ständig über die im Ministerrat getroffenen Einschätzungen zur Lage. Sie ergaben in den Dezembertagen ein desolates Bild. Wenn das so weiterginge, würde Anarchie drohen. Der Minister informierte über ergriffene Maßnahmen, so den Einsatz von Regierungsbevollmächtigten in den Bezirken. Die Lage wurde als so brisant eingeschätzt, dass in der Leitung die Frage aufgeworfen wurde, wie das Gebäude des Ministeriums mit seinen Glasfenstern im Erdgeschoß gegen äußere Angriffe geschützt werden könnte.

Der „Runde Tisch“, der am 7. Dezember in Berlin erstmalig zusammengetreten war, wurde von der Regierung als reale politische Kraft eingeschätzt und respektiert. Er bemühte sich um konstruktive Zusammenarbeit, wandte sich aber dagegen, die Arbeit der Regierung zu kontrollieren und Veto-Rechte gegenüber der Regierung auszuüben. Im Staatsapparat gab es Auflösungserscheinungen, vor allem auf bezirklicher und kommunaler Ebene. In Schwerin, Rostock, Frankfurt/Oder und Dresden traten die Vorsitzenden der Räte der Bezirke zurück. Neonazistische Kräfte wurden aktiv. Gegen diese Umtriebe fand am 3. Januar eine gewaltige

³ Die DDR hatte 1989 89 Botschaften, 14 Generalkonsulate, 2 Konsulate, 5 Vertretungen bei internationalen Organisationen, 1 Beobachtermission in Namibia.

Demonstration am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park statt, an der nach einer Meldung des „Neuen Deutschland“ 250.000 Menschen teilgenommen haben sollen.⁴ Am 15. Januar hatten Demonstranten das Gebäude des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin gestürmt. Der Sicherheitsapparat der DDR war gelähmt.

Trotz dieser enormen Probleme hatte die Regierung Modrow positive Ergebnisse aufzuweisen. Produktion, Transportwesen und Energieversorgung waren intakt geblieben. Die Versorgungslage konnte im Wesentlichen stabil gehalten werden. Das Land war regierbar geblieben.

Es war deutlich spürbar, dass im Auftreten der oppositionellen Bewegungen Kräfte aus der BRD im Spiel waren, insbesondere was die Forderung nach der deutschen Einheit betraf. Das zeigte sich besonders darin, dass auf den Montagsdemonstrationen in Leipzig und anderen Städten seit dem 8. Januar die Einheitslosungen überwogen. Das Treffen von Kohl und Modrow in Dresden am 19. Dezember hatte aber deutlich gemacht, dass die BRD die Modrow-Regierung bis zu den Wahlen respektieren würde, denn auch die BRD-Führung wollte wohl keine weitere Destabilisierung der Lage in der DDR.

Was zunehmende Forderungen nach der Einheit Deutschlands betraf, war ich im Januar der Meinung, dass die Mehrheit der DDR-Bürger noch für die souveräne Eigenstaatlichkeit der DDR war. Ich erkannte aber, dass die Entwicklung dahin führen könnte, dass im Ergebnis der für den März vorgezogenen Wahlen der Sozialismus als Gesellschaftsziel keinen Konsens mehr in der Regierung und im Parlament haben würde, was natürlich auch grundsätzliche Veränderungen für das außenpolitische Auftreten zur Folge haben würde.

Die Entwicklung in der DDR und in anderen osteuropäischen Ländern wurde in der Dritten Welt mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Unruhe und Besorgnisse waren unverkennbar. Das wurde deutlich, als Mitte Januar der Vorsitzende der Süd-Süd-Kommission und ehemalige Präsident Tansanias, Julius Nyerere, die DDR besuchte.

Nyerere gab seiner Besorgnis über die Entwicklung in den sozialistischen Staaten Ausdruck und verwies darauf, es gebe in Afrika die Hoffnung, dass die osteuropäischen Staaten ihre traditionelle und bewährte Unterstützung für den Kampf der Völker im Süden Afrikas gegen Kolonialismus und Rassismus nicht einstellen würden. Die in diesen Worten mit-schwingende Sorge bekam ich auch zu hören, als ich kurz danach die Gelegenheit zu politischen Gesprächen in Syrien, Südjemen und Simbabwe hatte.

Regionalkonferenzen

Im Januar und Anfang Februar 1990 hatte ich die Botschafter meines Bereiches zu Regionalkonferenzen in Damaskus, Aden und Harare eingeladen. Solche Regionalkonferenzen fanden auch in den anderen Länderbereichen statt. Es war dringend notwendig, den Mitarbeitern unserer Auslandsvertretungen die Lage in der DDR zu erläutern und Orientierungen für das außenpolitische Verhalten zu geben. Und schließlich musste ich über die vorgesehene Schließung einiger Vertretungen informieren und Fragen über die weitere Perspektive für Botschafter und Mitarbeiter, soweit das überhaupt möglich war, beantworten.

Was die innere Situation in unserem Lande betraf, konnte ich im Januar kein gutes Bild mit auf die Reise nehmen, und während der Regionalkonferenzen verschlechterte sich die Situation weiter. Wenn ich heute in meinen Notizen nachlese, was ich den Botschaftern darlegte, dann gab das sicher ein realistisches Bild der Lage in der DDR wieder, war aber doch teilweise so dramatisch, dass es ziemlich schockierend wirken musste. Das war alles bitter und deprimierend.

⁴ ND vom 4.1.1990.

Vom 17. bis 20. Januar war ich in Damaskus. Im syrischen Außenministerium führte ich Gespräche mit Außenminister Sharaa und seinem Stellvertreter Fadhal. Meine Gesprächspartner äußerten ihre Besorgnis darüber, dass die Ereignisse in der DDR zur Wiedervereinigung führen könnten. Dafür bestehe Verständnis, aber man befürchte, dass die Entwicklung in der DDR sich nachteilig für Syrien und andere arabische Länder, insbesondere für die Durchsetzung ihrer Interessen in der Nahostfrage, auswirken könne. Ähnliche Meinungen hörte ich in den nächsten Tagen auch in Aden.

Am 20. Januar flogen wir nach Aden weiter. Auch dort hatte ich die Möglichkeit, dem Außenminister die Lage in der DDR in einem ausführlichen Gespräch zu erläutern. Zwischen Süd- und Nordjemen wurde in diesen Tagen über die Vereinigung beider Staaten verhandelt. Mein jemenitischer Kollege informierte mich darüber, dass die dazu geführten Gespräche auf gleicher Augenhöhe stattfanden und dabei auch soziale Errungenschaften des Südens, wie z. B. die Gleichberechtigung der Frau und das entwickelte Volkssystem, in die Einheit eingebracht werden sollten. Die Vereinigung des außenpolitischen Apparats und der Armeen werde auf gleichberechtigter Basis erfolgen. Das sah auch zunächst in der Tat so aus, aber in den folgenden Jahren ging vieles von den Errungenschaften des Südens verloren.

Am 31. Januar reiste ich nach Simbabwe, um Botschafter aus der Region südlich der Sahara über die Lage zu informieren. Auch hier übermittelte ich den Botschaftern und Kollektiven herzliche Grüße und den Dank von Ministerpräsident Modrow und Außenminister Fischer für die engagierte Arbeit in schwieriger Zeit. Die Schließung einiger Vertretungen betraf besonders Afrika südlich der Sahara, und ich sprach in Harare mit den davon betroffenen Botschaftern. In den Gesprächen kam ihre große Sorge um die Zukunft der DDR und um ihre eigene zum Ausdruck.

Vom Außenminister Simbawes, Nathan Shamuyarira, wurde ich zu einem Gespräch empfangen. Ich informierte ihn über die Entwicklung in der DDR und ging besonders auf den von Hans Modrow vorgelegten Stufenplan zur deutschen Einheit ein. Der Außenminister äußerte Verständnis für diesen Plan, wenn er dem erklärten Willen des Volkes der DDR entspreche und sich der Vereinigungsprozess auf wirklich gleichberechtigter Grundlage und unter Berücksichtigung der Interessen des Volkes der DDR vollziehen werde. Dabei müssten auch die Sicherheitsinteressen der Nachbarstaaten voll berücksichtigt werden. Angesichts der Zerfallserscheinungen des Warschauer Vertrages äußerte er seine Besorgnis darüber, dass der Osten in Ohnmacht versinken könne. Dieser mache Zugeständnisse, die vom Westen nicht honoriert würden. Wenn ich mich heute an dieses Gespräch erinnere, so muss ich sagen, dass der Politiker im fernen Afrika damals die Lage sachkundig und realistisch eingeschätzt hatte.

Aus Südafrika kam die Nachricht, dass Präsident de Klerk die Freilassung Nelson Mandelas aus dem Gefängnis angekündigt⁵ und sich bereit erklärt habe, das Apartheidregime durch einen Reformprozess zu beseitigen. Ich wurde wegen dieser Nachricht vom ADN-Korrespondenten angesprochen. In der Meldung der Nachrichtenagentur ADN vom 2. Februar hieß es:

„Die angekündigte Freilassung Nelson Mandelas nach jahrzehntelanger Haft sowie die Legalisierung des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika (ANC) und anderer Antiapartheidorganisationen hat der stellvertretende Außenminister der DDR, Heinz-Dieter Winter, am Freitag gegenüber ADN begrüßt. Diese Maßnahmen seien Ausdruck der in Südafrika ablaufenden Prozesse und bilden zugleich einen starken Impuls auf dem Weg zu dringend notwendigen Veränderungen der südafrikanischen Gesellschaft. [...] Im Rahmen dieses die Apartheid beseitigenden Prozesses können sich Möglichkeiten ergeben, zwischen der DDR

⁵ Die Freilassung von Nelson Mandela erfolgte am 12. Februar 1990.

und einem sich verändernden Südafrika Beziehungen auf verschiedensten Gebieten zu entwickeln, betonte der DDR-Minister.“⁶

Diese Erklärung gab ich ab, ohne vorher die Zustimmung aus Berlin einzuholen. Das wäre vor der sogenannten Wende unmöglich gewesen. Meine Erklärung wurde in Südafrika aufgegriffen. Präsident Frederik Willem de Klerk übermittelte an den amtierenden Staatsratsvorsitzenden Manfred Gerlach am 2. März ein Schreiben, in dem er meine Erklärung ausdrücklich begrüßte. De Klerk würdigte die „Konzeption für den Weg zur deutschen Einheit“ von Ministerpräsident Hans Modrow vom 1. Februar 1990. Er schrieb: *„Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um mein Verständnis für die Kompliziertheit der zahlreichen Probleme zu äußern, vor denen Ihr Volk steht. Wir wünschen Ihnen alles Gute. Ebenso wie Deutschland durchläuft die RSA tief greifende und weit reichende Veränderungen von historischen Dimensionen. [...] Ich stimme des weiteren der Auffassung Ihres stellvertretenden Außenministers zu, der am 2. Februar in Harare erklärte, dass sich aufgrund der hier und in Ihrem Land verändernden Umstände Möglichkeiten ergeben könnten, gegenseitig vorteilhafte Beziehungen zu entwickeln.“*⁷

Bei meiner Abreise ahnte ich, dass dies mein letzter Arbeitsbesuch in dieser Region sein würde. Jahre später sagte mir Botschafter Hans-Georg Schleicher, dass er und sein Botschafterkollege Ronald Weidemann sich mit den Worten verabschiedet hatten: „Bis zum nächsten Mal auf dem Arbeitsamt.“ Sie trafen sich dann auch wirklich dort wieder.

Entwicklungspolitischer Runder Tisch

Am 9. und 14. Februar nahm ich zusammen mit Edgar Röder, dem Leiter der Abteilung Nord- und Westafrika, an der Sitzung des Entwicklungspolitischen Runden Tisches in der Französischen Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt in Berlin teil. Ich war erstaunt darüber, welche uns bis dahin unbekannten Aktivitäten die Kirche auf entwicklungspolitischem Gebiet bereits entfaltet hatte. Am Runden Tisch nahmen neben Achim Reichardt vom Solidaritätskomitee der DDR etwa 70 Vertreter von Ministerien, kirchlichen Einrichtungen, wissenschaftlichen Institutionen, von Parteien, Massenorganisationen und Basisgruppen teil. Auch das „Neue Forum“ war vertreten.

Von mir wurden die konzeptionellen Vorstellungen des Außenministeriums vorgetragen, die in den letzten Wochen in meinem Bereich erarbeitet worden waren. In meinen Ausführungen ging ich auf Erwartungen in Entwicklungsländern ein, dass eine mit neuer demokratischer Legitimität ausgestattete DDR sich auch den Problemen des sogenannten Südens stärker widmen werde. Mit Hinweis auf den Besuch von Julius Nyerere, dem Vorsitzenden der Süd-Süd-Kommission der Nichtpaktgebundenenbewegung, zitierte ich dessen besorgte Äußerungen darüber, dass angesichts der Brisanz der Entwicklungen in der DDR „das Denken an andere, an die wirklichen Armen der Welt zu kurz kommt“.⁸ Es gebe sogar Befürchtungen, dass sich die verbessernde Ost-West-Kooperation zu Lasten des Südens vollziehen könne. Diese Erwartungen würden sich auch auf die Leistungen des Volkes der DDR beziehen, die, beginnend mit der Unterstützung des Kampfes für die Unabhängigkeit, eine Solidarität mit langfristig positiven Auswirkungen für die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ermöglicht haben. Man erwarte, falls es zur Einheit Deutschlands komme, dass dann die DDR Werte der Solidarität mit den Entwicklungsländern einbringe.

Ich sprach mich dafür aus, dass sich die DDR auch zukünftig an den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Bewältigung der Probleme der Entwicklungsländer, wie

⁶ Text im Archiv des Autors.

⁷ Kopie im Archiv des Autors.

⁸ Text im Archiv des Autors.

Unterentwicklung, ökologische Krisen, Hunger, Epidemien und Verschuldung, beteiligen müsse. Dabei werde sich die DDR strikt von der Respektierung der Prinzipien der Nichteinmischung und der freien Wahl des eigenen Weges leiten lassen.

Weiterhin führte ich aus, dass mein Ministerium künftig die Regierungspolitik im Entwicklungsländerbereich so konzipieren und gestalten werde, dass sie einem breiten Konsens des Volkes der DDR und der politisch aktiven Kräfte unseres Landes entsprechen werde.

Den Diskussionen in diesen Veranstaltungen und dem engagierten Handeln des aus dem Solidaritätskomitee hervorgegangenen Solidaritätsdienstes International e. V. (SODI) ist es zu verdanken, dass in den neuen Bundesländern über 32 Millionen DM aus den Mitteln des ehemaligen Solidaritätskomitees über die Gründung der Stiftung Nord-Süd-Brücken für die zukünftige Solidaritätsarbeit erhalten werden konnten und nicht der Treuhand anheimfielen.

Bemühungen um Beziehungen mit Israel

In den Erklärungen und Äußerungen der oppositionellen Bürgerbewegungen spielte die Außenpolitik nur eine geringe Rolle. Aber im Verhältnis der DDR zu Israel wurden Veränderungen gefordert. In der öffentlichen Meinung Israels wurde ebenfalls Interesse an verbesserten Beziehungen zwischen beiden Staaten geäußert. Vertreter der Jüdischen Gemeinde der DDR und israelische Journalisten, die mich um Gespräche baten, brachten dies zum Ausdruck. Es wurde eine Abkehr der bisherigen Haltung der DDR zu Israel, die als feindselig bewertet wurde, gefordert. Dass die DDR zu Israel keine Beziehungen hatte, wurde als Ausdruck dafür gewertet, dass die DDR nicht bereit sei, die deutsche Schuld am Holocaust auch für das Volk der DDR anzuerkennen und Verantwortung zu übernehmen.

Der Verband der Jüdischen Gemeinden verlangte am 4. November 1989 in einem offenen Brief an die Abgeordneten der Volkskammer, die sofortige Normalisierung der Beziehungen zu Israel anzustreben.⁹ Bemerkenswert für die damalige Situation war, dass Losungen auf Demonstrationen wie „Wir sind ein Volk“, das Auftauchen der schwarz-weiß-roten Reichskriegsflagge und antisemitische Stimmungen gerade in Israel Befürchtungen über ein mögliches Wiedererstehen eines großdeutschen Nationalismus auslösten. Eine mögliche Wiedervereinigung wurde sowohl in Israel als auch vom Jüdischen Weltkongress (World Jewish Council – WJC) mit Sorge gesehen.

Die Regierung von Hans Modrow war bereit, so schnell als möglich diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen und darüber Gespräche zu führen. Am 18. Dezember wurde im MfAA ein Konzept zum Vorgehen gegenüber Israel beraten, nachdem am 14. Dezember der Ministerrat Außenminister Fischer und den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates für Kirchenfragen Lothar de Maizière beauftragt hatte, einen kompletten Vorschlag zur Gestaltung des Verhältnisses zu Israel vorzulegen.

Vom 29. Januar bis 2. Februar 1990 fanden in Kopenhagen erste Gespräche über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Israel statt. In diesen Gesprächen machte die israelische Seite die Herstellung diplomatischer Beziehungen von folgenden Bedingungen abhängig:

1. Abgabe einer offiziellen Erklärung, die ein klares Bekenntnis zur Übernahme von Verantwortung für die deutsche Vergangenheit beinhaltet.
2. Anerkennung jüdischer materieller Forderungen. Die DDR solle vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ihre prinzipielle Bereitschaft erklären, mit Israel darüber Gespräche zu führen.

⁹ Vgl. Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. *Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*, Bonn 1997, S. 335.

3. Veränderung der Haltung zum Zionismus. Es sei für Israel nicht zu akzeptieren, dass die DDR in der UNO Resolutionen unterstützt hat, die Zionismus mit Rassismus gleichsetzen.
4. Eine balancierte Nahostpolitik. Die bisherige Nahostpolitik der DDR werde als pro-arabisch angesehen. Die DDR solle keine Waffen mehr in das nahöstliche Spannungsbereich liefern und die Ausbildung von Experten in Sicherheitsdiensten arabischer Staaten und der PLO einstellen.

Seitens der DDR wurden daraufhin Schritte unternommen, um den israelischen Forderungen so weit als möglich entgegenzukommen.

Wenige Tage nach den Kopenhagener Gesprächen richtete Modrow ein Schreiben an den Präsidenten des World Jewish Congress. In einer beigefügten Erklärung anerkannte die DDR die Verantwortung des gesamten deutschen Volkes für die Vergangenheit. Diese ergebe sich aus der tiefen Schuld des Hitlerfaschismus, der im Namen des deutschen Volkes schlimmste Verbrechen am jüdischen Volk begangen habe. Es wurde die humanitäre Verpflichtung gegenüber den Überlebenden des jüdischen Volkes, die unter Naziunterdrückung gelitten haben, anerkannt und die Bereitschaft zur solidarischen materiellen Unterstützung ehemaliger Verfolgter des Naziregimes jüdischer Herkunft erklärt.

Vom 7. bis 9. März fand die zweite Gesprächsrunde in Kopenhagen statt. Die DDR-Delegation hatte es hier mit einer verhärteten Position der israelischen Seite zu tun. Der Brief von Modrow wurde als nicht ausreichend bezeichnet. Die israelische Delegation erhob zusätzliche Forderungen: „Sie betreffen die prinzipielle Anerkennung materieller Schulden der DDR gegenüber dem Staat Israel und jüdischen Bürgern. Israel geht davon aus, dass zwei Drittel aller deutschen materiellen Schulden durch die BRD im Wiedergutmachungsabkommen von 1952 beglichen wurden. Dieses Abkommen sicherte Israel nichtrückzahlbare Warenlieferungen in Höhe von 3,45 Milliarden DM zu, davon 450 Millionen DM zugunsten der Jewish Claims Conference. Das restliche Drittel müsse durch die DDR anerkannt werden.“¹⁰

Auf diese Forderung konnte die Modrow-Regierung nicht eingehen. In einem 1993 veröffentlichten Artikel nannte ich dafür drei Gründe:

„Erstens. Die israelischen Forderungen hätten die finanziellen Möglichkeiten der DDR-Wirtschaft, die sich in einer tiefen Krise befand, überstiegen.

Zweitens: Die öffentliche Meinung in der DDR, die in der Wendezeit erheblichen Druck auf Regierungsentscheidungen ausübte, war zwar mehrheitlich für Beziehungen mit Israel, aber gegen Zahlungen an Israel. Es musste befürchtet werden, dass das Bekanntwerden der entsprechenden Summen von nationalistischen und antisemitischen Kreisen, die sich Anfang 1990 stärker bemerkbar machten, für ihre Zwecke missbraucht würden.

Drittens: Diplomatische Beziehungen DDR-Israel wären in den arabischen Staaten akzeptiert worden, kaum jedoch finanzielle Leistungen der DDR an Israel.“¹¹

Bis zu einem gewissen Grade musste sich auch die israelische Seite darüber im Klaren gewesen sein. Sie war offensichtlich darauf aus, Zeit zu gewinnen, um das Ergebnis der Wahlen zur Volkskammer vom 18. März abzuwarten. Ansprüche an die DDR sollten nach Möglichkeit für eine spätere deutsche Regierung und im Hinblick auf eine Wiedervereinigung festgeschrieben werden.

¹⁰ Information über Gespräche mit Vertretern des Außenministeriums Israels vom 7.3.-9.3. in Kopenhagen, im Archiv des Autors.

¹¹ Heinz-Dieter Winter. Bemerkungen zur DDR-Politik gegenüber Israel. In: *asien, afrika, lateinamerika*, 1993, Vol. 21, S. 161.

Unter der Regierung de Maizière fand dann Anfang Juli eine dritte Gesprächsrunde in Kopenhagen statt. Diese scheiterte ebenfalls, weil auch die neue Regierung zögerte, grundsätzlich einer Regelung materieller Ansprüche auf der Grundlage des Luxemburger Abkommens zwischen der BRD und Israel vom 10. September 1952 zuzustimmen. Durch den schnellen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurde das Problem dann gegenstandslos.

Entwicklungen zu Beginn 1990 und Rücktritt von meiner Funktion

Seit Mitte Januar hatte sich die Lage in der DDR weiter destabilisiert. Hans Modrow schrieb rückblickend, dass sich rechtsextremistische Kräfte formierten. Diese erhielten Unterstützung aus der BRD und versuchten – teilweise mit Erfolg –, in die Demonstrationen, vor allem in Leipzig, einzudringen. Die etablierten Parteien gerieten in eine tiefe Krise. Sie verloren einen Teil ihrer Mitglieder, die SED/PDS eine Million. Die Ost-CDU und die LDPD gingen auf Distanz zur Regierung. Hans Modrow kam zu dem Schluss, dass nur eine Koalition aller an der demokratischen Erneuerung der DDR interessierten Kräfte das Abgleiten des Landes in ein Chaos verhindern könne.¹² Er gewann dafür die Zustimmung des Runden Tisches.

Am 5. Februar wählte die Volkskammer acht Politiker aus oppositionellen Parteien und Gruppierungen als Minister ohne Geschäftsbereich in den Ministerrat. Die Wahlen zur Volkskammer wurden von dem ursprünglichen Termin am 6. Mai auf den 18. März vorverlegt. Mit den neuen Ministern entwickelte sich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Am 13. Februar reiste Modrow mit einer großen Regierungsdelegation zu einem zweitägigen Besuch nach Bonn. Die acht neuen Minister gehörten der Delegation an. Diese traten, wie Wolfgang Ullmann, gegen einen „Anschluss“ der DDR an die BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes auf und forderten die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der DDR-Bürger. Auf diese Kräfte konnte sich die BRD-Seite nicht stützen. Die Hoffnungen Helmut Kohls auf Einverleibung der DDR ruhten vor allem auf der Ost-CDU. Es wurde die Bildung einer Expertenkommission zur Vorbereitung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft vereinbart. Einen von der DDR-Regierung und dem Runden Tisch geforderten Solidarbeitrag von 10 bis 12 Milliarden DM lehnte die Bundesregierung ab.

Die wenigen Wochen zwischen dem Besuch der Delegation Modrow in Bonn und den Wahlen vom 18. März wurden genutzt, um durch geeignete außenpolitische Bemühungen möglichst viel von der Identität der DDR in den unvermeidlich gewordenen Vereinigungsprozess einzubringen. Gleichzeitig mussten sich das Ministerium und seine Mitarbeiter auf die Übernahme durch eine neue Regierung nach den Wahlen vorbereiten.

In der Kollegiumssitzung am 16. Februar, an der auch die Abteilungsleiter teilnahmen, sagte Minister Oskar Fischer in seiner Bewertung der Bonner Gespräche, dass wir uns dem „Handstreich“ der Bonner Seite entgegenstellen und möglichst viel Eigenständiges in den Vereinigungsprozess einbringen müssten.

Das versuchte Hans Modrow am 6. März in einem Gespräch mit Michail Gorbatschow zu sichern. Beide Seiten stimmten überein, dass die Vereinigung beider deutscher Staaten nicht durch Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Bonner Grundgesetzes erfolgen dürfe, sondern in Etappen vor sich gehen solle. Gesamtdeutschland dürfe nicht Mitglied der NATO werden. In der NATO-Frage gab später die Sowjetunion dem Drängen der USA und der Bundesrepublik nach, wobei Milliardenkredite aus Bonn eine Rolle spielten.

Für die neue Regierung wurden in den Abteilungen Informationsmaterialien vorbereitet. Auch in meinem Bereich wurde in den letzten Wochen der DDR eine enorme konzeptionelle Arbeit geleistet. Wenn ich diese heute lese, insbesondere auch die Vorschläge zum weiteren Vorgehen gegenüber den nichtpaktgebundenen Staaten, zur zukünftigen Gestaltung der Ent-

¹² Vgl. Hans Modrow, *Aufbruch und Ende, Berlin 2013, S. 81.*

wicklungshilfe oder zu regionalen Konflikten, so meine ich, dass sie einer zukünftigen friedliebenden und völkerverbindenden Außenpolitik gut zu Gesicht gestanden hätten. Diese „Fleißarbeiten“, die wertvolle Gedanken für eine neue deutsche Außenpolitik enthielten, hatten keinen Einfluss auf den Verlauf der Dinge, sind aber sicher für Historiker von Interesse.

Im Februar bat ich den Minister um die Ablösung von meiner Leitungsfunktion. Er war ohne irgendeinen Einwand damit einverstanden. Meinen Wunsch, wieder als Botschafter entsandt zu werden, akzeptierte er. Er fragte mich sogar, wohin ich gehen möchte. Ich meinte, dass ich gern nach Paris gehen würde. Meine Sprachkenntnisse würden mir dort die Arbeit erleichtern. Er war damit einverstanden. Ich sollte Alfred Marter in Paris ablösen, während dieser anstelle von Wolfgang Kiesewetter nach Rom gehen sollte. Und so wurde am 27. Februar das Agrément für mich beantragt.

Im Rückblick kann ich feststellen, dass wir trotz der komplizierten innenpolitischen Lage die DDR in der Zeit bis zu den Wahlen am 18. März außenpolitisch sehr aktiv waren. In dieser Zeit besuchten die DDR unter anderen der Bundeskanzler Österreichs, Franz Vranitzki, Bundeskanzler Kohl (Dresden), die Außenminister Belgiens Marc Eyskens, der USA James Baker, Großbritanniens Douglas Hurd und der Präsident Frankreichs, François Mitterrand. Hans Modrow traf sich mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und reiste nach Wien, Moskau, Prag, Bonn und Warschau.

Bemerkenswert war, dass es in Westeuropa kein großes Interesse an einer Wiedervereinigung Deutschlands gab. Sie wurde zunächst von Frankreich und Großbritannien am stärksten abgelehnt.

In meinem Verantwortungsbereich ließ ich mich davon leiten, außenpolitische Positionen zu sichern und den internationalen Stellenwert der DDR zu wahren. Es ist bemerkenswert, dass in dieser Zeit noch einige Botschafter aus Staaten meines Länderbereichs akkreditiert wurden. Sie überreichten ihre Beglaubigungsschreiben an Manfred Gerlach, am 8. Januar die Botschafter von Mauritius und Tansania, am 10. Januar der Botschafter Nigers, am 14. Februar der Botschafter Pakistans und am 8. März der Botschafter der Volksrepublik Kongo. Für uns alle war diese Zeremonie im Staatsratsgebäude die letzte dieser Art. Zehn Tage später fanden die Wahlen statt, welche alles änderten: das Parlament, die Funktion des Staatsoberhauptes und die Regierung. Manfred Gerlach war noch bis zum 5. April Staatsratsvorsitzender.

Am 16. März informierte Oskar Fischer über die Einschätzung der Regierungsarbeit, die Hans Modrow auf der letzten Ministerratstagung vor den Wahlen abgegeben hatte. Es sei trotz der sehr komplizierten Phase gemeinsam mit dem Runden Tisch erreicht worden, dass der neu gewählten Regierung eine stabilisierte Situation übergeben werden könne. Die umfangreiche außenpolitische Tätigkeit habe dazu beigetragen, dass das Vertrauen international wieder gestärkt worden sei, mehr Besonnenheit und nationale Verantwortung in den Vereinigungsprozess eingebracht wurden. Das wäre eine gute Ausgangsbasis für die neue Regierung.

Rückblickend muss man aber fragen, wie haben die neu gewählte Volkskammer und die neue Regierung diese Ausgangsbasis genutzt? Mussten sie sich auf die überstürzte Vereinigung nach Artikel 23 des Grundgesetzes einlassen? Hätte nicht der vom Runden Tisch erarbeitete, noch Anfang April 1990 vorgestellte Verfassungsentwurf zur deutschen Einheit auf einer besseren Grundlage führen können?

Resümierend meinte Oskar Fischer, der nun das Ende seiner eigenen Regierungstätigkeit vor Augen hatte, dass die Außenpolitik ein Aktivposten der DDR sei.

Am 18. März erreichte die von der CDU geführte konservative „Allianz für Deutschland“ mit 48,15 Prozent der Stimmen die Mehrheit, die SPD erhielt 21,84 Prozent und die PDS 16,33 Prozent.

Am 29. März nachmittags kam Oskar Fischer in mein Arbeitszimmer und verabschiedete sich. Uns war bewusst, dass das die letzte Begegnung in unserem Dienstgebäude war. Die Zeit bis zum Tag der Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 ist mir als „Agonie des Ministeriums“ in bitterer Erinnerung geblieben.



Das Gebäude des Außenministeriums wurde 1995/96 abgerissen.

Zur Politik der sozialistischen Nachbarländer gegenüber der DDR in den Jahren 1989 und 1990

Angesichts der immer offensichtlicher werdenden Krise des gesellschaftlichen Systems der DDR und der Unfähigkeit und Unwilligkeit der politischen Führung in Berlin, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, ergab sich für die Volksrepublik Polen (VRP), die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) und die Ungarische Volksrepublik (UVR) eine veränderte Situation im Verhältnis zur DDR. Es musste einer Entwicklung ins Auge gesehen werden, in deren Ergebnis die DDR zunehmend handlungsunfähig zu werden drohte und die Möglichkeit ihrer Auflösung und eines Anschlusses an die Bundesrepublik Deutschland nicht ausgeschlossen werden konnte.

Die Führung der UdSSR hatte in der Person von Michail Gorbatschow bereits deutlich gemacht, dass sie, im Unterschied zu ihrer früheren Haltung, in innere Entwicklungen der sozialistischen Staaten nicht mehr gewaltsam eingreifen werde. Sie war zwar nach wie vor bereit und in der Lage, den militärischen Schutz vor einer ausländischen Intervention zu garantieren, ohne jedoch die Hauptrichtung ihrer Außenpolitik aufzugeben, die darin bestand, eine Entspannung der internationalen Situation durch einen Ausgleich mit den USA und deren Verbündeten herbeizuführen. Wie weit sie sich dabei, insbesondere angesichts der Entwicklung der politischen Lage in Polen und Ungarn, der Illusion hingab, ihr Vorfeld in Osteuropa behaupten zu können, ist eine auch heute noch umstrittene Frage. Jedenfalls konnte ich bei meinen Kontakten mit Diplomaten der Sowjetunion durchaus solche Illusionen antreffen. Die Geschichte ist darüber sehr schnell hinweggegangen.

Der in der VRP, der UVR und der ČSSR – wenn auch in diesem Land nicht so deutlich – rasch anwachsende innenpolitische Druck auf eine Veränderung des gesellschaftlichen Systems stellte die politische Führung dieser Staaten vor schwierige Aufgaben. Die Politik der DDR war für die Lösung der Probleme in diesen Staaten wenig hilfreich, sie führte sogar teilweise, wie am Beispiel Ungarns deutlich zu sehen war, zu zusätzlichen Belastungen. Andererseits gab es seitens der DDR durchaus Bemühungen, Streitfragen und Irritationen in den Beziehungen zu diesen Staaten auszuräumen. Ein Beispiel dafür war die nach sehr schwierigen Verhandlungen erreichte vertragliche Übereinkunft mit Polen über die Grenzziehung in den Gewässern der Oderbucht.

Von großer Wichtigkeit blieben für diese Länder die Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR. Für alle drei Staaten war die DDR nach der UdSSR bis in die späten 80er Jahre der wichtigste Handelspartner. Ein gesicherter Absatzmarkt und der hohe Grad der Spezialisierung und Kooperation waren für die Wirtschaft der DDR wie für die ihrer Partner von elementarer Bedeutung. Dies zeigte sich selbst auf dem Höhepunkt der politischen Umbrüche in der DDR und in ihren sozialistischen Nachbarländern an dem deutlich bekundeten Interesse an der Fortsetzung und sogar Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, auch unter veränderten Formen und Zuständigkeiten für den Warenaustausch durch dessen Dezentralisierung und eine Umstellung auf Direktbeziehungen zwischen den beteiligten Unternehmen.

Trotz der von ihnen wahrgenommenen Zuspitzung der politischen und ökonomischen Situation in der DDR rechneten ihre sozialistischen Nachbarländer jedoch nicht mit einem so raschen Zusammenbruch des Systems in der DDR, wie er sich dann vollzog. Sie hielten es wohl auch nicht für möglich, dass die Führung der Sowjetunion dem Zerfall dieses Staates tatenlos zusehen würde. Ob Moskau seinen Handlungsspielraum hier ausschöpfte, wird wahrscheinlich auch in Zukunft kontrovers diskutiert werden. Weder die Beratungen der Sekretäre der Zentralkomitees der „Bruderparteien“ für ideologische und internationale Fra-

gen im September 1989 noch die Tagungen der Vertreter des Warschauer Vertrages im Oktober und Dezember 1989 führten zu einer gemeinsamen Reaktion auf die Ereignisse in der DDR, die diese Entwicklung hätte beeinflussen können. Es gab dafür keine Voraussetzungen mehr, ungeachtet aller verbalen Beteuerungen, insbesondere seitens der UdSSR. Vielmehr zeichnete sich eine Entwicklung ab, die in kurzer Zeit zu einem einheitlichen deutschen Staat bei Übernahme des politischen und ökonomischen Modells der Bundesrepublik Deutschland führen würde.

Inzwischen hatten sich nach Polen und Ungarn, auch in der Tschechoslowakei, diejenigen politischen Kräfte durchgesetzt, die in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Bevölkerung die Abschaffung des sozialistischen Gesellschaftssystems anstrebten und die auch unverzüglich darangingen, dieses Ziel zu verwirklichen. An einer „Erneuerung“ des bestehenden Systems im Rahmen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung bestand mehrheitlich kein Interesse und somit auch nicht an einer Weiterexistenz eines solchen Systems in der DDR. Dazu hatte der Ansehensverlust, den die DDR durch die Massenflucht ihrer Bürger in die BRD erlitt, wesentlich beigetragen. Vor allem Ungarn und die Tschechoslowakei sahen sich in diesem Zusammenhang mit Problemen konfrontiert, die sie nicht verursacht hatten, für die sie aber Lösungen finden mussten, ohne dabei auf Verständnis oder gar Unterstützung von Seiten der DDR rechnen zu können. In Polen verstärkten sich Befürchtungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung im Verhältnis der DDR zur BRD, die zunehmend auf einen Zusammenschluss beider deutscher Staaten zu einem starken Gesamtdeutschland hinwies.

Auch in Teilen der Bevölkerung der ČSSR wurde die Entwicklung mit Sorge verfolgt, was angesichts der Geschichte der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen keineswegs unbegründet war. Weder in der VRP noch in der ČSSR bestand ein vorrangiges Interesse an einer raschen Wiedervereinigung Deutschlands.

Als sich der Prozess der Vereinigung beider deutscher Staaten immer mehr beschleunigte, brachten die VRP und die ČSSR ihre Erwartung zum Ausdruck, dass ihre nationalen Interessen bei diesem Prozess Berücksichtigung finden müssten. Das wurde bei den Treffen zwischen dem tschechoslowakischen Präsidenten Václav Havel und dem Ministerpräsidenten der DDR Hans Modrow am 2. Januar 1990 in Berlin und am 6. Februar 1990 in Prag sowie während des Besuchs von Hans Modrow am 16. Februar 1990 in Warschau sehr deutlich.

Die Gespräche mit Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki verliefen in einer freundlichen, von gegenseitigem Vertrauen geprägten Atmosphäre. In einem zweistündigen Vieraugengespräch mit Mazowiecki und einer einstündigen Unterredung mit Präsident Wojciech Jaruzelski würdigten die polnischen Politiker die historische Leistung der DDR für die deutsch-polnischen Beziehungen, wobei die eindeutige Haltung der DDR hinsichtlich der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze besonders hervorgehoben wurde.

Die Gesprächspartner brachten ihre Erwartung zum Ausdruck, dass ein vereinigtes Deutschland der Einigung Europas und der Gewährleistung seiner Sicherheit dienen werde. In diesem Sinne müsse die deutsche Einigung in die europäische Einigung eingebettet werden. Eine zu erwartende deutsche Dominanz im Prozess einer europäischen Einigung müsse so verlaufen, dass letztendlich die europäische Einigung obsiege. Die polnische Regierung erwies Hans Modrow und seiner Begleitung hohe protokollarische Ehren. Ministerpräsident Mazowiecki gab zu Ehren des DDR-Ministerpräsidenten ein Galadinner, an dem führende Vertreter Polens aus Politik, Wirtschaft, Kultur und der katholischen Kirche teilnahmen. Zu dem guten Eindruck, den die DDR-Delegation in Warschau hinterließ, trugen die Minister Walter Romberg und Matthias Platzeck wesentlich bei. Ich erinnere mich insbesondere des starken Eindrucks, den Minister Platzeck bei seinem Auftreten vor dem Auswärtigen Ausschuss des polnischen Parlaments hinterließ.

Es bestand völlige Übereinstimmung darüber, dass ein wiedervereinigtes Deutschland die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze völkerrechtlich verbindlich anerkennen und Polen in die Zwei-plus-Vier-Gespräche über die „äußeren Aspekte der Herstellung der Einheit Deutschlands“, die während der Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO in Ottawa am 13. Februar 1990 vereinbart worden waren, einbezogen werden müsse.

Dass in dem von BRD-Bundeskanzler Kohl am 28. November 1989 verkündeten 10-Punkte-Plan keine Aussage zur Oder-Neiße-Grenze enthalten war und dass auch das von Kohl bei seinem Besuch in Polen im November 1989 präsentierte Programm für die Entwicklung der Zusammenarbeit eine solche Aussage nicht enthielt, löste in Warschau Alarmstimmung aus. In der polnischen Presse tauchte der Begriff „friedlicher Blitzkrieg“ auf. Polen verlangte die Aushandlung und – zumindest – die Paraphierung des Grenzvertrages vor Abschluss der Zwei-plus-Vier-Gespräche. Von BRD-Seite wurde dies mit dem Hinweis abgelehnt, nur der gesamtdeutsche Souverän könne mit Polen einen Vertrag über die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze schließen.

Über die wahren Hintergründe dieser Haltung Kohls schreibt Horst Teltschik, zu damaliger Zeit Leiter des Bereichs Außen- und Sicherheitspolitik im Bundeskanzleramt: „Er will verhindern, dass die Verhandlungen über die beiden Verträge (Grenzvertrag und Nachbarschaftsvertrag) vor der Bundestagswahl aufgenommen werden, um keine unnötigen Diskussionen der Vertriebenen vor der Wahl zu provozieren.“¹

Unter Bezugnahme auf eine Rede des französischen Außenministers Roland Dumas vor der französischen Nationalversammlung, in der dieser sich – wie auch der französische Präsident François Mitterrand im Fernsehen – für die Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze ausgesprochen hatte, stellte Teltschik am 12. Dezember 1989 fest, „dass damit diese Grenzfrage auch in der deutschen Diskussion wieder eine stärkere Rolle spielen wird. Das wollte der Bundeskanzler vermeiden. Die französischen Einlassungen erscheinen uns wenig hilfreich und deuten darauf hin, dass Frankreich die Entwicklung bremsen möchte.“²

In dieser Situation war es von großer Bedeutung, dass die von den Ministerpräsidenten Hans Modrow und Lothar de Maizière geführten Regierungen die Forderung Polens, an der Erörterung der zukünftigen Ostgrenze Deutschlands im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Gespräche teilzunehmen, unterstützten. Somit war Polen das einzige Land, das außer den vier Siegermächten und den beiden deutschen Staaten in die abschließende Regelung der deutschen Frage einbezogen wurde.

Im Unterschied zu Polen, das sich in der Frage der Oder-Neiße-Grenze nicht auf eine mögliche spätere Verständigung mit einer gesamtdeutschen Regierung verließ, sondern die definitive Anerkennung dieser Grenze als Bestandteil der Einigung im Zwei-plus-Vier-Prozess durchgesetzt hat, versäumte die politische Führung der Tschechoslowakei diese günstige Gelegenheit, um die stets erhobene Forderung nach Anerkennung der Ungültigkeit des Münchener Abkommens vom 30. September 1938 über den Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich von Anfang an durch eine völkerrechtlich verbindliche Regelung bestätigen zu lassen. Auf eine solche Möglichkeit von DDR-Seite aufmerksam gemacht, erwiderte Präsident Václav Havel, dass er dieses Problem mit seinen deutschen Freunden regeln wolle.

Seine Zuversicht sollte enttäuscht werden. Als bei den Verhandlungen über den Nachbarschaftsvertrag mit der BRD vom 27. Februar 1992 diese Frage aufgeworfen wurde, erklärte Bundeskanzler Kohl: „Wer ein gutes Verhältnis zu Deutschland haben will, darf nicht

¹ Horst Teltschik: *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Siedler-Verlag, 1991, Seite 359.

² Ebenda, Seite 76.

zu weit gehende Forderungen stellen.“ Anstatt die Nichtigkeit „ex nunc“³ des Münchner Abkommens zu bestätigen, war die Regierung der BRD lediglich bereit zur „Anerkennung der Tatsache, dass der tschechoslowakische Staat seit 1918 nie zu bestehen aufgehört hat“, d. h. die Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates im März 1939 und die Bildung des Protektorats Böhmen und Mähren sowie des selbstständigen slowakischen Staates als ungünstig zu betrachten. Zudem enthielt der zu diesem Vertrag gehörende Briefwechsel der Außenminister die ausdrückliche Feststellung, dass Vermögensfragen durch den Vertrag nicht berührt werden.

Die unterschiedliche Haltung Polens und der Tschechoslowakei wurde auch deutlich, als es darum ging, die in Verträgen mit der DDR enthaltenen günstigen Regelungen zu erhalten und zu versuchen, sie in die Beziehungen zu einem Gesamtdeutschland zu überführen. In den dazu geführten Verhandlungen legte die polnische Seite eine Liste entsprechender Verträge mit der DDR vor. Die letzte Runde dieser Verhandlungen fand im Frühjahr 1990 statt und ergab weitgehende Übereinstimmung. Offensichtlich ging Polen davon aus, dass die DDR noch einige Zeit bestehen und handlungsfähig bleiben könne, um gemeinsame Interessen mit Polen gegenüber der BRD zu vertreten. Bei den zum gleichen Thema im Außenministerium in Prag geführten Gesprächen hörte man höflich zu, bedeutete uns aber, dass kein Interesse daran bestünde, darüber mit der DDR zu Vereinbarungen zu kommen. Notwendige Regelungen werde man mit der Bundesrepublik treffen.

In Ungarn waren die Vorbehalte gegenüber einem gesamtdeutschen Staat im Vergleich zu Polen und der Tschechoslowakei geringer. Aber auch die ungarische politische Führung rechnete noch mit einer längeren Existenz der DDR, die sie weiterhin als interessanten Wirtschaftspartner betrachtete. Das wurde u. a. bei den Gesprächen über die Plankoordination für den Zeitraum 1991 bis 1995, die der Vorsitzende der Plankommission der DDR, Gerhard Schürer, mit seinem Amtskollegen im September 1989 in Budapest führte, deutlich.

Trotz der inzwischen eingetretenen Veränderungen im ungarischen Wirtschaftssystem sollten 50 Prozent des Warenaustauschs mit der DDR, darunter Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte, zentralen Entscheidungen unterliegen und entsprechende Garantien gegeben werden. Für andere Erzeugnisse, darunter der metallverarbeitenden Industrie, Chemie und Leichtindustrie, war die Abwicklung der Geschäfte im Rahmen von Direktvereinbarungen zwischen den Betrieben vorgesehen. Die Lieferungen von Aluminium und Getreide aus Ungarn gegen Braunkohlenbriketts und Kali aus der DDR sollten auf dem bestehenden Niveau fortgesetzt werden. Das Angebot der DDR, den Bezug von Ikarus-Bussen zu erhöhen und dafür LKW W-50 und L-60 zu liefern, wurde mit großem Interesse aufgenommen.

Der Anteil der Kooperation und Spezialisierung am Warenaustausch betrug zu diesem Zeitpunkt bereits 30 Prozent. Ungarn bekundete Interesse an der Entsendung von Arbeitskräften in die DDR. Diese Gespräche Gerhard Schürers verliefen in konstruktiver Atmosphäre trotz des Protestes gegen die Grenzöffnung für DDR-Bürger, den Schürer weisungsgemäß gegenüber dem ungarischen Ministerpräsidenten Miklós Németh vortragen musste und der von diesem mit dem Hinweis auf die Verantwortung der DDR für die entstandene Situation zurückgewiesen wurde.

Nach der Wende in der DDR verbesserten sich auch die bis dahin gespannten politischen Beziehungen. Man redete wieder miteinander, nicht nur übereinander. Prof. Christa Luft, stellvertretende Ministerpräsidentin in der Modrow-Regierung, und Verteidigungsmi-

³ *Ex nunc* (lateinisch „ab jetzt, von nun an“) ist eine Bezeichnung für den Zeitpunkt der Wirkung ab Inkrafttreten einer Bestimmung oder Vereinbarung.

nister Admiral Theodor Hoffmann führten Konsultationen in Ungarn. Nach Bildung der Regierung de Maizière wurden die Beziehungen zu Ungarn erheblich intensiviert. Parlamentsdelegationen und Vertreter der Regierungsparteien trafen zusammen. Minister Rainer Eppelmann verhandelte mit dem ungarischen Verteidigungsminister, Außenminister Markus Meckel nahm im Juli 1990 an einer Konferenz sozialdemokratischer Parteien in Budapest teil. Ministerpräsident de Maizière besuchte Ungarn im August 1990 anlässlich einer Veranstaltung der ungarischen Regierung in Sopron zum ersten Jahrestag des „Paneuropäischen Picknicks“, bei dem medienwirksam die ungarische Grenze zu Österreich geöffnet worden war.⁴

Nach Einführung der Währungsunion der DDR und der BRD am 1. Juli 1990 orientierte sich Budapest in seiner Deutschlandpolitik ganz auf Bonn. Der ungarische Botschafter in Berlin wurde abgezogen. Bis zum Beitritt der DDR zur BRD war der ungarische Botschafter in Bonn in Berlin zweitakkreditiert. Die Kontakte der ungarischen Partner zum DDR-Botschafter wurden bis zu dessen Abreise im August 1990 aufrechterhalten und die Arbeit der DDR-Botschaft bis zu ihrer Schließung am 2. Oktober 1990 von ungarischer Seite unterstützt.

Blickt man heute mit dem Abstand von 25 Jahren auf die Zeit des politischen Umbruchs in Ost- und Mitteleuropa zurück, so bleibt festzustellen, dass weder von der VRP noch von der ČSSR und der UVR die Entwicklung in und um die DDR wesentlich beeinflusst werden konnte. Sowohl die innenpolitische Situation in diesen Ländern als auch ihr außenpolitisches Interesse, sich aus dem Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages zu lösen, ließen es nicht zu, sich einer Entwicklung entgegenzustellen, die absehbar zum Ende der DDR als souveräner Staat führen musste.

Im Falle Polens und Ungarns spielten darüber hinaus die Erwartungen hinsichtlich ökonomischer Unterstützung, insbesondere finanzieller Hilfe durch Stundung von Krediten oder Verzicht auf deren Rückzahlung sowie die Gewährung neuer Kredite, eine wesentliche Rolle. Diese Faktoren überwogen die durchaus vorhandenen Vorbehalte gegenüber einem starken Gesamtdeutschland, das das Kräfteverhältnis in Europa verändern würde.

Erwartungen, dass die DDR noch für eine längere Übergangszeit existieren könnte, waren spätestens mit der Währungsunion zwischen der DDR und der BRD gegenstandslos geworden, mit ihr waren auch die ökonomischen Vorteile, die Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn aus den Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR gezogen hatten, weggefallen. Der Verlust des Absatzmarktes in der DDR und der gesicherten Bezüge notwendiger Handelsgüter stellten diese Länder vor erhebliche Schwierigkeiten und Herausforderungen, die nur allmählich unter großen Kraftanstrengungen und sozialen Verwerfungen bewältigt werden konnten.

Für die Wirtschaft der DDR und der neuen Bundesländer waren die Folgen noch viel katastrophaler, und sie wirken bis in die heutige Zeit nach.

⁴ Das Ungarische Demokratische Forum (MDF) und andere ungarische Oppositionsgruppen sowie die Paneuropäische Union organisierten am 19. August 1989 an der ungarisch-österreichischen Grenze bei Sopron ein „Paneuropäisches Picknick“. Die Schirmherrschaft übernahmen Walburga von Habsburg und das Mitglied des Politbüros der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP), Imre Pozsgay. Die Organisatoren hatten Flugblätter für fluchtwillige DDR-Bürger mit Orts- und Zeitangaben über die Öffnung des betreffenden Grenzschnitts verteilt. Mehr als 600 DDR-Bürger nutzten diese Gelegenheit zur Flucht. Danach wurde die Grenze wieder geschlossen. Über diese Aktion fand eine breite Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen statt. Die Medienkampagne trug zum weiteren Anwachsen der Zahl fluchtwilliger DDR-Bürger in Ungarn bei.

Die Profiteure dieser Entwicklung zeichnen ein verzerrtes Bild, das die veröffentlichte Meinung nicht nur in Deutschland, sondern weitgehend auch in den ehemaligen sozialistischen Nachbarländern der DDR bestimmt. Das erhöht die Verantwortung der Zeitzeugen für eine sachliche Darstellung der historischen Ereignisse.

Das letzte Jahr im Außenministerium der DDR

Die Zeit der grundlegenden politischen Veränderungen in der DDR in den Jahren 1989/90 wird denjenigen, die sie unmittelbar miterlebt haben, zeitlebens im Gedächtnis bleiben. Das trifft auch auf mich zu. Ich war als Jurist im Außenministerium unmittelbar mit den völkerrechtlichen Problemen im Prozess der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands beschäftigt. Der folgende Beitrag ist die gekürzte Fassung des letzten Kapitels meines 2014 erschienenen Buches „Völkerrecht im Kontext seiner Zeit“¹, in dem ich über völkerrechtliche Aktivitäten der DDR berichte, an denen ich seit 1963 beteiligt war.

Als ich Anfang September 1989 von einer Tagung der Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seegerichtshof in New York nach Hause kam, war die Aufbruchsstimmung in unserem Land, die Forderung der großen Mehrheit der Bevölkerung nach demokratischen Veränderungen mit Händen zu greifen, und mit vielen meiner Kollegen im Außenministerium hoffte ich auf eine neue Partei- und Staatsführung, die eine realistische Einschätzung der entstandenen Lage vornehmen, die notwendigen Entscheidungen für einen grundlegenden Politikwechsel treffen und die DDR aus ihrer tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise führen würde. Die ablehnende Haltung der DDR-Führung gegenüber der in der Sowjetunion praktizierten Politik von Glasnost und Perestroika, auf die auch die Menschen in der DDR große Hoffnungen setzten, hatte auch uns tief enttäuscht. Von den Mitarbeitern des MfAA wurde nicht nur in persönlichen Gesprächen, sondern ebenso in den Parteiversammlungen deutlich Kritik an der starren Position der DDR-Führung geübt, die schließlich in den Berichten der Parteileitung des Ministeriums an die von Günter Schabowski geführte SED-Bezirksleitung weitergegeben wurde, ohne dass darauf eine konstruktive Reaktion erfolgte. Die Ablösung Erich Honeckers von seinem Amt als Partei- und Staatschef am 18. Oktober 1989 wurde deshalb auch von den meisten Mitarbeitern des MfAA mit Erleichterung aufgenommen. Unter der Führung von Egon Krenz schien das SED-Politbüro zu einer realistischeren Lagebeurteilung fähig.

Krenz erteilte am 24. Oktober dem Innenminister Friedrich Dickel den Auftrag, den Entwurf eines Gesetzes für Reisen von DDR-Bürgern in das Ausland zu erarbeiten. Das Recht für jeden Bürger auf Reisen in die BRD und in das westliche Ausland gehörte bekanntlich zu den Hauptforderungen der Oppositionsbewegung in der DDR. In die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs unter Federführung des Innenministeriums wurde neben dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) auch das MfAA, d. h. die Hauptabteilung Konsularische Angelegenheiten sowie unsere Hauptabteilung Rechts- und Vertragswesen (im Folgenden HARV), einbezogen. Auf Grund des Widerstandes der Vertreter des MfS und des Innenministeriums gelang es jedoch zunächst nicht, einen Gesetzentwurf zustande zu bringen, der es der großen Mehrheit der DDR-Bürger ermöglicht hätte, in die BRD und ins westliche Ausland zu reisen. Erst nach der Öffnung der Mauer konnte schließlich Ende 1989 ein Reisegesetz erarbeitet werden, das diesen Forderungen gerecht wurde und das am 1. Februar 1990 in Kraft trat.²

Im Herbst 1989 ging ich wie viele andere DDR-Bürger noch davon aus, dass eine grundlegende demokratische Umgestaltung der DDR möglich sei und sie ihre staatliche Eigenständigkeit gegenüber der BRD für einen längeren Zeitraum behalten werde. Dabei hielt ich es

¹ Görner, Gunter, *Völkerrecht im Kontext seiner Zeit. Aufzeichnungen eines deutschen Diplomaten*, Verlag Rockstuhl, Bad Langensalza, 2014.

² Gesetz über Reisen von Bürgern der DDR in das Ausland – Reisegesetz – vom 11.1.1990. (GBl. I 1990, S. 10).

insbesondere für notwendig, dass die DDR ihre Verpflichtungen aus den UN-Menschenrechtskonventionen und aus dem KSZE-Prozess innerstaatlich konsequent erfüllt. Gleichzeitig sollte ein Ausverkauf der materiellen und moralischen Werte der DDR und eine Vereinnahmung durch die BRD verhindert werden. Die Herstellung eines einheitlichen deutschen Staates konnte ich mir nur als Ergebnis eines längeren Prozesses der Annäherung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland vorstellen.

Am 4. November reiste ich nach New York, um an der 44. UN-Vollversammlung teilzunehmen. Dort berichtete ich den Kollegen unserer Ständigen Vertretung aus eigenem Erleben über die sich überstürzenden Ereignisse in unserem Land. Von der Öffnung der Berliner Mauer erfuhren wir am Morgen des 10. November aus dem amerikanischen Fernsehen.

Nach Rückkehr von der UN-Vollversammlung kurz vor Weihnachten fand ich eine neue politische Situation vor. Das SED-Politbüro und die Regierung der DDR unter Ministerpräsident Willi Stoph waren zurückgetreten, die Volkskammer hatte Hans Modrow zum Ministerpräsidenten gewählt. Oskar Fischer wurde in der Regierung Modrow erneut Außenminister. In seiner Regierungserklärung vor der Volkskammer am 17. November 1989 hatte Modrow hervorgehoben, dass zu den grundlegenden Voraussetzungen der Stabilität und des Friedens in Europa stabile, berechenbare Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und ihre konstruktive Weiterentwicklung gehörten. Mit der Öffnung ihrer Grenzen für den freien Reiseverkehr habe die DDR in diesem Sinne eine weltweit begrüßte und unterstützte Leistung erbracht. Mit der bereits begonnenen Reform des politischen Systems in der DDR werde auch der Weg zur Wahrung und Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes der DDR auf neuer Grundlage gegangen. Damit werde die Legitimation der DDR als souveräner sozialistischer Staat, als souveräner deutscher Staat erneuert.

Die von Modrow erklärte Bereitschaft der DDR, die Zusammenarbeit mit der BRD umfassend auszubauen und auf eine neue Stufe zu heben und die Verantwortungsgemeinschaft beider deutscher Staaten durch eine Vertragsgemeinschaft zu untersetzen, die weit über den Grundlagenvertrag und die bislang geschlossenen Verträge und Abkommen zwischen beiden Staaten hinausgehen sollte,³ betrachteten wir als eine wichtige Orientierung für unsere Mitarbeit an der Gestaltung der Vertragsbeziehungen.

Am 28. November hatte Helmut Kohl vor dem Bundestag einen Zehn-Punkte-Plan zur Erlangung der Einheit Deutschlands unterbreitet, der über eine Vertragsgemeinschaft mit gemeinsamen Institutionen und die Entwicklung konföderativer Strukturen zu einer Föderation, einem wiedervereinigten Deutschland, führen sollte.⁴ Auch Kohl ging zu diesem Zeitpunkt noch davon aus, dass die Vereinigung der beiden deutschen Staaten in Anbetracht der Vielzahl der zwischen ihnen zu regelnden Probleme sowie der noch fehlenden, aber erforderlichen Zustimmung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zur Herstellung der Einheit Deutschlands einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen würde. Kohls zeitliche Vorstellung zur Realisierung seines Zehn-Punkte-Plan bestand darin, dass es 1990 „nach den Wahlen in der DDR zu einer Vertragsgemeinschaft, dann 1991 zu einer Konföderation und erst nach weiteren Jahren zu einer Föderation kommen könnte“.⁵

³ Erklärung von Hans Modrow vor der Volkskammer am 17.11.1989. In: *Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Quellentexte zum Prozeß der Wiedervereinigung*. Hrsg. von Ingo von Münch, Stuttgart 1991, S. 33 ff.

⁴ Rede Helmut Kohls vor dem Deutschen Bundestag am 28.11.1989 (Auszug). In: *Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands, a. a. O.*, S. 57 ff.

⁵ Vermerk über ein Gespräch Kohls mit Mitgliedern des Senats der USA am 12.3.1990 in Bonn. In: *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den*

Zunächst gingen die Politiker in Ost und West am Ende des Jahres 1989 noch von einem Nebeneinanderbestehen der beiden deutschen Staaten für mehrere Jahre aus.

Bei einem Treffen Kohls mit Modrow am 19. und 20. Dezember in Dresden brachten beide Regierungschefs in einer gemeinsamen Erklärung ihre Übereinstimmung darüber zum Ausdruck, „dass ein auf die gemeinsame Verantwortung für den Frieden und eine Vertragsgemeinschaft in den Beziehungen begründetes gutnachbarliches Verhältnis zwischen beiden Staaten von großer Bedeutung für die Stabilität in Europa ist und einen Beitrag zu einer neuen europäischen Architektur darstellt“.⁶ Es wurde vereinbart, ausgehend vom Grundlagenvertrag die Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten auf eine neue Stufe zu heben und möglichst bereits im Frühjahr 1990 eine Vereinbarung über eine Vertragsgemeinschaft zwischen der DDR und der BRD abzuschließen.

Vertragsentwurf über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen der DDR und der BRD

In Auswertung des Kohl-Besuchs in Dresden erhielt die HARV Anfang Januar den Auftrag zur Ausarbeitung des Entwurfs für einen Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen der DDR und der BRD. In Abstimmung mit der Hauptabteilung Grundsatz und Planung sowie der Abteilung BRD formulierten wir den Entwurf eines Staatsvertrages, der die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD für einen Zeitraum von mehreren Jahren regeln sollte.⁷

Unser Entwurf wurde Mitte Januar an Ministerpräsident Modrow übermittelt, der ihn überarbeitete und insbesondere unsere detaillierten Vorschläge zur Zusammenarbeit auf den einzelnen Sachgebieten auf die wesentlichsten Punkte reduzierte.⁸ Der überarbeitete Entwurf wurde über Botschafter Kotschemassow nach Moskau mit der Bitte um Meinungsäußerung geschickt. Nachdem von dort grundsätzliche Zustimmung gekommen war, übergab Modrow den Vertragsentwurf am 25. Januar an den Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes, Rudolf Seiters. Seiters erklärte, dass Verhandlungen darüber erst nach den für den 18. März vorgesehenen Wahlen zur Volkskammer stattfinden könnten. Er erwartete offensichtlich einen Machtwechsel in der DDR und damit bessere Voraussetzungen für die Durchsetzung der deutschlandpolitischen Ziele der Kohl-Regierung. Unsere Vorschläge zur Schaffung eines Wirtschafts- und Währungsverbundes, die angesichts dessen, dass allein im Januar 1990 mehr als 50.000 DDR-Bürger vor allem aus wirtschaftlichen Gründen in die BRD übersiedelten, von hoher Aktualität waren, veranlassten allerdings das Bundeskanzleramt und das Bundesfinanzministerium, ab Ende Januar konkrete Überlegungen dazu anzustellen⁹, und schon am 9.

Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998, S. 927.

⁶ *Gemeinsame Erklärung von Ministerpräsident Modrow und Bundeskanzler Kohl vom 20.12.1989. In: Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands, a. a. O., S. 66 ff.*

⁷ *Text des Vertragsentwurfs vom 17.1.1990 siehe Modrow, Hans: Aufbruch und Ende. 2. Aufl., Hamburg 1991, S. 170 ff.*

⁸ *An Bundesminister Seiters am 25.1.1990 übergebener DDR-Entwurf des Vertrages über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen der DDR und der BRD. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition ..., a. a. O., S. 713 ff.*

⁹ *Duisberg, Claus J.: Das Deutsche Jahr. Einblicke in die Wiedervereinigung 1989/1990, Berlin 2005, S. 136.*

Februar legte das Bundesfinanzministerium einen Textentwurf zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsgebiets vor¹⁰.

Bereits in den ersten Wochen des neuen Jahres beschleunigte sich die Entwicklung in Bezug auf die äußeren Aspekte der deutschen Probleme enorm. Wie wir später erfuhren, hatte am 25. Januar 1990 im Kreml eine Krisensitzung der sowjetischen Führung unter Leitung von Michail Gorbatschow stattgefunden, in der über einen Ausweg aus dem drohenden Zusammenbruch der UdSSR beraten wurde. Die Auflösung der UdSSR, aber auch des Warschauer Vertrages sowie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe war absehbar. Die innen- und außenpolitische Position der sowjetischen Führung war somit erheblich geschwächt.

Angesichts dessen, dass dringend benötigte wirtschaftliche Hilfe nur von den westlichen Industrieländern, insbesondere von der BRD, zu erwarten war, entschied Gorbatschow und seine engsten Mitarbeiter, der Forderung der BRD nach Herstellung der Einheit Deutschlands nachzugeben, die DDR ihrem Schicksal zu überlassen und künftig allein auf die BRD zu setzen.¹¹

Aus völkerrechtlicher Sicht sei hier angemerkt, dass die UdSSR mit dieser Entscheidung ihre Verpflichtungen aus dem Freundschafts- und Beistandsvertrag von 1975 gegenüber der DDR, insbesondere ihre Pflicht, sich mit der DDR in allen wichtigen internationalen Fragen zu konsultieren und auf der Grundlage einer den Interessen beider Seiten entsprechenden gemeinsamen Position zu handeln, gröblich verletzt hat. Auf einer gemeinsamen Sitzung des SED-Politbüros mit Gorbatschow am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR, in Berlin hatte Gorbatschow noch erklärt, die Sowjetunion sei entschlossen, den Freundschaftsvertrag strikt einzuhalten.

Selbst die USA waren offenbar auf diese plötzliche grundlegende Änderung der sowjetischen Haltung in der Deutschlandfrage nicht vorbereitet. Ich erinnere mich, dass wir in der zweiten Januarhälfte 1990 eine Note des State Department erhielten, in dem die USA vorschlugen, die Gültigkeitsdauer des Abkommens zwischen den USA und der DDR über die Fischerei vor den Küsten der USA vom 13. April 1983 durch Briefaustausch bis zum 1. Juli 1992 zu verlängern.¹²

Hans Modrow, der am 28. Januar eine „Regierung der nationalen Verantwortung“ unter Einbeziehung von Vertretern der Opposition gebildet hatte, unterbreitete am 1. Februar 1990 in Weiterentwicklung und Konkretisierung des Zehn-Punkte-Plan Kohls das Konzept „Für Deutschland, einig Vaterland“, um die auf die Einheit Deutschlands zulaufende Entwicklung beeinflussen zu können. Diese Konzeption sah ein schrittweises, überschaubares und berechenbares Zusammengehen beider deutscher Staaten vor, wobei der Weg über eine Vertragsgemeinschaft, d. h. eine Staatengemeinschaft mit Wirtschafts-, Währungs- und Verkehrsunion sowie Rechtsangleichung und eine anschließende Konföderation zu einem einheitlichen deutschen Bundesstaat führen sollte. Der Prozess der Herstellung der Einheit Deutschlands sollte zur Überwindung der Teilung Europas beitragen und mit der Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa verbunden sein.¹³

¹⁰ *Angebot der BRD vom 13.2.1990 an die Regierung Modrow zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsgebiets. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition ..., a. a. O., S. 782 f.*

¹¹ *Gorbatschow, Michail: Erinnerungen. Berlin 1995. Falin, Valentin: Politische Erinnerungen. München 1993, S. 489 f.*

¹² *Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (im Folgenden PA), Signatur MfAA, ZR 3078/13.*

¹³ *Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands, a. a. O., S. 79 ff.*

Modrow hatte sein Konzept, die Stabilisierung der DDR mit der stufenweisen Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu verbinden, bei seinem Besuch am 29. und 30. Januar in Moskau mit der sowjetischen Führung beraten, die diesem auf Grund ihrer bereits am 25. Januar getroffenen Entscheidung hinsichtlich des weiteren Schicksals der DDR ohne weiteres zustimmte. Gorbatschow erklärte, es gebe, wie es ihm scheine, sowohl bei den Deutschen in Ost und West als auch bei den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges Einvernehmen darüber, dass die Vereinigung der Deutschen niemals und von niemandem prinzipiell in Zweifel gezogen werde.¹⁴

Wenige Tage später, beim Besuch Kohls am 10. Februar in Moskau, erklärte Gorbatschow auch diesem gegenüber, „dass es zur Zeit keine Meinungsverschiedenheiten darüber gebe, dass die Deutschen selbst die Frage der Einheit der deutschen Nation lösen und selbst ihre Wahl treffen müssen, in welchen Staatsformen, zu welchen Zeitpunkten, mit welchem Tempo und zu welchen Bedingungen sie diese Einheit realisieren werden“.¹⁵ Damit bekam Kohl als der Repräsentant des wirtschaftlich weitaus stärkeren und international einflussreichen der beiden deutschen Staaten den notwendigen Spielraum für seine Entscheidungen über den Weg, die Bedingungen und den Zeitpunkt der Herstellung der Einheit Deutschlands.

Nach dieser Positionierung der sowjetischen Führung zur Lösung des Deutschlandproblems war die Frage nicht mehr, ob die Einheit Deutschlands kommt, sondern wann und wie sie herbeigeführt wird. Der damals im Bundeskanzleramt für die Beziehungen zur DDR zuständige Ministerialdirigent Dr. Claus-Jürgen Duisberg konstatierte, dass die DDR fortan für Kohl „nicht mehr ein selbständiger Staat, sondern bereits Teil des eigenen Operationsfeldes“ war.¹⁶

Diese Haltung Kohls wurde bereits beim Besuch Modrows in Bonn am 13. Februar deutlich, als Kohl erklärte, dass sein Zehn-Punkte-Plan, die Vertragsgemeinschaft und der Aufbau konföderativer Strukturen durch die Entwicklung überholt seien.¹⁷ Damit wurde auch unser Vertragsentwurf über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen der DDR und der BRD hinfällig.

Am gleichen Tag vereinbarten die Außenminister der Vier Mächte sowie der beiden deutschen Staaten auf Initiative der USA in Ottawa am Rande einer Konferenz der Mitgliedsstaaten der NATO und des Warschauer Vertrages über vertrauensbildende Maßnahmen, dass sie sich „treffen werden, um die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit, einschließlich der Fragen der Sicherheit der Nachbarstaaten, zu besprechen. Vorbereitende Gespräche auf Beamtenebene werden in Kürze aufgenommen.“¹⁸

Der DDR-Delegation auf Beamtenebene zur Vorbereitung der sogenannten Zwei-plus-Vier-Gespräche der Außenminister, die vom stellvertretenden Außenminister Ernst Krabatsch geleitet wurde, gehörten unser Chef, der Leiter der HARV, Prof. Dr. Herbert Süß, der stellvertretende Leiter der HA Grundsatz und Planung, Peter Steglich, sowie die Leiter der Abteilun-

¹⁴ *Archiv der Gegenwart. Deutschland 1949 bis 1990. Sankt Augustin 2000 (im Folgenden AdG), Bd. 9, S. 8746.*

¹⁵ *Von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS am 10.2.1990 verbreitete „Mitteilung des Treffens von Michail Gorbatschow und Helmut Kohl“.* Zitiert nach: *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition ..., a. a. O., S. 818.*

¹⁶ *Duisberg, Claus J.: Das Deutsche Jahr ..., a. a. O., S. 187.*

¹⁷ *Vermerk über das Gespräch Kohls mit Modrow am 13.2.1990 in Bonn. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition ..., a. a. O., S. 818.*

¹⁸ *Zur sogenannten Ottawa-Formel vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 27 vom 20.2.1990, S. 215.*

gen BRD und Westberlin, Karl Seidel und Dr. Walter Müller, an. Damit wurde die HARV unmittelbar in diese wichtigen Verhandlungen der vier Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges mit den beiden deutschen Staaten über eine völkerrechtlich verbindliche abschließende Regelung der aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden Probleme eingebunden.

In Vorbereitung auf das erste Zwei-plus-Vier-Beamntentreffen, das am 14. März 1990 in Bonn stattfand, trafen sich die Delegationen der DDR und der BRD am 9. März in Berlin, um ihre Positionen abzustimmen.¹⁹ Dabei wurde grundsätzliche Übereinstimmung sowohl über Fragen des Verfahrensablaufs der Zwei-plus-Vier-Gespräche als auch darüber erzielt, dass die Grenzfrage und der militärpolitische Status des einheitlichen deutschen Staates sowie die Beendigung der Viermächte-Rechte in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes Gegenstand dieser Gespräche sein müssten.

Ernst Krabatsch verwies in Erläuterung des „Memorandums des MfAA der DDR zur Einbettung der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den gesamteuropäischen Einigungsprozess“ das Ende Februar der BRD und anderen KSZE-Staaten übergeben worden war, darauf, dass die Zwei-plus-Vier-Gespräche und die Verhandlungen der beiden deutschen Staaten über die Probleme ihrer Vereinigung synchron verlaufen sollten. Er sprach sich für ein berechenbares Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten aus, das in die europäischen Sicherheitsstrukturen eingebettet werden müsse und die Interessen der Nachbarstaaten zu berücksichtigen habe.

Unsere Delegation unterstrich die Notwendigkeit einer völkerrechtlich verbindlichen Bestätigung der bestehenden Westgrenze Polens. Zum militärpolitischen Status des vereinigten Deutschland vertrat sie die Auffassung, dass Gesamtdeutschland weder Mitglied der NATO noch des Warschauer Vertrages sein sollte. Die ausländischen Truppen sollten aus Deutschland abziehen. Wenn aber solche in einem Teil Deutschlands stationiert blieben, müsse dies auch für die im anderen Teil gelten. Beide deutsche Staaten sollten sich um die Schaffung blockübergreifender Strukturen bemühen und ihren Verzicht auf ABC-Waffen bekräftigen. Mit der Herstellung der Einheit Deutschlands sollten die bestehenden Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes entfallen.

Unsere Delegation schlug vor, im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Gespräche auch zu regeln, dass die Eigentumsverhältnisse in der DDR, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf Grund der bindenden Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, der Gesetze des Alliierten Kontrollrats für Deutschland und von Bestimmungen in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone sowie der Gesetze und anderer Rechtsvorschriften der DDR herausgebildet hatten, nicht in Frage gestellt werden. Von unserer Delegation wurde auch die Frage der Behandlung der von der DDR und der BRD abgeschlossenen Verträge mit Drittstaaten durch den gesamtdeutschen Nachfolgestaat angesprochen. Nach unserer Auffassung sollte der gesamtdeutsche Nachfolgestaat in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Völkerrechts grundsätzlich in die Rechte und Pflichten aus Verträgen eintreten, denen bisher die DDR und die BRD angehörten.

Im März 1990 musste ich als Vorsitzender der Sonderkommission für den Internationalen Seegerichtshof in Kingston (Jamaika) an einer Tagung der Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seegerichtshof teilnehmen. Als am 18. März die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR stattfanden, wurde ich von der Botschaft der BRD in Kingston – die DDR hatte dort keine Vertretung – zu einer Party am Abend des Wahltages eingeladen, um gemeinsam mit den Angehörigen der Botschaft und

¹⁹ Vermerk über das Gespräch zwischen Vertretern der Regierungen der DDR und der BRD am 9.3.1990 in Berlin. In: *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition ...*, a. a. O., S. 924 ff.

den Mitgliedern der BRD-Delegation zur Tagung der Vorbereitungskommission über den Verlauf und die Ergebnisse dieser Wahlen zu diskutieren. Die aktuelle Berichterstattung aus der DDR erfolgte über die Programme der Deutschen Welle und von CNN Headline News.

Wie Claus-Jürgen Duisberg in seinen Erinnerungen an diese Wahlen zutreffend feststellte, „beschränkten sich die westdeutschen Parteien und ihre Politiker nicht auf Beobachtung und Beratung. Sie waren selbst unmittelbar Beteiligte, ja eigentlich die Hauptakteure in diesem Wahlkampf. Die westlichen Parteistrategen führten ihren östlichen Parteifreunden die Hand bei Wahlprogramm und Wahlaufufen, sie organisierten für sie den Wahlkampf, lieferten Material und gaben neben detaillierten Ratschlägen vor allem auch Geld. Die Grenzen zwischen hüben und drüben verschwammen.“²⁰

Natürlich wurde ich auch zu meinen Vorstellungen über meine berufliche Tätigkeit in einem wiedervereinigten Deutschland befragt. Ich selbst hatte keine Ahnung von meiner beruflichen Zukunft, wollte meine persönlichen Angelegenheiten auch nicht in diesem nur aus Westdeutschen bestehenden Kreis erörtern und wich deshalb einer Diskussion mit der Bemerkung „kommt Zeit, kommt Rat“ aus. Obwohl alle Gesprächspartner meine politische Haltung als überzeugter Linker kannten, vertraten die meisten von ihnen die Auffassung, dass es auch für mich einen Platz im Auswärtigen Dienst eines wiedervereinigten Deutschland geben müsse. Ein Vertreter des Auswärtigen Amts machte demgegenüber darauf aufmerksam, dass die große Mehrzahl der Mitarbeiter im Auswärtigen Amt Beamte seien und es nach dem geltenden Beamtenrecht der BRD aufgrund meiner politischen Stellung im Außenministerium der DDR wohl nicht möglich sein werde, mich in ein Beamtenverhältnis zu übernehmen. Er bezog sich dabei auf die Praxis in der BRD, wonach Personen, denen aufgrund ihrer politischen Überzeugung unterstellt wird, dass sie nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt werden dürfen. Mir war die im öffentlichen Dienst der BRD bestehende Berufsverbotspraxis natürlich bekannt.²¹ Ich beendete die mir unangenehme Diskussion mit der Feststellung, dass ich nicht die Absicht habe, mich um eine Beschäftigung im Auswärtigen Amt zu bewerben.

Neue Aufgaben unter der Regierung de Maizière

Am 19. April gab der neue Ministerpräsident, Lothar de Maizière (CDU), vor der Volkskammer seine erste Regierungserklärung ab. Gemäß der Koalitionsvereinbarung vom 12. April 1990 war es das Ziel dieser Regierung, „die Einheit Deutschlands nach Verhandlungen mit der BRD auf der Grundlage des Artikels 23 des Grundgesetzes zügig und verantwortungsvoll für die gesamte DDR gleichzeitig zu verwirklichen und damit einen Beitrag zur europäischen Friedensordnung zu leisten“.²²

Die grundsätzliche Entscheidung darüber, ob die Herstellung der Einheit Deutschlands nach Artikel 23 oder nach Artikel 146 des Grundgesetzes erfolgen sollte, war bereits am 5.

²⁰ Duisberg, Claus J.: *Das Deutsche Jahr...*, a. a. O., S. 177.

²¹ Am 28.1.1972 hatten die Ministerpräsidenten der westdeutschen Bundesländer sowie Bundeskanzler Willy Brandt „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“, den sogenannten Radikalenerlass, verabschiedet, wonach die Mitgliedschaft in einer Organisation, welche die Bundesregierung als verfassungsfeindlich einstufte, z. B. in der DKP, in der Regel Zweifel an der Verfassungstreue begründe und mithin eine Ablehnung der Einstellung in den öffentlichen Dienst rechtfertige. Dieser Erlass, auf dessen Grundlage die bereits mit dem sogenannten Adenauer-Erlass vom 19.9.1950 eingeführte Berufsverbotspraxis fortgesetzt wurde, zielte insbesondere auf Personen mit linker Überzeugung, die mit der DDR sympathisierten. (AdG, Bd. 6, S. 5600).

²² *Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands*, a. a. O., S. 163.

März 1990 in Bonn getroffen worden. An diesem Tag hatte Bundeskanzler Helmut Kohl mit den Ministern Rudolf Seiters und Wolfgang Schäuble sowie einigen westdeutschen Staats- und Verfassungsrechtlern dazu eine Beratung durchgeführt. Während die Herstellung der Einheit Deutschlands über Artikel 146 des Grundgesetzes, der die Ablösung des Grundgesetzes durch eine vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossene Verfassung vorsieht, die Fusion der DDR und der BRD zu einem neuen deutschen Staat bedeutet hätte, stellte der Beitritt nach Artikel 23 faktisch eine Inkorporation des beitretenden Gebietes in die fortbestehende BRD dar.

Die Gesprächsrunde unter Kohls Leitung im Kanzlerbungalow, in dem 28 Jahre zuvor die Verhandlungen über den Grundlagenvertrag stattgefunden hatten, war der übereinstimmenden Auffassung, dass die Herstellung der Einheit durch den Beitritt der DDR nach Artikel 23 GG erfolgen sollte, und am folgenden Tag fasste die Bonner Koalition einen entsprechenden Beschluss. Dieser Weg war der beste und einfachste für die herrschenden Kräfte in der BRD. Damit konnte die Ablösung des Grundgesetzes durch eine vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossene Verfassung vermieden, die bisherige BRD ihre Identität als Völkerrechtssubjekt auch nach Herstellung der Einheit Deutschlands behalten und zugleich die Völkerrechtssubjektivität der DDR zum Erlöschen gebracht werden.

Was Helmut Kohl von der Herstellung der Einheit Deutschlands gemäß Artikel 146 GG auf dem Weg einer vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossenen Verfassung hielt, hatte er in einem Telefongespräch mit US-Präsident Bush am 15. März 1990 deutlich gemacht. Kohl wandte sich gegen eine völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die BRD vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Kohl begründete seine Haltung gegenüber Bush damit, dass „er in der Grenzfrage eine ruhige Hand haben wolle. Man müsse allerdings sehen, dass dieses Thema auch von den Linken hier betrieben würde. Dabei handele es sich um die gleichen Leute, die eine neue Verfassung anstrebten. Mit der Aufgabe des Grundgesetzes müsste dann auch die Mitgliedschaft in der NATO neu verhandelt werden. Die gleichen Leute drängten auf einen Abzug der amerikanischen Streitkräfte und die Neutralisierung Deutschlands.“²³

In seiner Regierungserklärung vor der Volkskammer am 19. April 1990 hob Lothar de Maizière hervor, dass Deutschland ein Faktor des Friedens sein müsse. Die Vereinigung Deutschlands dürfe die Stabilität in Europa nicht beeinträchtigen und solle die Schaffung einer gesamteuropäischen Ordnung des Friedens, der Demokratie und der Zusammenarbeit fördern. In der Sicherheits- und Außenpolitik wurde die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gefordert. Nach Vollzug der Einheit Deutschlands sollte die künftige deutsche Verfassung den Artikel 23, der den Geltungsbereich des Grundgesetzes für „andere Teile Deutschlands“ offen hielt, nicht mehr enthalten. Deutschland habe keine Gebietsansprüche gegenüber anderen Staaten und werde sie in Zukunft auch nicht erheben. Das vereinigte Deutschland gestalte seine Zukunft in Zusammenarbeit mit den KSZE-Staaten. Vertragliche Verpflichtungen der DDR gegenüber Dritten behielten ihre Gültigkeit und würden erforderlichenfalls einvernehmlich mit dem jeweiligen Vertragspartner modifiziert. Die neue DDR-Regierung vermied eine Aussage zur Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in der NATO, betrachtete es jedoch als ihre Aufgabe, dafür einzutreten, den Prozess der Ablösung der Militärbündnisse durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu fördern. Die DDR strebte eine drastische Abrüstung aller deutschen Streitkräfte an und bekräftigte ihren Verzicht auf die Herstellung, Besitz und Weitergabe von ABC-Waffen.

Mit diesen eigenen Beiträgen zu einer Ordnung des Friedens und der Sicherheit in Europa sollten Voraussetzungen für die Ablösung der Rechte der Alliierten des Zweiten Weltkriegs

²³ Vermerk über ein Telefongespräch Kohls mit Präsident Bush am 15. März 1990. In: *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition...*, a. a. O., S. 953.

ges für Deutschland als Ganzes geschaffen werden. Die Regierung der DDR setzte sich dafür ein, dass diese Ablösung, die in den Gesamtrahmen des KSZE-Prozesses zur Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung gehöre, im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Gespräche erfolgt.²⁴

Die in der Regierungserklärung de Maizières formulierten Ziele bildeten fortan die Grundlage für unsere Arbeit im Außenministerium.

Am 17. April nahm der neue Außenminister Markus Meckel, ein evangelischer Pfarrer, der in der kirchlichen Friedensbewegung der DDR aktiv gewesen war und im Oktober 1989 die Sozialdemokratische Partei in der DDR mitbegründet hatte, seine Tätigkeit im MfAA auf. Das neue Leitungsgremium begegnete uns Mitarbeitern des Ministeriums zunächst mit großem Misstrauen. Meckel wollte – wie er bereits kurz nach seiner Ernennung zum Minister gegenüber Vertretern des Auswärtigen Amts erläutert hatte – „im MfAA zum alten Apparat im Leitungsbereich eine Parallelstruktur aufbauen, für die man Beratung und Zuarbeit von uns (dem Auswärtigen Amt – d. V.) benötige. Insgesamt sollten trotz möglichst hoher ‚Kompatibilität‘ zwischen unseren Ministerien unabhängige Entscheidungsstrukturen beibehalten werden.“²⁵ Meckel hatte zu dieser Zeit noch die Vorstellung von einer eigenständigen, in einigen Aspekten von der außenpolitischen Linie der Kohl-Regierung abweichenden Außenpolitik.

Die Mitarbeiter des Auswärtigen Amts sollten allerdings „überwiegend nicht im unmittelbaren Leitungsbereich, sondern in den Abteilungen, die mit den alten MfAA-Mitarbeitern besetzt sind“, eingesetzt werden. Auch für den Planungsstab brauche man keine personelle Unterstützung.²⁶

Diese Stellen hatte Meckel schon an westdeutsche Freunde vergeben, die nicht im Auswärtigen Dienst der BRD beschäftigt waren. Ihm war wohl bewusst, dass die Besetzung der Leitung des MfAA mit Berufsdiplomaten der BRD der Glaubwürdigkeit einer eigenständigen DDR-Außenpolitik nicht gerade förderlich gewesen wäre.

Die meisten der engsten Mitarbeiter Meckels kamen aus der akademischen Friedens- und Konfliktforschung der BRD und unterhielten bereits langjährige Kontakte zur kirchlichen Friedensbewegung in der DDR, in der Meckel als Leiter einer ökumenischen Begegnungs- und Bildungsstätte mitgearbeitet hatte. Dazu gehörten Dr. Carlchristian von Braunmühl, von Beruf Psychotherapeut. Dr. Ulrich Albrecht, Professor für Friedens- und Konfliktforschung wurde Leiter des Planungsstabs im MfAA. Wolfgang Wiemer, Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Peter Schlotter von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, sowie der Friedensforscher Wolfgang Schwegler-Romeis wurden außenpolitische Berater Meckels. Wolfram von Fritsch, dessen Bruder im Auswärtigen Amt arbeitete, avancierte nach kurzem Gastaufenthalt im Büro Genschers zum Leiter des Ministerbüros von Meckel.

Auf Empfehlung Willy Brandts war auch Egon Bahr bereit, dem außenpolitisch unerfahrenen Markus Meckel zu helfen. Er suchte mehrfach die Ministeretage des MfAA auf, um an Sitzungen des Planungs- und Beraterstabs teilzunehmen. In seinen Erinnerungen fasste Bahr seine Eindrücke mit den Worten zusammen: „Sie schwankten zwischen komisch, tragisch und

²⁴ *Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Lothar de Maizière auf der 3. Tagung der Volkskammer am 19.4.1990. In: Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands, a. a. O., S. 190 ff.*

²⁵ *Vermerk betreffs personelle Zusammenarbeit und Beratung Auswärtiges Amt/MfAA. Hier: Vorstellungsgespräche am 11.5.1990 in Berlin (Ost). In: PA, Zwischenarchiv, Bd. 140692.*

²⁶ *Bahr, Egon: Zu meiner Zeit. München 1996, S. 585.*

kläglich, jedenfalls beklagenswert. Die Unterstützung, die eine kontinuierliche Tätigkeit im Haus verlangt hätte, war nicht gefragt. Unsicherheit, ob dies dem Ministerpräsidenten recht wäre, konnte nicht ich beseitigen.“²⁷

Nur ganz wenige Mitarbeiter des Auswärtigen Amts waren schließlich bereit, eine Tätigkeit im MfAA aufzunehmen. Zu diesen gehörte der Vortragende Legationsrat Wolfgang Stöckl, seit 1977 Mitarbeiter des Auswärtigen Amts, der als Berater Meckels in Personalfragen tätig wurde und das Auswärtige Amt über die Personalpolitik im MfAA auf dem Laufenden hielt.

Im Zuge der Abwicklung des MfAA setzte sich Stöckl in einem Schreiben an das Personalbüro des Auswärtigen Amts vom 8.9.1990 engagiert dafür ein, dass Personen, die in der Oppositionsbewegung der DDR aktiv waren, nach der Volkskammerwahl im März 1990 im MfAA eingestellt wurden und nach der Herstellung der Einheit Deutschlands Interesse an einer Weiterbeschäftigung hatten, nicht „mit den Privilegierten des alten Systems in einen Topf geworfen werden (beide Gruppen gehen in den Wartestand). Technisch erfahrene und wendige Mitarbeiter des alten Apparates werden dann für Sachaufgaben weiter benötigt, nicht aber die bürokratisch nicht so versierten Mitarbeiter aus der Oppositionsbewegung. [...] M. E. müsste bei dieser Gruppe nicht gesagt werden, sie könne sich bewerben, sondern das Gespräch müsste von einem Vertreter des AA gesucht werden.“²⁸

Demgegenüber wurden Bewerbungen von Mitarbeitern des MfAA um Mitarbeit im Auswärtigen Dienst der BRD von der Ausbildungs- und Fortbildungsstelle des Auswärtigen Amts generell mit der stereotypen Bemerkung abgelehnt, „dass Sie mit Ihrem Studienabschluss nicht die vorbildungsmäßigen Voraussetzungen für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst der Laufbahn des höheren Auswärtigen Dienstes erfüllen“.²⁹

Da die neue Leitung des MfAA auch den Mitarbeitern in den DDR-Auslandsvertretungen kein Vertrauen entgegenbrachte, war sie daran interessiert, in die interne Berichterstattung der Auslandsvertretungen der BRD an das Auswärtige Amt einbezogen zu werden, weil ihr damit „ein wesentliches Korrektiv zu den Berichten der DDR-Auslandsvertretungen an die Hand gegeben“ werde. Dieser Bitte wurde vom AA dahingehend entsprochen, dass Drahtberichte der BRD-Auslandsvertretungen, die auch an die Ständige Vertretung der BRD in Berlin abgesetzt wurden, dort von einem Beauftragten der Leitung des MfAA eingesehen werden konnten.³⁰

Obwohl Meckels Planungs- und Beraterstab kaum über Erfahrungen in der außenpolitischen Arbeit verfügte, agierte er gemäß der von Meckel geforderten Parallelstruktur zunächst weitgehend unabhängig von den anderen Mitarbeitern des MfAA und schottete sich von uns ab. Einige der westdeutschen Berater Meckels schürten bewusst Ressentiments gegen die alten Leitungskader. So wandte sich Carlchristian von Braunmühl, mit dem Argument, dass die „neue Regierung auf der internationalen Bühne unmöglich mit den alten Gestalten auftreten“ könne, dagegen, dass Herbert Süß bei den Zwei-plus-Vier-Gesprächen auf Beamtenebene

²⁷Bahr, a. a. O., S.585.

²⁸ PA, Zwischenarchiv, Bd. 140691.

²⁹ Blanko-Schreiben der Ausbildungs- und Fortbildungsstelle des Auswärtigen Amts vom 21. und 22.8.1990; PA, Zwischenarchiv, Bd. 140961.

³⁰ Drahtbericht der Ständigen Vertretung der BRD in Berlin vom 19.4.1990 an das AA sowie Drahterlass des AA vom 23.4.1990 an die Ständige Vertretung in Berlin betr. Organisatorische Maßnahmen für die Zusammenarbeit mit dem MfAA. In: PA, Zwischenarchiv, Bd. 140691.

neben dem DDR-Verhandlungsführer Hans Misselwitz am Verhandlungstisch Platz nahm.³¹ Ungeachtet der Tatsache, dass er Westdeutscher war, bestand von Braunmühl darauf, dass er anstelle von Süß Mitglied der offiziellen DDR-Delegation wird. Meckel gab diesem Drängen nach, und Süß wurde außerhalb des Verhandlungsraumes für die Delegation tätig. Meckel merkte allerdings nach einigen Wochen, dass seriöse Außenpolitik ohne auf dem diplomatischen Parkett erfahrene Mitarbeiter nicht zu machen ist. Die meisten von uns waren auch bereit, loyal an der Umsetzung der in der Regierungserklärung formulierten Außen- und Sicherheitspolitik mitzuarbeiten, denn deren auf die Friedenssicherung und Abrüstung gerichteten Ziele widersprachen nicht der bisherigen Außenpolitik der DDR, die übrigens auch nicht im Zentrum der Kritik der oppositionellen Gruppierungen in der DDR gestanden hat.

Meckel fasste allmählich Vertrauen zu einigen erfahrenen Führungskadern des Außenministeriums, zu denen neben Dr. Werner Fleck, dem Leiter der Abteilung Westeuropa, und Ernst Krabatsch, dem Leiter der Grundsatzabteilung, unser Abteilungsleiter Herbert Süß gehörte. Dadurch konnte die Abteilung 3 (Rechtsabteilung) dem MfAA obliegende völkerrechtliche Aufgaben auch weiterhin erfüllen, ohne dass der vor allem aus Nichtjuristen bestehende Beraterstab Meckels wesentlichen Einfluss darauf hatte. Das betraf auch die völkerrechtliche Seite der inneren und äußeren Aspekte der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, soweit das MfAA überhaupt von de Maizière, der sich in der Koalitionsvereinbarung die Richtlinienkompetenz insbesondere in der Deutschlandpolitik vorbehalten hatte, in die Verhandlungen einbezogen wurde.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister der Regierung der Großen Koalition ließ leider von Anfang an zu wünschen übrig. Während der CDU-Politiker de Maizière die Hauptaufgabe seiner Regierung darin sah, zügig die Vereinigung der DDR mit der BRD vorzubereiten und zu vollziehen und dabei den engen Schulterschluss mit der vom CDU-Vorsitzenden Kohl geführten konservativ-liberalen Bundesregierung suchte, ging Meckel von der Vorstellung aus, für ein oder mehrere Jahre noch eine relativ eigenständige Außenpolitik der DDR betreiben und dabei auch sozialdemokratische außen- und sicherheitspolitische Vorstellungen, insbesondere hinsichtlich der Abrüstung und der Ablösung von NATO und Warschauer Pakt durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, voranbringen zu können. Er wollte, dass der Prozess der Herstellung der deutschen Einheit zugleich zur schrittweisen Ablösung der Militärblöcke in Europa beiträgt. Besondere Aufmerksamkeit widmete er in den wenigen Monaten seiner Amtszeit dem von seinem Beraterstab entwickelten Projekt einer Institutionalisierung des KSZE-Prozesses. Dieses Projekt war von Anfang an unrealistisch, weil es der BRD und den Westmächten nicht um eine Stärkung der KSZE-Institutionen, sondern um den Ausbau der Vormachtstellung des Westens in Europa ging. Deren Zielstellung bestand zunächst darin, von der geschwächten UdSSR die Zustimmung zur Herstellung der Einheit Deutschlands, zum Abzug ihrer Streitkräfte aus Mitteleuropa sowie zur Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in der NATO zu erreichen.

Da offenbar auch in den persönlichen Beziehungen zwischen de Maizière und Meckel „die Chemie nicht stimmte“, war es nicht verwunderlich, dass der Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der DDR und der BRD, in dem wichtige Teilbereiche des Beitritts der DDR zur BRD praktisch schon geregelt wurden,³² ohne die Teilnahme von Vertretern des MfAA abgeschlossen wurde. Das Auswärtige Amt war natürlich – wie das bei völkerrechtlichen Verträgen von solcher Bedeu-

³¹ Albrecht, Ulrich: *Die Abwicklung der DDR: Die 2-plus-4-Verhandlungen. Ein Insider-Bericht.* Opladen 1992, S. 36 ff.

³² *Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der BRD und der DDR vom 18. Mai 1990. BGBl. II 1990, S. 537 ff.*

tung notwendig und üblich ist – in diesen Verhandlungen von Anfang an ständig vertreten. In den seitens der DDR von Günther Krause, dem Parlamentarischen Staatssekretär bei Ministerpräsident de Maizières, und seitens der BRD von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble geführten Verhandlungen hat die DDR keinen eigenen Vertragsentwurf vorgelegt. Die Verhandlungen wurden von westdeutscher Seite so konzipiert, dass die DDR-Delegation aufgrund ihrer schwachen Verhandlungsposition keine wesentlichen Änderungen an dem voll ausformulierten BRD-Entwurf durchsetzen konnte. In der ersten Verhandlung über den Einigungsvertrag am 6. Juli 1990 in Berlin war zwar das Außenministerium nach einer Festlegung de Maizières wiederum nicht vertreten, aber in den folgenden Verhandlungsrunden wurde Staatssekretär Dr. Domke, dem auch unsere Abteilung 3 unterstand, Mitglied der DDR-Delegation. Wir unterstützten ihn durch Zuarbeiten zu den einzelnen Verhandlungsthemen.

Beim inoffiziellen Antrittsbesuch Meckels bei seinem Amtskollegen Genscher in Bonn am 24. April war die Bildung einer Kontaktkommission vereinbart worden.³³ Die Kommission begann beim Besuch Genschers am 1. Juni im MfAA mit ihrer Arbeit. Genscher erklärte auf der Eröffnungssitzung u. a.:

„Die Herstellung der deutschen Einheit stellt die Außenpolitik beider deutscher Staaten vor eine Vielzahl neuer Aufgaben. Beide Regierungen treten für die staatliche Vereinigung ein. Sie treten dafür ein, dass diese Vereinigung sich geordnet und zügig vollzieht. Das Ergebnis, das vereinigte und geeinte Deutschland, soll zu einem Gewinn für alle Staaten werden. [...] Die Aufgaben, die heute vor uns stehen, verlangen von uns eine enge Abstimmung. Jeder ist in seinem Bereich dazu aufgerufen, gegenseitiges Verständnis zu vertiefen und gemeinsame Ziele erkennbar werden zu lassen.“³⁴

In Anbetracht dessen, dass zu diesem Zeitpunkt im Auswärtigen Amt auf Initiative Genschers bereits beschlossen worden war, die Mitarbeiter des Außenministeriums der DDR vom Auswärtigen Dienst des vereinigten Deutschlands auszuschließen und sie nach der Herstellung der Einheit in die Arbeitslosigkeit zu entlassen, waren die Worte Genschers von gegenseitigem Verständnis und gemeinsamen Zielen pure Heuchelei.

Der damalige Leiter der BRD-Delegation in den Verhandlungen über den Einigungsvertrag, Wolfgang Schäuble, berichtet in seinem Buch „Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte“ über die Position des Auswärtigen Amts: „Im Bundeskabinett war schon sehr früh eine Diskussion über die Zukunft der Diener des SED-Staates aufgekommen. Das Auswärtige Amt ließ sich eine – aus meiner Sicht – bequeme Lösung einfallen: Im Auswärtigen Dienst des künftigen Deutschland sei kein Platz für ehemalige Honecker-Diplomaten. Wer gestern noch der kommunistischen Doktrin verpflichtet war, könne morgen nicht einen freiheitlichen Rechtsstaat nach außen vertreten. Deshalb schlug Genschers Ministerium vor, analog zur Treuhandstelle für die Überführung der ehemals volkseigenen Betriebe in privates Eigentum eine Personal-Treuhandstelle einzurichten.“³⁵

So wurde vom Auswärtigen Amt auch in der Praxis verfahren. Einen Tag nach dem Wirksamwerden des Einigungsvertrages, am 4. Oktober 1990, nahm die Verwaltungs- und Abwicklungsstelle des Auswärtigen Amts unter Leitung von Staatssekretär Dr. Franz Bertele im Gebäude des Außenministeriums in Berlin ihre Arbeit auf und sorgte dafür, dass die DDR-Diplomaten in die Arbeitslosigkeit „abgewickelt“ wurden.

³³ Ausführlich dargestellt im Artikel von Bernhard Neugebauer.

³⁴ Genscher, Hans-Dietrich: *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 799 f.

³⁵ Schäuble, Wolfgang: *Der Vertrag. Wie ich über die Einheit verhandelte*, Stuttgart 1991, S. 200.

Als ich Elisabeth Mann Borgese, der Tochter Thomas Manns und engagierten Vorkämpferin für den Schutz und die Erhaltung der Reichtümer der Meere als gemeinsames Erbe der Menschheit, mit der ich viele Jahre auf der III. UN-Seerechtskonferenz und anschließend in der Vorbereitungskommission zusammengearbeitet habe, in meinem Neujahrsgruß 1991 mitteilte, dass mit dem Beitritt der DDR zur BRD Hunderttausende ihre Arbeit verloren haben, darunter auch die Mitarbeiter des Außenministeriums, schrieb sie mir am 9. Februar 1991 u. a.: „Aber was Du sonst schreibst, ist eher erschütternd. Das ist mir eine schöne Wiedervereinigung! Mir sieht es eher wie eine Besetzung, ein ‚Anschluss‘ aus! [...] Ihr seid doch keine Verbrecher! Und so viele gute, sachkundige, international anerkannte Leute gibt es doch gar nicht, dass man sie einfach verschwenden kann. Ich bin wirklich zutiefst empört.“

Auch einige westdeutsche Diplomaten zeigten für dieses rigorose Vorgehen des Auswärtigen Amts wenig Verständnis. In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ antwortete der für kurze Zeit zu Meckels Beratern gehörende BRD-Botschafter a. D. Hans Arnold auf die Frage, „ob die Diplomaten, die sich solange für das SED-Regime eingesetzt haben, wirklich geeignet sind, das geeinte Deutschland im Ausland zu vertreten?“ mit einer Gegenfrage: „Dieses Argument ist zu hören. Da ist aber doch etwas viel Hochmut und Selbstgefälligkeit im Spiel. Ich erinnere mich daran, dass in den fünfziger Jahren viele Beamte oft mehr als nur einen braunen Fleck hatten. Die feinsinnige Umschreibung lautete, sie seien nur in arabischen, also antisemitischen Ländern verwendbar. Alle hatten sich dem Naziregime schon wenige Jahre nach 1933 angepasst. Können wir nun den Deutschen in der DDR, die nicht nur ein paar, sondern 40 Jahre unter einem undemokratischen Regime gelebt haben, davon 30 Jahre hinter Mauer und Stacheldraht, das Recht auf Irrtum und die Chance zum Neuanfang verweigern, die wir dies selbst nach 1945 so ausgiebig und locker praktiziert haben?“³⁶

Was wird aus den völkerrechtlichen Verträgen der DDR nach der Einheit Deutschlands?

Die Kontaktkommission löste ihre Aufgaben vor allem mit Hilfe der Arbeitsgruppen. Dazu gehörte die Arbeitsgruppe Rechts- und Konsularwesen, die auf ihrer konstituierenden Sitzung folgendes Arbeitsprogramm vereinbarte:

- Schicksal der von der DDR geschlossenen völkerrechtlichen Verträge,
- Koordinierung der Haltung der beiden Seiten in mit Völkerrechtsfragen befassten Gremien, darunter in der Vorbereitungskommission sowie im Rahmen des Antarktisvertragssystems,
- Zusammenarbeit bei der konsularischen Betreuung Deutscher, insbesondere Hilfe in Notfällen und bei der Häftlingsbetreuung,
- Zusammenarbeit bei der Verhinderung von illegalen Einreisen über die DDR in die BRD,
- Harmonisierung des Visa-Regimes zwischen der BRD und der DDR auch im Hinblick auf die Europäische Gemeinschaft und das Schengener Abkommen,
- Gemeinsame Bemühungen um Aufklärung des Schicksals von Menschen, die in sowjetischen Internierungslagern umgekommen oder verschollen sind.³⁷

Bereits in dieser Sitzung übergaben wir der BRD-Delegation zu deren Information eine Zusammenstellung der von der DDR mit Drittstaaten abgeschlossenen bilateralen und multilate-

³⁶ „Süddeutsche Zeitung“ vom 8.8.1990.

³⁷ Information an Staatssekretär Dr. Domke vom 6.6.1990 über den Stand der Tätigkeit der Arbeitsgruppen im Rahmen der Gemeinsamen Kontaktkommission. In: PA MfAA, ZR 3189/94.

ralen Verträge, deren Mitglied die DDR war. In der HARV hatten wir uns schon in den ersten Monaten des Jahres 1990 mit der Frage der Behandlung der völkerrechtlichen Verträge der DDR und der BRD mit Drittstaaten im Fall der Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates befasst.

Wir gingen zunächst davon aus, dass die Einheit Deutschlands durch eine Fusion der beiden deutschen Staaten zu einem neuen Staat erfolgen würde, der ein neues, mit keinem der beiden Vorgängerstaaten identisches Völkerrechtssubjekt sein werde. Dieser Weg hätte dem Artikel 146 des Grundgesetzes entsprochen, in dem es hieß: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen ist.“

Große Teile der Bürgerrechtsbewegung der DDR sowie die SPD wollten zunächst eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten gemäß Artikel 146 GG und lehnten einen Beitritt nach Artikel 23 ab. Nicht wenige Bürgerrechtler trugen im Frühjahr 1990 Anstecker mit der Aufschrift „Artikel 23: Kein Anschluss unter dieser Nummer“. Markus Meckel erklärte im März 1990 in einem Streitgespräch mit Bundesinnenminister Schäuble: „Unser Ziel ist ein Vereinigungsprozess nach Artikel 146 des Grundgesetzes, der mit einer gemeinsamen neuen Verfassung endet, ausgehend vom Grundgesetz“.³⁸

Demgegenüber war Meckels Gesprächspartner Wolfgang Schäuble ein Verfechter der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands nach Artikel 23. Als Verhandlungsführer der BRD zum Einigungsvertrag formulierte er das Verhandlungsziel gegenüber seiner Delegation mit den Worten, „es gehe jetzt um die Einheit und nicht darum, bei dieser Gelegenheit etwas für die Bundesrepublik zu ändern“.³⁹

In der HARV wurde das zentrale Vertragsregister der DDR geführt, in dem etwa 2.550 bilaterale Verträge mit 137 Staaten und 545 multilaterale Übereinkommen, einschließlich 284 im Rahmen des RGW, aufbewahrt wurden. Eine Anzahl dieser Verträge war bereits erloschen oder durch gegenseitige Erfüllung gegenstandslos geworden.

Zunächst mussten die in Kraft befindlichen völkerrechtlichen Verträge der DDR mit Drittstaaten von uns in Zusammenarbeit mit den Länderabteilungen des MfAA und den zuständigen Fachministerien dahingehend bewertet werden, ob sie für eine Fortführung durch das vereinigte Deutschland in Frage kamen.⁴⁰

Bei der Bewertung der Verträge gingen wir davon aus, dass die völkerrechtlichen Vereinbarungen mit unseren Nachbarstaaten, wie z. B. die Grenzverträge sowie die mit der Grenzziehung unmittelbar im Zusammenhang stehenden Verträge der DDR mit Polen⁴¹ und der Tschechoslowakei, aber auch die Verträge mit Schweden und Dänemark über die Abgrenzung der Festlandsockelanteile und der Fischereizonen in der Ostsee nach den Regeln des Völkergewohnheitsrechts ihre Gültigkeit auch für den gesamtdeutschen Staat behalten würden.

Zwischen den Vier Mächten und den beiden deutschen Staaten bestand bereits Übereinstimmung darüber, dass die Grenzen der DDR und der BRD die Außengrenzen des vereinten Deutschland bilden und die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen des vereinten Deutschland ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa sein würde. Die-

³⁸ „Der Spiegel“, Nr. 12/1990, S. 8.

³⁹ Schäuble, Wolfgang: *Der Vertrag, a. a. O.*, S. 156.

⁴⁰ PA MfAA, ZR 2757 /13.

⁴¹ Es handelt sich dabei insbesondere um das Abkommen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze vom 6.7.1950 sowie um den Vertrag über die Abgrenzung der Seegebiete in der Oderbucht vom 22.5.1989 (GBl. II 1989, S.150).

se Feststellung wurde auch im Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag) vom 12. September 1990 vereinbart.⁴²

An der Fortführung der zahlreichen außenwirtschaftlichen Verträge der DDR bestand nach unserer Einschätzung ein erhebliches volkswirtschaftliches Interesse nicht nur der DDR, sondern auch vieler ihrer Vertragspartner, insbesondere der UdSSR und anderer osteuropäischer Staaten.

Einiges Kopfzerbrechen bereitete uns die Frage der Lösung der Mitgliedschaft der DDR aus dem multilateralen Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14.5.1955, denn dieser sah den Austritt einzelner Mitgliedstaaten aus dem Vertrag nicht vor.

Der damalige Ministerpräsident Otto Grotewohl hatte zwar anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages erklärt „dass das wiedervereinigte Deutschland von den Verpflichtungen frei sein wird, die ein Teil Deutschlands in militärpolitischen Verträgen und Abkommen, die vor der Wiedervereinigung abgeschlossen wurden, eingegangen ist“.⁴³ Darauf konnte sich die DDR jedoch nicht mehr berufen, denn in einer Note vom 12.11.1976 an den Depositär des Vertrages, die Regierung Polens, hatte sie diese Erklärung von Otto Grotewohl „aufgrund der seit der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages vollzogenen unwiderruflichen gesellschaftspolitischen Veränderungen, die in der sozialistischen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974 verankert und in zahlreichen völkerrechtlichen Verträgen und Dokumenten verbrieft sind, als gegenstandslos“ bezeichnet.⁴⁴

Erst nachdem sich Bush mit Gorbatschow Anfang Juni 1990 in Washington darauf verständigt hatte, dass ein vereinigtes Deutschland selbstständig über die Mitgliedschaft in einem Militärbündnis entscheiden könne, war eine Lösung des Problems in Sicht. Der Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, Rainer Eppelmann, und der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, der sowjetische Armeegeneral Pjotr G. Luschew, unterzeichneten am 24. September 1990 in Berlin ein Protokoll über die Herauslösung der Nationalen Volksarmee aus der militärischen Organisation des Warschauer Vertrages, am 2. Oktober 1990 wurde die Nationale Volksarmee der DDR aufgelöst.

In seiner Regierungserklärung vom 14. April hatte de Maizièr versichert, dass beim Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gemäß Artikel 23 vertragliche Verpflichtungen der DDR gegenüber Dritten ihre Gültigkeit behielten und erforderlichenfalls einvernehmlich mit dem jeweiligen Vertragspartner modifiziert würden. Zu diesem Zweck nahmen wir im Mai 1990 Kontakt zu wichtigen Vertragspartnern der DDR auf. An mehr als 80 Staaten, mit denen die DDR eine größere Anzahl von Verträgen abgeschlossen hatte, übermittelten wir ein Aide-mémoire, in dem die DDR erklärte, dass sie sich zu den von ihr übernommenen vertraglichen Verpflichtungen bekennt und sie darum bemüht ist, dass der erreichte Stand der Zusammenarbeit durch die eintretende Staatennachfolge keinen Schaden nimmt.⁴⁵ Als Anlage war dem Aide-mémoire eine Liste der zwischen der DDR und dem jeweiligen Staat in Kraft befindlichen bilateralen Verträge beigelegt.

Nach der Regierungserklärung de Maizières hatten wir u. a. das Verfahren beim Beitritt des Saarlandes zur BRD im Jahr 1956 studiert. Die 1956 angewandte Praxis der Behandlung

⁴² BGBl. II 1990, S. 1317 ff. Siehe auch: *Die Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990. Verträge und Erklärungen.* Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1991, S. 167.

⁴³ *Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR, Bd. II, Berlin 1955, S. 231.*

⁴⁴ PA MfAA, ZR 3452/13.

⁴⁵ PA MfAA, ZR 3452/13.

der Verträge des Saarlandes mit dritten Staaten war auf unseren Fall jedoch nicht anwendbar, denn das Saarland war nach vorherrschender Auffassung kein selbstständiges Völkerrechtssubjekt gewesen, wurde nur von Frankreich als solches anerkannt und hatte außer mit Frankreich lediglich mit Belgien und Italien bilaterale Abkommen geschlossen, wobei es von Frankreich vertreten wurde. Das Saarland war außerdem nur Partner einiger weniger multilateraler Abkommen im Rahmen des Europarates geworden.

Allerdings hätte ich mir einen Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes unter den damals von Frankreich mit der BRD für das Saarland ausgehandelten Bedingungen einer schrittweisen politischen und wirtschaftlichen Vereinigung mit der BRD gewünscht. Kurt-Georg Kiesinger hatte im Namen der CDU-Fraktion in der Bundestagsdebatte am 29. November 1956 zum Saarvertrag diesen als „Testfall ... der deutschen Wiedervereinigung“ bezeichnet.⁴⁶ Davon war 1990 keine Rede mehr. Nach dem Erlöschen der DDR als Völkerrechtssubjekt gab es keinen Staat und auch keine unabhängige internationale Institution, welche die Kompetenz gehabt hätten, die Rechte und Ansprüche der ehemaligen DDR-Bürger sowie der fünf neuen Bundesländer aus diesem Vertrag gegenüber der BRD durchzusetzen.

Unter BRD-Politikern gab es zwar anfänglich Überlegungen, alle Verträge der DDR mit Drittstaaten am Tag der Herstellung der Einheit Deutschlands für erloschen zu erklären. Diese Position wurde jedoch von unseren westdeutschen Partnern in der Arbeitsgruppe nicht vertreten, denn sie war nicht nur völkerrechtswidrig, da es sich dabei um einen unzulässigen Eingriff in die Rechte dritter Staaten gehandelt hätte, sondern war auch politisch nicht durchsetzbar, weil insbesondere die UdSSR, aber auch andere Staaten Interesse an der Fortgeltung nicht weniger ihrer mit der DDR abgeschlossenen Verträge hatten und dies deutlich gegenüber der BRD zum Ausdruck brachten.

Bei der Vorbereitung der oben genannten Leitlinien strebte unsere Seite an, dass diese nicht nur für unsere weitere interne Überprüfung der DDR-Verträge in Vorbereitung auf die Einheit Deutschlands gelten sollten, sondern durch ihre Übernahme in den zur Verhandlung anstehenden Einigungsvertrag auch für den künftigen einheitlichen deutschen Staat verbindlich sein sollten.

Bei der westdeutschen Seite stießen unsere bereits erwähnten Kontakte mit Drittstaaten zur Klärung der Frage, was mit den völkerrechtlichen Verträgen der DDR beim Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes geschieht, auf wenig Sympathie, da sie beabsichtigte, nach dem Anschluss der DDR selbst mit den Vertragspartnern der DDR über das Schicksal dieser Verträge zu verhandeln.

In der Sitzung der Kontaktkommission am 27. Juni 1990 behauptete der BRD-Vertreter, dass diese Aktivitäten der DDR zu zahlreichen Missverständnissen führten. So seien von der DDR mit Drittstaaten, z. B. mit Polen, Vereinbarungen getroffen worden, in denen festgelegt worden sei, welche Verträge die BRD übernehmen müsse.⁴⁷ Dies war jedoch unzutreffend. Die DDR hat in den Gesprächen, die sie auf Expertenebene mit wichtigen Vertragspartnern, darunter mit Polen, der UdSSR und der ČSSR, geführt hat, keine für irgendeine Seite verbindlichen Vereinbarungen getroffen. Es wurden lediglich Protokollniederschriften unterzeichnet, in denen die Experten Empfehlungen an ihre jeweiligen Regierungen zur möglichen Beendigung der gesichteten Verträge bzw. deren Weiterführung nach Herstellung der Einheit Deutschlands festgehalten haben. Nach einer bilateralen Klärung von eventuellen Meinungsunterschieden mit dem jeweiligen Partnerstaat sollten auch Experten der BRD in die Gespräche einbezogen werden, um Entscheidungsvorschläge für die Regierungen über das Schicksal

⁴⁶ 2. Deutscher Bundestag, 174. Sitzung, Bonn 29. November 1956.

⁴⁷ Information über die Sitzung der Kontaktkommission MfAA/AA am 27.6.1990 in Bonn. (PA MfAA, ZR 3190/94).

der betreffenden Verträge vorbereiten zu können.⁴⁸ Dazu ist es allerdings aufgrund der Beschleunigung, die der Vereinigungsprozess im zweiten Halbjahr 1990 erfahren hat, nicht mehr gekommen. Nach der Herstellung der Einheit Deutschlands bedurfte es deshalb einvernehmlicher Regelungen zwischen der BRD und mehr als 130 Staaten, die Partner völkerrechtlicher Verträge mit der DDR waren, über die weitere Behandlung dieser Verträge. Die Verhandlungen darüber haben viele Jahre gedauert.⁴⁹

Der Einigungsvertrag

In der gemeinsamen Arbeitsgruppe bestand Einvernehmen darüber, dass gemäß den völkerrechtlichen Grundsätzen der Staatennachfolge die bilateralen und multilateralen Verträge, denen die BRD als Vertragspartei angehörte, einschließlich solcher, die Mitgliedschaften in internationalen Organisationen begründen, aufgrund der Kontinuität der BRD als Völkerrechtssubjekt ihre Gültigkeit behalten und sich die daraus folgenden Rechte und Verpflichtungen nach dem völkerrechtlichen Grundsatz der beweglichen Vertragsgrenzen auch auf das Beitrittsgebiet beziehen würden, mit Ausnahme einiger Verträge militärischen Inhalts, die Gegenstand der Zwei-plus-Vier-Gespräche waren und die später in Anlage 1 zum Einigungsvertrag aufgelistet wurden.

Gemäß dieser Anlage sind 10 Verträge militärischen Charakters von der Geltung im Gebiet der ehemaligen DDR ausgenommen, darunter

- der Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der BRD vom 23.10.1954,
- das NATO-Truppenstatut vom 19.6.1951 nebst Zusatzvereinbarungen sowie
- das Übereinkommen zwischen der BRD, den USA, Großbritannien, Belgien, Italien und den Niederlanden über Inspektion in Bezug auf den Vertrag zwischen den USA und der UdSSR über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite vom 11.12.1987.

Die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen und sonstigen multilateralen Verträgen, denen beide deutsche Staaten angehörten, würde nach dem Beitritt der DDR zur BRD allein von der BRD fortgesetzt werden.

Dieses Einvernehmen über die Kontinuität der völkerrechtlichen Verträge der BRD im einheitlichen deutschen Staat bildet auch den Inhalt des Artikels 11 des Einigungsvertrages.⁵⁰

Ebenso wurden die in der Kontaktkommission vereinbarten Leitlinien für den Übergang völkerrechtlicher Verträge der DDR auf das vereinigte Deutschland in ihrer Substanz in den Einigungsvertrag übernommen. In den Absätzen 1 und 2 des Artikels 12 des Vertrages wurde festgelegt, dass die völkerrechtlichen Verträge der DDR im Zuge der Herstellung der Einheit Deutschlands unter den Gesichtspunkten des Vertrauensschutzes, der Interessenlage der beteiligten Staaten und der vertraglichen Verpflichtungen der BRD sowie nach den Prinzipien einer freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung und unter Beachtung der Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften mit den Vertragspartnern der DDR zu

⁴⁸ Hausmitteilung der Abteilung 3 des MfAA an Staatssekretär Dr. Domke vom 6.7.1990 (PA MfAA, ZR 3190/94).

⁴⁹ Ende 1996 wurden über 380 dieser Verträge noch nicht einvernehmlich als mit der Herstellung der Einheit Deutschlands als erloschen angesehen. Vgl. Papenfuß, Dieter: Die Behandlung der völkerrechtlichen Verträge der DDR im Zuge der Herstellung der Einheit Deutschlands. Ein Beitrag zur Staatennachfolge in völkerrechtliche Verträge. Heidelberg 1997, S. 233 ff.

⁵⁰ Vertrag zwischen der DDR und der BRD über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31.8.1990 (Einigungsvertrag). GBl. I 1990, S. 1627.

erörtern seien, um ihre Fortgeltung, Anpassung oder ihr Erlöschen zu regeln bzw. festzustellen. Das vereinigte Deutschland werde seine Haltung zum Übergang völkerrechtlicher Verträge der DDR nach Konsultationen mit den jeweiligen Vertragspartnern und mit den Europäischen Gemeinschaften, soweit deren Zuständigkeiten berührt sind, festlegen.

Hinsichtlich derjenigen internationalen Organisationen und sonstigen multilateralen Verträge, denen nur die DDR, nicht aber die BRD angehörte, machte die BRD-Seite deutlich, es sei davon auszugehen, dass der künftige gesamtdeutsche Staat generell nicht in diese nachfolgen werde. Es solle dem vereinten Deutschland vorbehalten bleiben, sich in Einzelfällen im Einvernehmen mit den jeweiligen Vertragspartnern und mit den Europäischen Gemeinschaften, sofern deren Zuständigkeiten berührt sind, für die Fortsetzung der Mitgliedschaft zu entscheiden.⁵¹

Mit der Formulierung des Prinzips des Vertrauensschutzes fand auch das von Ministerpräsident de Maizière vorgegebene Verhandlungsziel, wonach die Vertragspartner der DDR durch die Herstellung der Einheit Deutschlands möglichst keine Nachteile erleiden sollten, Eingang in den Einigungsvertrag.⁵² Das war letztlich deshalb möglich, weil auch die BRD-Seite wusste, dass der Völkerrechtsgrundsatz, wonach Verträge eingehalten werden müssen – *pacta sunt servanda* –, auf dem Weg zur Herstellung der Einheit Deutschlands nicht in Zweifel geraten durfte. Dieser Grundsatz wurde hinsichtlich der Außenwirtschaftsverträge der DDR in Artikel 29 des Einigungsvertrages wiederholt.

Lothar de Maizière hob in seiner Erklärung vom 12. September 1990 anlässlich der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages hervor, es sei ein besonderes Anliegen seiner Regierung gewesen, dass für völkerrechtliche Verträge der DDR im geeinten Deutschland das Prinzip des Vertrauensschutzes gilt, das im Brief der beiden deutschen Außenminister an die Außenminister der Vier Mächte vom gleichen Tage und im Einigungsvertrag seine verbindliche Festlegung gefunden habe. Dies gelte ebenso für die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Sie würden auch in Zukunft in einem gesamtdeutschen Staat Vertrauensschutz genießen.⁵³

Die Festlegungen in den Artikeln 11 und 12 des Einigungsvertrages wurden zunächst im erwähnten Brief der beiden deutschen Außenminister an die Außenminister der Vier Mächte anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland am 12. September 1990 mitgeteilt⁵⁴ und zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 in einer Botschaft des Bundeskanzlers Helmut Kohl an alle Regierungen, mit denen das vereinte Deutschland diplomatische Beziehungen unterhielt, übermittelt.⁵⁵

Die Zuarbeiten der Rechtsabteilung in Bezug auf die mit der Herstellung der Einheit Deutschlands zu lösenden völkerrechtlichen Probleme beschränkten sich nicht auf die Be-

⁵¹ *Ebenda.*

⁵² *Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Lothar de Maizière auf der 3. Tagung der Volkskammer am 19.4.1990. In: Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands, a. a. O., S. 190 ff.*

⁵³ *Die Vereinigung Deutschlands im Jahr 1990. Verträge und Erklärungen. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1991, S. 182.*

⁵⁴ *Gemeinsamer Brief von Außenminister Genscher und Ministerpräsident de Maizière (in seiner Eigenschaft als amtierender Außenminister der DDR) an die Außenminister der Vier Mächte vom 12.9.1990. In: Die Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990. Verträge und Erklärungen, a. a. O., S. 184.*

⁵⁵ *Botschaft des Bundeskanzlers an die Regierungen der Welt vom 3.10.1990. In: Die Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990. Verträge und Erklärungen, a. a. O., S. 259.*

handlung der Verträge der DDR nach der Herstellung der Einheit Deutschlands. Bereits am 18. Juni hatten wir der Leitung des MfAA auf deren Anforderung Thesen zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gemäß dessen Artikel 23 vorgelegt,⁵⁶ in denen wir darauf hinwiesen, dass das Grundgesetz keine Festlegungen darüber enthält, zu welchen Bedingungen dieser Beitritt erfolgt. Verfassungsrechtlich war es nach Artikel 23 auch möglich, auf dem Gebiet der DDR lediglich das Grundgesetz in Kraft zu setzen und die Herstellung der staatlichen Einheit dem Gesetzgeber und den Gerichten zu überlassen. Konservative Juristen der BRD hielten ein bloßes Überleitungsgesetz nach der Beitrittserklärung der DDR für den geeigneten Weg, weil dieser einseitige Akt keine verfassungsrechtlichen Probleme bereiten würde.⁵⁷ Da die DDR aber mit der Rechtswirksamkeit einer Beitrittserklärung gemäß Artikel 23 GG aufhören würde zu existieren, hielten wir es für notwendig, in Vorbereitung eines Beitritts nach Artikel 23 eine Reihe von völkerrechtlichen Fragen zu klären.

Aus der Sicht unserer Abteilung sollte der Beitritt der DDR nach Artikel 23 erst erfolgen, wenn die folgenden äußeren und inneren Voraussetzungen dazu geschaffen wurden:

- Regelung der mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten verbundenen sicherheitspolitischen Grundfragen im Rahmen der Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD einerseits und den Vier Mächten andererseits (Ottawa-Mandat). Diese abschließende Regelung noch offener Fragen zwischen den beiden deutschen Staaten und den Vier Mächten sollte zugleich Bestandteil des europäischen Einigungsprozesses werden.
- Abschluss eines Vertrages zwischen der DDR und der BRD über die Herstellung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und dessen Inkrafttreten.
- Abschluss eines Vertrages über die Eingliederung der DDR in die BRD, der später auf Vorschlag von Ministerpräsident de Maizière die Bezeichnung Einigungsvertrag erhielt.

Wir hielten es für notwendig, vor einem Beitritt der DDR nach Artikel 23 GG Schonfristen für die Wirtschaft der DDR für einen Übergangszeitraum von mehreren Jahren zu vereinbaren, in dem das EG-Recht noch keine volle Anwendung im Beitrittsgebiet finden sollte.

Außenminister Meckel erhielt am 28. Juni von uns ein weiteres Arbeitspapier, in dem die Thesen vom 18. Juni konkretisiert und zusätzliche Sachthemen genannt wurden, die in einem Staatsvertrag über den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes geregelt werden sollten.⁵⁸

So schlugen wir vor, in diesem Staatsvertrag festzuschreiben, dass im Ergebnis der Herstellung der Einheit Deutschlands eine neue Verfassung ausgearbeitet wird, wobei das Grundgesetz als Basisdokument dienen sollte, aber die Präambel und einige Artikel geändert und einige neue Artikel in die durch Volksentscheid zu bestätigende neue Verfassung aufgenommen werden sollten. Artikel 23 sollte entfallen, weil er mit dem Beitritt der DDR gegenstandslos werde. Artikel 29, der Grundsätze für die Neugliederung des Bundesgebietes durch Bildung neuer Länder beinhaltet, sollte dahingehend abgeändert werden, dass der Bestand der

⁵⁶ *Thesen der Abteilung 3 (Rechtsabteilung) des MfAA vom 18.6.1990 zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gemäß Artikel 23 GG. Anlage zum Abschlussbericht über die Ressortgespräche zum Einigungsvertrag auf dem Gebiet der Außenpolitik. Quelle: Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Depositum Markus Meckel, Nr. 636.*

⁵⁷ *Duisberg, Claus J.: Das Deutsche Jahr. Einblicke in die Wiedervereinigung 1989/1990, a. a. O., S. 240 f.*

⁵⁸ *Vorschläge der Abteilung 3 des MfAA für die inhaltliche Gestaltung des Staatsvertrages II (Einigungsvertrag) vom 28.6.1990. Quelle: Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Depositum Markus Meckel, Nr. 636.*

zu schaffenden fünf neuen Bundesländer gesichert und das Mitspracherecht der Länder bei einer Neugliederung deutlich erhöht wird. In Artikel 116, der die Definition des Begriffs „Deutscher“ im Sinne des Grundgesetzes enthält und in dem für Flüchtlinge und Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit auf die Aufnahme im „Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937“ abgestellt wird, sollte der Bezug auf die Grenzen von 1937 entfallen und ein neues Kriterium festgelegt werden.

Im Ergebnis der Verhandlungen hat die BRD-Seite jedoch auch in der Frage von Grundgesetzänderungen ihre Position durchgesetzt. Im Vertrag wurde lediglich festgelegt, dass der bisherige Artikel 23 gestrichen wird und der letzte Absatz der Präambel sowie Artikel 146, die auf den provisorischen Charakter des Grundgesetzes hinweisen, der neuen Situation angepasst werden. Diese Anpassung erschien der Kohl-Regierung vor dem Hintergrund der auch von westdeutschen Bundesländern im Zusammenhang mit dem Einigungsvertrag geforderten Ausarbeitung einer neuen Verfassung für das vereinigte Deutschland dringend notwendig, weil nach Streichung des Artikels 23 die bisherige Fassung des Artikels 146 eine neue, programmatische Bedeutung im Sinne der Forderung nach Ausarbeitung einer neuen Verfassung erhalten hätte und der vorläufige Charakter des Grundgesetzes verstärkt zum Ausdruck gekommen wäre.

Im Hinblick auf künftige Verfassungsänderungen setzte die BRD-Delegation durch, dass den gesetzgebenden Körperschaften des vereinigten Deutschlands in Artikel 5 des Einigungsvertrages lediglich empfohlen wurde, sich innerhalb von zwei Jahren mit den im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung und Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen.

Bekanntlich erhielt das deutsche Volk nach der Herstellung der Einheit Deutschlands keine neue Verfassung. Die gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat, die im Januar 1992 ihre Arbeit aufnahm, enttäuschte die diesbezüglichen Erwartungen vieler Menschen, indem sie in ihrem Abschlussbericht vom 5. November 1993 feststellte, dass größere Änderungen und vor allem eine Volksabstimmung über das Grundgesetz erforderlich seien.⁵⁹

Damit wurde die mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eröffnete historische Chance zur Schaffung einer neuen gesamtdeutschen Verfassung mit Staatszielen, in denen die unterschiedlichen Erfahrungen der Deutschen in der DDR und der alten BRD in den zurückliegenden Jahrzehnten und auch die neuen globalen Herausforderungen hätten berücksichtigt werden können, zunichte gemacht. Stattdessen wurde das in der alten BRD bestehende Gesellschaftssystem ohne Veränderung bis zur Grenze an Oder und Neiße ausgedehnt. Das hatte zur Folge, dass auch ein Vierteljahrhundert nach der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands noch erhebliche Defizite im Vollzug seiner inneren Einheit bestehen. Das betrifft sowohl die wirtschaftliche als auch die soziale und geistig-kulturelle Situation.

Hinsichtlich des Schutzes der ethnischen Minderheit der Sorben erklärten die Vertragsparteien im Zusammenhang mit Artikel 35 des Einigungsvertrages, in dem Fragen der Kultur geregelt werden, dass die Bewahrung und Fortentwicklung der sorbischen Kultur und der sorbischen Traditionen gewährleistet werden und Angehörige des sorbischen Volkes und ihre Organisationen die Freiheit zur Pflege und zur Bewahrung der sorbischen Sprache im öffentlichen Leben haben.

In unserem Arbeitspapier vom 28. Juni haben wir auch einige außen- und sicherheitspolitische Probleme aufgeführt, die im Vertragswerk über die Herstellung der Einheit Deutschlands geregelt werden sollten.

⁵⁹ Bundestags-Drucksache 12/6000: Bericht der Gemeinsamen Verfassungskommission vom 5.11.1993.

Da uns das von Gorbatschow gegenüber Bush bereits Ende Mai geäußerte Einverständnis mit der künftigen Eingliederung des Territoriums der DDR in den Geltungsbereich der NATO noch nicht bekannt war, schlugen wir vor, dass auf dem Territorium der bisherigen DDR für eine Übergangszeit bis zum Inkrafttreten eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems Streitkräfte unterhalten werden, deren Aufgabenstellung auf die Territorialverteidigung sowie auf den Einsatz bei Katastrophen oder anderen Notständen begrenzt sein sollte. Dazu sollte eine gesonderte, von Bundeswehr und NATO strikt abgegrenzte Wehrverfassung erarbeitet werden.

Im Einigungsvertrag sollte außerdem vereinbart werden, dass beide deutsche Staaten im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Gespräche eine gemeinsame Erklärung zum Verzicht auf die Herstellung, den Besitz, die Weitergabe und die Stationierung von ABC-Waffen sowie zum Verbot des Waffenexports für ein geeintes Deutschland abgeben.

Beide deutsche Staaten sollten sich für Übergangsregelungen für das Gebiet der bisherigen DDR bei dessen Einbeziehung in die Europäische Gemeinschaft einsetzen.

Die Weiterführung von Entwicklungsprojekten sowie von Kulturzentren im Ausland, zu deren Durchführung sich die DDR verpflichtet hatte, sowie von Regelungen der DDR mit osteuropäischen Staaten über visumfreien Reiseverkehr sollten im Einigungsvertrag vereinbart werden.

Der Einigungsvertrag sollte auch die Festlegung beinhalten, dass Berlin mit der Vereinigung Deutschlands uneingeschränkt die Stellung eines Bundeslandes erhält. Frei von fremder Truppenpräsenz sollte Berlin die Funktion der Hauptstadt eines friedliebenden Deutschlands wahrnehmen und sich zugleich zu einer der Metropolen im europäischen Vereinigungsprozess entwickeln können.

Unsere Vorschläge standen in voller Übereinstimmung mit den Koalitionsvereinbarungen und der Regierungserklärung von Ministerpräsident de Maizière vom 19. April. Unsere Vorschläge zu außen- und sicherheitspolitischen Problemen gingen schließlich in die Konzeption der DDR-Delegation zu den Zwei-plus-Vier-Gesprächen ein.

Angesichts dessen, dass die DDR im Sommer 1990 so gut wie keine Möglichkeit mehr hatte, in den Verhandlungen mit der BRD eigenständige Positionen durchzusetzen, die nicht mit der Politik der BRD übereinstimmten, hatten allerdings einige unserer Vorschläge, darunter das Verbot der Stationierung von ABC-Waffen auf deutschem Boden, das Verbot deutscher Waffenexporte, die Schaffung einer besonderen Wehrverfassung auf dem Gebiet der bisherigen DDR, die Weiterführung von Entwicklungsprojekten und von Kulturzentren im Ausland sowie die Visumregelungen der DDR mit osteuropäischen Staaten durch das vereinigte Deutschland, keine Aussicht auf Realisierung.

Die Zwei-plus-Vier-Gespräche

Die Rechtsabteilung hat unsere Delegation bei den Zwei-plus-Vier-Gesprächen durch Ausarbeitungen und Stellungnahmen zu zahlreichen Rechtsproblemen unterstützt.

Wenige Tage vor dem zweiten Zwei-plus-Vier-Gespräch auf Beamtenebene, das in Berlin unter Leitung von Staatssekretär Misselwitz durchgeführt wurde, fand am 23. und 24. April in Berlin auf Initiative der sowjetischen Seite ein inoffizieller Meinungsaustausch zwischen den Leitern der Rechtsabteilungen der Außenministerien der DDR und der UdSSR statt. Der Besuch unserer Kollegen aus Moskau, mit denen wir seit vielen Jahren enge Arbeitskontakte unterhielten, kam nicht ganz unerwartet, hatte doch die Regierung der UdSSR in einem Non-Paper, das Botschafter Kotschemassow am 16. April Ministerpräsident de Maizière übergeben hat, ihr Interesse an einem ständigen Meinungsaustausch und zu Konsultationen mit der DDR zur Thematik der Herstellung der deutschen Einheit bekundet.

Hauptinhalt des Non-Papers war die Darlegung der Position der UdSSR zu einigen inhaltlichen Fragen der Herstellung der Einheit Deutschlands. So wurde bekräftigt, dass es allein Sache der Deutschen sei, in welcher Form sie ihr Recht auf staatliche Einheit verwirklichen wollten. Allerdings dürfe die Vereinigung Deutschlands nicht zur Verringerung der Sicherheit irgendeines anderen Staates führen. Moskau gehe davon aus, dass die DDR wie auch die BRD ihre Verpflichtungen erfüllen und die Rechte und Interessen der UdSSR aus den bestehenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Verträgen und Abkommen berücksichtigen würden. Das Prinzip *pacta sunt servanda* dürfe nicht verletzt oder umgangen werden. Die Sowjetunion bekräftigte ihre Ablehnung der Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschland in der NATO. Es müsse ein Übergang vom gegenwärtigen System zweier Bündnisse zu einer kollektiven Sicherheitsstruktur gefunden werden. Die UdSSR sei nicht bereit, ihre Zustimmung zur Anwendung von Artikel 23 zu geben, weil damit die Verpflichtungen der DDR gegenüber der Sowjetunion und anderen Verbündeten aufgelöst würden.⁶⁰

Botschafter Jurij Rybakow, der Leiter der Rechtsabteilung im sowjetischen Außenministerium, informierte uns über seine Absicht, in diesem Sinn auch Gespräche mit den Rechtsabteilungen der Außenministerien der drei Westmächte und der BRD zu führen. Hauptgegenstand des Meinungsaustauschs waren die offenen Fragen, die einer abschließenden Regelung in den Zwei-plus-Vier-Gesprächen bedurften und die Staatennachfolge des einheitlichen deutschen Staates in Verträge der DDR.

Die sowjetische Seite unterstrich ihr ausgeprägtes Interesse daran, dass die Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten über die Herstellung der Einheit Deutschlands und die Zwei-plus-Vier-Gespräche synchron verlaufen.

Nach Auffassung der sowjetischen Seite sollte im Ergebnis der Zwei-plus-Vier-Gespräche eine abschließende dauerhafte Regelung vereinbart werden, die auf den Prinzipien des Potsdamer Abkommens und der anderen Vereinbarungen der Vier Mächte beruht. Hauptziel sei die Schaffung eines demokratischen, dem Frieden verpflichteten einheitlichen Deutschlands, das die Grundsätze des Potsdamer Abkommens erfüllt. Auch die Verfassung des einheitlichen Deutschlands müsse diesen Grundsätzen entsprechen. Das Grundgesetz der BRD müsse deshalb geändert und Artikel 23, der den Geltungsbereich des Grundgesetzes für „andere Teile Deutschlands“ offenhielt, und Artikel 116, in dem auf das „Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937“ Bezug genommen wird, müssten aufgehoben werden.

Die verbindliche Festschreibung aller Grenzen eines einheitlichen Deutschlands, wie sie am 1. Januar 1990 bestanden, sei ein Schlüsselproblem einer abschließenden Regelung der deutschen Frage. Hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze sei im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Regelung ein Zusatzabkommen zwischen Deutschland und Polen denkbar, in dem diese Grenze endgültig völkerrechtlich bestätigt wird.

Der militärpolitische Status eines einheitlichen Deutschlands dürfe den militärpolitischen Status quo in Europa nicht verändern. Die Aussage in der Regierungserklärung von Ministerpräsident de Maizière, wonach die Regierung der DDR eine Politik verfolge, den Prozess der Ablösung der Militärbündnisse mittels bündnisübergreifender Strukturen als Beginn eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems zu fördern, wurde von den sowjetischen Kollegen ausdrücklich begrüßt.

In Bezug auf den Status von Berlin informierte Rybakow, dass die UdSSR ihre Position modifiziert habe. Nicht nur die Westsektoren Berlins, sondern Gesamtberlin sollte noch dem in den alliierten Vereinbarungen festgelegten Sonderstatus unterliegen. Das kam für uns ziem-

⁶⁰ Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, *Depositum Prof. Dr. Ulrich Albrecht, Nr. 12; zitiert nach Lehmann, Ines: Die Außenpolitik der DDR 1989/90..., a. a. O., S. 542 ff.*

lich überraschend, denn die UdSSR hatte seit Beginn der fünfziger Jahre und auch im Vierseitigen Abkommen von 1971 sowie in der Zeit danach ihren Rechtsstandpunkt gewahrt, wonach lediglich die Westsektoren Berlins einen besonderen Status hätten, Ostberlin jedoch zur DDR gehöre und deren Hauptstadt sei. Der Kurswechsel in der sowjetischen Berlinpolitik sollte offensichtlich die Mitspracherechte der UdSSR in den Zwei-plus-Vier-Gesprächen über die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffenden Probleme unterstreichen. Rybakow erklärte, die Lösung der Berlinfrage sei wesentlich davon abhängig, inwieweit die BRD bereit sei, die im Potsdamer Abkommen vereinbarten Grundsätze zur Schaffung eines demokratischen und friedliebenden Deutschlands in einer Zwei-plus-Vier-Regelung zu akzeptieren.

Nach Meinung der sowjetischen Seite sollte diese Regelung auch ein Verfahren zur Streitbeilegung über die Anwendung und Auslegung des Vertrages enthalten, um die Einhaltung des Vertrages durch alle Vertragsparteien zu garantieren.

Was die Form des Ergebnisses der Zwei-plus-Vier-Gespräche anbelange, so bevorzuge die UdSSR eine friedensvertragliche Regelung, sie sei jedoch flexibel hinsichtlich anderer Bezeichnungen.⁶¹

Wenige Tage nach dem Meinungsaustausch mit den Moskauer Kollegen wurden wir mit der Analyse des von Polen am 27. April 1990 übergebenen Entwurfs eines Vertrages zwischen Polen und Deutschland über die Grundlagen gegenseitiger Beziehungen beauftragt.⁶²

In Anbetracht dessen, dass die Herstellung der Einheit Deutschlands absehbar war, gab es in Polen die verständliche Befürchtung, in der von der BRD immer noch offengelassenen Frage der endgültigen Ostgrenze Deutschlands – Kohl hatte in seinem 10 Punkte-Plan vom November 1989 die Grenzfrage nicht einmal erwähnt – allein gelassen zu werden. Deshalb war Polen daran interessiert, noch vor dem Abschluss der Zwei-plus-Vier-Gesprächen, d. h. solange noch die Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland bestand, zumindest Verhandlungen mit den beiden deutschen Staaten über den Grenzvertrag aufzunehmen und diesen möglichst auch zu paraphieren.

Außenminister Meckel war bereit, diesen Wunsch Polens zu unterstützen. Er setzte sich damit in Widerspruch zu Bundeskanzler Kohl, der die Position vertrat, dass dieser Schritt erst nach der Vereinigung beider deutscher Staaten durch den gesamtdeutschen Souverän vollzogen werden sollte. Kohl war offenbar besorgt, dass eine verbindliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze vor der Ende des Jahres 1990 stattfindenden Bundestagswahl zu Stimmenverlusten der CDU aus dem rechtskonservativen Lager, das diese Grenze nach wie vor ablehnte, führen würde.

Außerdem sollte zur abschließenden Regelung auch das förmliche Einvernehmen (Vereinbarung/Protokoll) aller Partner des Hauptdokuments darüber gehören, dass Deutschland unverzüglich nach seiner Vereinigung eine feierliche Erklärung abgibt, wonach es niemals mehr seine Nachbarn oder den Frieden in der Welt bedrohen und für immer auf die Anwendung von Gewalt als Mittel der Politik verzichten wird. Von deutschem Boden werde nie wieder Krieg, sondern nur noch Frieden ausgehen.

⁶¹ Bericht über eine Beratung zwischen den Leitern der Rechtsabteilungen des MfAA der DDR und des Außenministeriums der UdSSR über völkerrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Herstellung eines einheitlichen deutschen Staates am 23. und 24. April 1990 in Berlin. Quelle: Archiv Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Depositum Markus Meckel, Akte 652.

⁶² Polnischer Entwurf eines Vertrages zwischen der Republik Polen und Deutschland über die Grundlagen ihrer gegenseitigen Beziehungen. Quelle: Archiv Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Depositum Markus Meckel, Nr. 652.

Deutschland verzichte auf die Herstellung, den Besitz und die Weitergabe von ABC-Waffen, solche Waffen dürften auf deutschem Boden auch nicht stationiert werden. Deutschland erkenne die Bestimmungen der KSZE-Dokumente als völkerrechtlich verbindlich an und werde als freiheitliche, rechtsstaatliche Demokratie, die antifaschistischen und humanistischen Traditionen verpflichtet ist, ein Wiederaufleben von Nazismus, Völker- und Rassenhass mit den gebotenen Mitteln verhindern.

Die von uns für die einseitige Erklärung Deutschlands vorgeschlagenen wesentlichen Aussagen sind schließlich Bestandteil des Hauptdokuments geworden.

Das Hauptdokument selbst sollte nach unseren ersten Vorstellungen lediglich aus einer Präambel und vier Artikeln bestehen, in denen folgendes vereinbart werden sollte:

- Anerkennung der vollen Souveränität und der territorialen Integrität Deutschlands durch die Vier Mächte und Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit für Berlin und Deutschland als Ganzes;
- Feststellung, dass das vereinte Deutschland aus den Gebieten der BRD, der DDR und Berlins bestehen wird;
- Erklärung, dass die Herstellung eines einheitlichen deutschen Staates in Achtung der berechtigten Sicherheitsinteressen eines jeden Beteiligten vollzogen und die europäischen Einigungsprozesse im Rahmen der KSZE fördern wird;
- aktives Eintreten der Partner des Hauptdokuments dafür, dass zum frühestmöglichen Zeitpunkt ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem geschaffen und Deutschland bis dahin keine bündnispolitischen Bindungen eingehen wird, die sich gegen einen der Partner richten.

Die bündnispolitischen Vorstellungen in unserem Dokument entsprachen jedoch aufgrund der rasanten politischen Entwicklung in jenen Tagen schon nicht mehr dem Ergebnis der Gespräche, die Gorbatschow mit Präsident Bush wenige Tage zuvor in Washington geführt hatte und in denen sich Gorbatschow gegenüber Bush ausdrücklich damit einverstanden erklärt hatte, dass ein vereinigtes Deutschland selbstständig über die Mitgliedschaft in einem Militärbündnis entscheiden könne.⁶³

Die äußeren Aspekte der Herstellung der Einheit Deutschlands wurden bekanntlich in den Verhandlungen Gorbatschows mit Kohl am 15. und 16. Juli 1990 in Moskau und in Archys⁶⁴ einer Lösung nähergebracht, in denen Gorbatschow nicht nur die gegenüber Präsident Bush gegebene Zusage wiederholte, wonach das vereinigte Deutschland über seine Bündniszugehörigkeit frei entscheiden könne. Darüber hinaus stimmte Gorbatschow mit Kohl darin überein, dass Deutschland zum Zeitpunkt der Herstellung seiner staatlichen Einheit seine volle und uneingeschränkte Souveränität erhalten solle. Die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes sollten bis dahin vollständig abgelöst werden. Deutschland sollte seinen Verzicht auf den Besitz und die Herstellung von Massenvernichtungswaffen bekräftigen und sich zur Reduzierung seiner Streitkräfte bis zu einer Obergrenze von 370.000 Mann verpflichten. Die UdSSR werde ihre Truppen innerhalb von drei bis vier Jahren aus dem Gebiet der bisherigen DDR abziehen. Bis dahin sollten NATO-Strukturen nicht auf dieses Gebiet ausgedehnt werden, jedoch könnten dort nicht in die NATO integrierte Verbände der Bundeswehr stationiert werden. Diese Absprachen wurden

⁶³ Siehe dazu: Gorbatschow, Michail: *Erinnerungen*, a. a. O., S. 723, sowie *Fernschreiben des Präsidenten Bush an Bundeskanzler Kohl vom 4.6.1990*. In: *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition...*, a. a. O., S. 1178 ff.

⁶⁴ *Vermerke über diese Gespräche in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition ..., a. a. O., S. 1340-48 (Moskau) und S. 1352-67 (Archys).*

wesentlicher Inhalt der zwei Monate später in Moskau unterzeichneten abschließenden Regelung in Bezug auf Deutschland.

An dieser Stelle sei vermerkt, dass sich nach dem Rücktritt von Außenminister Meckel und der anderen der SPD angehörenden Minister wegen der Entlassung ihres Parteifreundes, des Finanzministers Walter Romberg, durch Ministerpräsident de Maizière am 16. August und der Übernahme des Außenministeriums durch de Maizière selbst die Zusammenarbeit zwischen dem Büro des Ministerpräsidenten und dem MfAA spürbar verbesserte. Nach dem Rücktritt Meckels wurde Kersten Radzimanowski, ein Vertrauter de Maizières aus dem Parteivorstand der Ost-CDU und unter Meckel Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik und Internationale Organisationen im MfAA, Staatssekretär und geschäftsführender Minister im MfAA.

Meckels westdeutsche Berater, die innerhalb und außerhalb des MfAA wenig Sympathie genossen und auch die Mitarbeit von Herbert Süß in der DDR-Delegation zu den Zwei-plus-Vier-Gesprächen behindert hatten, wurden von de Maizière nach Meckels Rücktritt am 20. August entlassen. Der DDR-Delegation zu den abschließenden Verhandlungen über die Zwei-plus-Vier-Regelung gehörten keine Westdeutschen mehr an und Herbert Süß wurde wieder offizielles Delegationsmitglied.

Als die Volkskammer noch vor Abschluss der Verhandlungen zum Einigungsvertrag bereits am 23. August den Termin des Beitritts der DDR zur BRD auf den 3. Oktober festlegte, hatte die BRD-Seite keinerlei Veranlassung mehr zu irgendwelchen Zugeständnissen an die DDR. Die DDR-Führung war weder fähig noch bereit, in den abschließenden Verhandlungen über den Einigungsvertrag eigenständige Positionen durchzusetzen. Ministerpräsident de Maizière hatte bereits am 13. August in einem Telefongespräch mit dem außenpolitischen Berater von Bundeskanzler Kohl, Horst Teltschik, entmutigt erklärt, „er sei froh, wenn alles bald vorüber sei“.⁶⁵

Wohl nirgends wurde es so augenfällig wie in den Verhandlungen über den Grundlagenvertrag und 18 Jahre später beim Vertragswerk über die inneren und äußeren Aspekte der Herstellung der Einheit Deutschlands, dass die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD entscheidend vom Ost-West-Kräfteverhältnis und damit vom Stand der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA abhingen. Während es zu Beginn der siebziger Jahre, nachdem sich die Großmächte auf die gegenseitige Anerkennung des Status quo in Europa verständigt hatten, in den Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD gelang, die jahrzehntelange offene Feindschaft und Sprachlosigkeit zwischen den beiden deutschen Staaten zu überwinden und normale zwischenstaatliche Beziehungen zueinander herzustellen, hatte sich am Ende der achtziger Jahre nach dem Zerfall des sozialistischen Systems in der Sowjetunion und in den anderen Staaten Osteuropas, darunter in der DDR, das Ost-West-Kräfteverhältnis entscheidend zugunsten des Westens verschoben. Auf Grund der Veränderung des Status quo in Europa konnte die Vereinigung der beiden deutschen Staaten herbeigeführt werden. Die Deutsche Frage, eines der zentralen Probleme der Weltpolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, wurde damit friedlich gelöst.

Wie viele Menschen hatte auch ich die Hoffnung, dass damit die Ost-West-Konfrontation und die Spaltung des europäischen Kontinents überwunden, das gefährliche Wettrüsten beendet und die Welt friedlicher und sicherer würde. Diese Hoffnung hat sich jedoch nicht erfüllt. Einflussreiche Kräfte des Westens behandeln Russland noch immer als gefährlichen Widersacher, obwohl nur zusammen mit Russland ein stabiler Frieden in Europa hergestellt werden kann. Der Kalte Krieg wurde entgegen anders lautenden Behauptungen nicht beendet, sondern nimmt in jüngster Zeit sogar an Schärfe zu. Die im Zwei-plus-Vier-Vertrag bekräftigte

⁶⁵ Teltschik, Horst: *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, a. a. O., S. 347.

Bereitschaft der Vertragspartner, die internationale Sicherheit zu stärken und sich nicht als Gegner zu betrachten, sondern auf ein Verhältnis des Vertrauens und der Zusammenarbeit hinzuarbeiten, wurde nicht in der politischen Praxis umgesetzt.

Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag wurden die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes beendet, und das vereinte Deutschland hat demgemäß nach mehr als einem halben Jahrhundert seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten erlangt. Bisher hat Deutschland die dadurch erlangte Fähigkeit, in eigener Verantwortung für sein Schicksal zu handeln, jedoch nur ungenügend wahrgenommen.

Die Regierungen der DDR und der BRD haben im Zwei-plus-Vier-Vertrag die bereits von Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Stoph bei ihrem ersten Treffen im März 1970 abgegebenen Willensbekundungen bekräftigt, wonach ihre Regierungen alles tun werden, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern nur Frieden ausgehen wird.⁶⁶ Diese Erklärungen von Erfurt und Moskau wurden bekanntlich eingedenk dessen abgegeben, dass im vorigen Jahrhundert von Deutschland zwei verheerende Weltkriege ausgegangen sind. Aufgrund seiner geografischen Lage im Zentrum Europas hat Deutschland die große Chance, zu einer Brücke zwischen West und Ost zu werden und auf einen Zustand hinzuwirken, in dem Europa zu einem Kontinent der Stabilität und der friedlichen Kooperation zwischen allen europäischen Staaten wird und von dem auch wieder stärkere Impulse zur friedlichen Lösung der globalen Konflikte ausgehen. Der im Jahr 1990 vereinbarte Zwei-plus-Vier-Vertrag bietet dafür eine solide Grundlage. Es bleibt zu hoffen, dass Deutschland wie auch die anderen Vertragspartner ihre in diesem Vertrag zum Ausdruck gebrachte Überzeugung von der Notwendigkeit, ihre Gegensätze endgültig zu überwinden, endlich in die Tat umsetzen und ihre Verpflichtungen aus dem Vertrag voll erfüllen.

⁶⁶ Zu den Erklärungen von Ministerpräsident Stoph und Bundeskanzler Brandt bei ihrem Treffen am 19.3.1970 in Erfurt siehe: AdG, Bd. 5, S. 5086 und 5095. Zu der von den Regierungen der DDR und der BRD im Artikel 2 des Zwei-plus-Vier-Vertrages bekräftigten Erklärung, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“, siehe: Die Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990. Verträge und Erklärungen, a. a. O., S. 169.

**„2+4“ – Frieden – nachhaltige Verpflichtung?
Nachbetrachtungen**

In Artikel 2 des Zwei-plus-Vier-Vertrages heißt es: „Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird.“ Sie erklären, „daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“

Heute, fünfundzwanzig Jahre nach der deutschen Vereinigung und dem Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages sowie siebzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus, sollen meine Erinnerungen mit einigen Einblicken enden, welche DDR-Diplomaten aus den Verhandlungen zu den äußeren Aspekten der deutschen Vereinigung, also 2+4, auch apostrophiert als „Friedensvertrag“, mitnahmen.

Es fällt heute auf, dass die deutsche Außenpolitik sich auf die deutschen Verpflichtungen aus jenem Vertrag so gut wie nicht mehr bezieht. Dabei sind 2+4, deren Aushandlungsprozess und Vereinbarungen von höchst aktuellem Bezug. Damals galt es, in zwei Positionen zu Kompromissen zu kommen. Einerseits die Maßgaben der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, mit denen diese der deutschen Vereinigung zustimmen konnten, andererseits die Ziele und Erwartungen der beiden deutschen Staaten. Genscher fasste das für die CDU/CSU-FDP-Regierung prägnant in die Formel: „Jene Rechte auf Seiten der vier Mächte, die uns unsere volle Souveränität vorenthielten, mußten ohne Verzögerung für beendet erklärt werden.“¹

Beklagte Souveränitätsbeschränkungen konnten politisch nur im Bezug zu den Abkommen der Siegermächte von Potsdam (August 1945) sowie auf der Krim (Februar 1945) stehen und historisch zur Deutschen Frage.² Und hier liegt der aktuelle Kontext: Die Wiederaufstellung der Debatte über eine „deutsche Hegemonie“. „Die ‚deutsche Frage‘ schien vierzig Jahre lang durch die deutsche Teilung gelöst zu sein, doch spätestens seit der Eurokrise ist sie zurück. Das liegt heute wie damals an der Größe Deutschlands und an seiner Mittellage in Europa. Der Euro kommt als Teil des Problems hinzu.“³ Die Deutsche Frage ist historisch aber vor allem mit der Verantwortung für zwei Weltbrände verbunden, was sie in den Kontext von Hegemonie und Krieg stellt. Aus einer solchen Perspektive wird Misstrauen gegenüber einer auffallenden Betonung des Militärischen im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Debatte über „Deutschlands gestiegene internationale Verantwortung“ verständlich. Anlass für derlei Argwohn fand sich bereits während der Verhandlungen im abweisenden Umgang der Bonner Verhandlungsführer mit sowjetischen Positionen sowie mit der DDR-Seite.

Davon seien zwei hervorgehoben. Zur Eröffnung der ersten Verhandlungsrunde erklärte der sowjetische Außenminister, Eduard Schewardnadse: „Für uns ist die NATO, was sie im-

¹ Genscher, *Erinnerungen*, a. a. O., S. 776.

² „Die Hegemoniedebatte hat eine lange Tradition. Zwischen 1871 und 1914 war Deutschland so groß und stark, dass kein einzelnes Land in Europa seine Macht ausgleichen konnte. Zugleich war es nicht mächtig genug, um ein Hegemon zu sein, der allen anderen seinen Willen aufzwingen kann. Das war der Kern der „deutschen Frage“. In: Hans Kundnani, *Deutschland in der Eurokrise – ist Merkel wie Bismarck*, Spiegel, 4. Febr. 2015, <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/deutschland-in-der-eurokrise-ist-merkel-wie-bismarck-a-1016336.html>.

³ Aus einem Interview mit dem Research Director am European Council on Foreign Relations, Hans Kundnani, „Deutschland in der Eurokrise – ist Merkel wie Bismarck“, veröffentlicht in Spiegel Online am 4.2.2015.

mer war, ein uns gegenüberstehender militärischer Block mit einer bestimmten Ausrichtung und unter der Voraussetzung der Möglichkeit, den ersten nuklearen Schlag zu führen.“⁴ Auch drang Schewardnadse darauf, „die deutsche Frage mit der Entwicklung neuer Strukturen für eine gesamteuropäische Sicherheit zu synchronisieren“ und: „*nichts ist vereinbart, bevor nicht alle Aspekte der Regelung abgestimmt sind, bevor nicht eine vollständige Interessenbalance* (kursiv – A. S.) gefunden ist.“⁵ „Wenn man versuchen sollte, uns in Dingen, die unsere Sicherheit betreffen, in die Enge zu treiben, so wird dies – ich sage das ganz offen – eine Situation herbeiführen, in der unsere politische Flexibilität jäh beschränkt wird. Die Emotionen bei uns werden hochkochen, in den Vordergrund werden die Gespenster der Vergangenheit rücken, und die nationalen Komplexe, die in den tragischen Kapiteln unserer Geschichte wurzeln, werden wieder aufleben.“⁶

Dass sich Gorbatschow dann doch auf das Verbleiben eines vereinten Deutschlands in der NATO einließ, war, abgesehen von der 15-Milliarden DM-Verlockung Kohls, ein Vertrauensvorschuss nicht nur an die Bundesregierung und die Transatlantische Allianz. Dieser Vorschuss kam zu einer Zeit, als die sowjetische Führung dabei war, aus der vorherrschenden Dominanz einer weltpolitischen Abschreckungskonstellation auszusteigen. Sie verließ sich darauf, dass sich mit der Regelung der Deutschen Frage organisch der Weg in eine europäische und transatlantische Ordnung gemeinsamer Sicherheit und nachhaltigen Friedens erschließen würde.

Der Vertrauensvorschuss wurde nicht honoriert. Deutschland ist dafür mitverantwortlich, denn die militärpolitische „Annexion“ des osteuropäischen Grenzraums bis dicht an die Russische Föderation durch eine US-dominierte NATO wird von ihm mitgetragen.

Im Lichte des heutigen Konflikts mit der russischen Führung um die Ukraineproblematik gleicht Schewardnadses Betonen des Imperativs einer gesamteuropäischen Interessenbalance vor fünfundzwanzig Jahren einer Vorahnung: Die europäische Gewichte-Verschiebung nach der deutschen Vereinigung und die Selbstauflösung des Warschauer Vertrags könnte in Unwucht zu Ungunsten Russlands umschlagen. Was sich bewahrheitete. Insofern hat Schewardnadse mit seiner Warnung 1990, welche Bonn in den Wind schlug, das vorausgesagt, was sich im Ukrainekonflikt materialisierte. Seine Worte von 1990 hätten die Putins von 2014 gewesen sein können.

Botschafter a. D. Hans Voß, 1989/90 leitete er DDR-Delegationen zu mehreren KSZE-Treffen, erinnerte sich: „Die DDR-Regierung (wurde) von der Einigung über die NATO-Mitgliedschaft ganz Deutschlands erst im Nachhinein informiert. Mit dieser Feststellung wird das Dilemma deutlich, in welchem sich die DDR-Außenpolitik während des Jahres 1990 befand.“⁷

„Die wesentlichen Entscheidungen – nämlich die über die Einordnung Deutschlands in das europäische Sicherheitsgefüge – wurden außerhalb der Verhandlungen getroffen“, stellt Voß fest. „Sie waren vor allem den Dreiecksgesprächen Bundesrepublik – USA – Sowjetunion vorbehalten.“⁸

Bonn entschied eine solche zentrale Frage wie die europäische Friedensordnung deshalb im Alleingang, weil die Konzepte der beiden letzten DDR-Regierungen sowie ihres Außenministeriums von denen der BRD weitgehend differierten. Bereits am 23. Februar 1990 wies

⁴ Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Siedler Verlag, 1995, S. 775.

⁵ Ebenda, S. 779.

⁶ Ebenda, S. 775.

⁷ Hans Voß, *Die Zwei-plus-Vier-Gespräche*, in Bock, Muth, Schwiesau, a. a. O., S. 42.

⁸ Ebenda.

das MfAA mit einem Memorandum „Zum Vereinigungsprozeß“⁹ die Botschaften an, die KSZE-Staaten über die Haltung der DDR zu informieren. Diese lief daraus hinaus, „daß die Annäherung und Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Rahmen des KSZE-Prozesses, unter Respektierung der Sicherheitsinteressen aller seiner Teilnehmerstaaten“¹⁰ erfolgen solle. Und: Dass „die beiden deutschen Staaten auf dem Gipfeltreffen der 35 KSZE-Staaten den gemeinsamen Entwurf einer Erklärung zur deutschen Frage, die Bestandteil des Konferenzergebnisses werden soll, einbringen“.

Selbst zu einem Zeitpunkt, als den Koalitionären der Regierung de Maizière bereits bewusst wurde, dass sie um eine Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO nur schwerlich herumkommen würden, blieb jener Militärpakt keine wünschenswerte, dauerhafte Sicherheitsoption. Die frei gewählte DDR-Volkskammer blieb dabei: Ein vereinigtes Deutschland müsse seine „Sicherheit in einer gesamteuropäischen Friedensordnung“ finden. Im April 1990 vereinbarten die in der Volkskammer vertretenen Parteien CDU, DSU, Demokratischer Aufbruch, Bund Freier Demokraten und SPD in den Grundsätzen ihrer Koalitionsvereinbarung: „Es ist Aufgabe der Regierung der DDR, dafür einzutreten, den Prozeß der Ablösung der Militärbündnisse durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu fördern. Es ist davon auszugehen, daß das vereinigte Deutschland für eine Übergangszeit bis zur Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems Mitglied der sich in ihren militärischen Funktionen verändernden NATO sein wird. Die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands ist den osteuropäischen Staaten nur zumutbar, wenn damit sicher das Aufgeben bisher gültiger NATO-Strategien, wie Vorneverteidigung, Flexible Response und nuklearer Ersteinsatz, verbunden sind.“ (Abschnitt 3.2.)¹¹

Festzuhalten gilt weiter, dass diese Position nicht mehr aus einer SED-Feder kam. Vielmehr entsprang sie einem wahrhaftigen Friedenswunsch, der aus der Ablehnung der Militärstrategie des Warschauer Pakts entsprang und sich in der Forderung kristallisierte „Frieden schaffen ohne Waffen!“

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten öffnete ein „window of opportunity“¹², um die Deutsche Frage nachhaltig aus der Welt zu schaffen. Keine Kriege zu beginnen oder sich an denen anderer nicht zu beteiligen ist ein Minimum dessen, was 2+4 mit der Verpflichtung, vom Boden eines vereinten Deutschlands dürfe „nur Frieden ausgehen“, einforderte. Jenes Minimum bedurfte schon damals und erst recht heute in einer zusehends „zerklüfteten Welt“ eines breiten Friedens- und Sicherheitsverständnisses. Dafür wäre der offene, auf eine kollektive europäische Sicherheitsbalance abzielende Weg, der Russland einschließt, wie ihn die beiden letzten DDR-Regierungen bevorzugten, zielführender gewesen als die Bonner Position. Dieser Weg konnte sich im Osten Deutschlands auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens stützen.

Der Bonner Weg hingegen einer NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der Mitte Europas fesselte dieses an jene Militärmacht, die im letzten Jahrzehnt die meisten Kriege vom Zaun gebrochen und geführt hat – die USA. Weil sich an Letztere auch die Mehrheit der EU-Staaten bindet, erweist sich auch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) für Deutschland nicht als Alternative, mit welcher sie zu einer Balancepolitik aus dem Selbstverständnis einer souveränen europäischen Friedensmacht gelangen könnte. Im Gegenteil: Dem vereinten Deutschland bleibt in der Friedensfrage fünfundzwanzig Jahre nach

⁹ Siehe Anhang : Memorandum „Zum Vereinigungsprozeß“, (Archiv des Verfassers)

¹⁰ Ebenda.

¹¹ a. a. O.

¹² Zeitfenster oder günstige Gelegenheit.

2+4 nur die Wahl zwischen Pest und Cholera: Entweder die neuen kollektiven Kriege von NATO bzw. EU-Staaten mitzuführen oder sich zu isolieren.

Kollektive Kriege versus kollektive Sicherheit oder umgekehrt – das ist die zu treffende Entscheidung. Deshalb bleibt es wichtig, dass im kollektiven historischen Gedächtnis der Deutschen auch weiterhin Raum für die Deutsche Frage und die damit verbundene Verantwortlichkeit bleibt.

Anhang

Memorandum

des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen

Demokratischen Republik zur Einbettung der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den gesamteuropäischen Einigungsprozeß

Der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Hans Modrow, hat in seiner Rede vor der Volkskammer der DDR am 20. Februar 1990 unterstrichen, daß die Annäherung der beiden deutschen Staaten und die in freier Selbstbestimmung der Deutschen zu fällende Entscheidung über ein einheitliches Deutschland nicht nur ein nationales, sondern zugleich ein europäisches Problem sind.

Die Regierungen beider deutscher Staaten haben sich zu ihrer Verantwortung gegenüber Europa bekannt. Sie stimmen darin überein, daß es für das Schicksal ganz Europas von grundsätzlicher Bedeutung ist, wie sich der deutsche Einigungsprozeß in die Erfordernisse der europäischen Sicherheit und künftiger Kooperationsstrukturen einordnet. Wichtige gemeinsame Schritte der beiden deutschen Staaten zur Förderung des gesamteuropäischen Prozesses sollten deshalb sein:

1. Experten beider deutscher Staaten beginnen so schnell wie möglich die Erarbeitung eines gemeinsamen deutschen Standpunktes für das in Ottawa vereinbarte Treffen der Außenminister der DDR und der BRD mit den Außenministern der vier Mächte über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit.

Die Nachbarstaaten sind eingeladen, sich an den Gesprächen, die ihre Sicherheit betreffen, unmittelbar zu beteiligen. Das könnte durch eine entsprechende Übereinkunft geregelt werden.

Parallel dazu sollte ein Expertentreffen der 35 Teilnehmerstaaten der KSZE zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt mit der Vorbereitung des für 1990 vorgesehenen Gipfeltreffens beginnen. Ein möglicher Ort für das Treffen der Experten könnten beide Teile Berlins sein.

In seinem Rahmen wären alle Aspekte der Gipfelkonferenz, einschließlich Sicherheitsfragen, zu erörtern.

2. Die DDR und die BRD informieren die anderen KSZE-Staaten ab sofort regelmäßig über alle Schritte, die zu ihrer weiteren Annäherung und schließlich Vereinigung führen. Sie tun das auch in der Überzeugung, daß sowohl vom Prozeß des Zusammenwachsens als auch dem künftig vereinten Deutschland starke Impulse für die Überwindung der Spaltung Europas ausgehen werden. Über die Modalitäten einer kontinuierlichen Information der 33 KSZE-Staaten einigen sich die Regierungen beider deutscher Staaten in jenen Gremien, in denen die notwendigen Schritte der weiteren Annäherung erörtert werden.

3. Noch vor dem geplanten KSZE-Gipfeltreffen geben die Regierungen der DDR und der BRD in Bekräftigung und Übereinstimmung mit den Prinzipien der KSZE-Schlußakte von Helsinki eine gemeinsame völkerrechtlich verbindliche Erklärung über die Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen zu ihren Nachbarstaaten, insbesondere der Westgrenze Polens, ab.

4. Die beiden deutschen Staaten bringen auf dem Gipfeltreffen der 35 KSZE-Staaten den gemeinsamen Entwurf einer Erklärung zur deutschen Frage, die Bestandteil des Konferenzergebnisses werden soll, ein.

Wesentliche Elemente dieser Erklärung könnten sein:

- Die Teilnehmerstaaten der KSZE bekräftigen in Anwendung des Prinzipienkodexes der Schlußakte das Recht auf Selbstbestimmung der Deutschen. Die Regierungen der DDR und der BRD erklären, daß die Annäherung und Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Rahmen des KSZE-Prozesses, unter Respektierung der Sicherheitsinteressen aller seiner Teilnehmerstaaten, unter Berücksichtigung bestehender Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte und in Übereinstimmung mit übernommenen internationalen Verpflichtungen erfolgt. Die Teilnehmerstaaten der KSZE gehen davon aus, daß dies zur Festigung des Vertrauens sowie zur Stärkung der Stabilität in Europa beiträgt und Bestandteil einer europäischen Friedensordnung ist.
- Die KSZE-Staaten bestätigen die von den Regierungen beider deutschen Staaten völkerrechtlich verbindlich abgegebene Anerkennung der europäischen Grenzen im Rahmen des Konferenzergebnisses.
- Die DDR und die BRD versichern, daß ein vereintes Deutschland niemals militärische Mittel außer zur Selbstverteidigung einsetzen noch andere Staaten weder militärisch oder andere Weise bedrohen wird. Es wird sein Ziel einzig und allein darin sehen, die Stabilität und den Frieden in Europa zu gewährleisten.
- Beide Staaten erklären in Wahrnehmung ihrer historischen Verantwortung, daß Faschismus, Militarismus, Rassismus und Antisemitismus in einem vereinten Deutschland nicht geduldet werden.
- Die DDR und die BRD gehen davon aus, daß im Rahmen des KSZE-Prozesses neue Sicherheitsgarantien für alle Teilnehmerstaaten zu erarbeiten sind.

5. Die beiden deutschen Staaten treten entschieden dafür ein, daß weitreichende Maßnahmen der Abrüstung und Rüstungskontrolle die politischen Prozesse in Europa unterstützen. Die DDR und die BRD leisten ihren Beitrag, daß noch vor dem KSZE-Gipfeltreffen erste Vereinbarungen über konventionelle Streitkräfte und möglichst auch über neue vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen getroffen werden. Sie setzen sich dafür ein, die Verhandlungen der 35 KSZE-Staaten über europäische abrüstungs- und sicherheitspolitische Probleme unverzüglich mit dem Ziel fortzusetzen, ein europäisches Sicherheitssystem zu schaffen, in dessen Rahmen die militärischen Bündnisse schrittweise abgebaut werden. Sie reduzieren drastisch ihre Streitkräfte auf ein Niveau, das von niemandem als Bedrohung aufgefaßt werden kann, und erklären ihr Einverständnis, die Streitkräfte eines einheitlichen deutschen Staates in den Rahmen jener Verhandlungen einzubinden, die über neue europäische Sicherheitsstrukturen zwischen den KSZE-Staaten zu führen sind. Dieser Prozeß sowie der sich verändernde Charakter der bestehenden Bündnisse sollten zu einer gesamteuropäischen Konstellation führen, die es ermöglicht, daß sich für beide deutsche Staaten oder ein einheitliches Deutschland eine andere sicherheitspolitische Situation im Hinblick auf ihren Verbleib in der militärischen Organisation der Bündnisse ergibt.

Als weitere Schritte auf diesem Wege bekräftigen die Regierungen der DDR und der BRD ihren Verzicht auf jegliche Form des Besitzes, des Erwerbs und der Verfügungsgewalt über nukleare, chemische und biologische Waffen. Sie wenden sich an jene Mächte, die auf deutschem Boden nukleare, chemische und andere Massenvernichtungswaffen gelagert haben, diese abzuziehen.

6. Beide deutsche Staaten sind sich darin einig, gemeinsam mit den anderen KSZE-Staaten die Vorbereitung des Gipfeltreffens in diesem Jahr so zu gestalten, daß von ihm politische Impulse für eine europäische Konföderation ausgehen, über deren Leitlinien beim nächsten KSZE-Treffen 1992 in Helsinki beraten und beschlossen werden könnte. Die Regierungen der

DDR und der BRD sollten in diesem Sinne Vorschläge für sinnvolle neue Formen und Mechanismen einer intensiveren Zusammenarbeit der KSZE-Staaten unterbreiten, die unmittelbar wirksam werden und ein solides Gefüge für den Prozeß der europäischen Einigung wären. Dabei sind Festlegungen des Gipfels über folgende neue KSZE-Strukturen in Erwägung zu ziehen:

- Regelmäßige Treffen der Staats- und Regierungschefs,
- ein Konsultationsrat der Außenminister,
- eine Sicherheits- und Abrüstungsbehörde,
- ein Rat zur Förderung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit,
- ein gesamteuropäischer Umweltrat,
- eine Institution zur Wahrung und Einhaltung der Menschenrechte und zur Behandlung humanitärer Fragen,
- ein Mechanismus zur friedlichen Streitbeilegung,
- ein ständiges KSZE-Sekretariat.

Zugleich sollte auf der KSZE-Gipfelkonferenz neben der Bekräftigung der strikten Einhaltung des Prinzipienkodexes der Schlußakte von Helsinki auch seine weitere Ausgestaltung in Angriff genommen werden. Das gilt in besonderem Maße für die Verankerung solcher Grundsätze wie der des politischen Pluralismus und der Anerkennung des Rechts auf freie Wahlen sowie der Rechte nationaler Minderheiten als grundlegende Menschenrechte.

Die umfangreichen Erfahrungen und die bereits erfolgreich erprobten Systeme europäischer Zusammenarbeit wie die Europäischen Gemeinschaften, die ECE, die UNESCO und der Europarat sollten entsprechend den gegebenen Möglichkeiten genutzt werden.

7. Die DDR und die BRD werden mit dem Ziel der weiteren Einbettung der deutsch-deutschen Annäherung und Vereinigung in den KSZE-Prozeß im Hinblick auf die Bonner KSZE-Wirtschaftskonferenz und das Treffen über die menschliche Dimension der KSZE in Kopenhagen verstärkt Anstrengungen unternehmen, um mit gemeinsamen Vorschlägen und Initiativen zu Ergebnissen dieser Konferenzen beizutragen, die Qualität und Tempo des Prozesses der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Wirtschafts-, Rechts-, Kultur- und Informationsraumes erhöhen.

Otto Pfeiffer

Auf neuen Wegen

Der Verband für Internationale Politik und Völkerrecht – damals noch unter dem Namen „Verband der Berufsdiplomaten der DDR“ – wurde in einer schnelllebigen Zeit gegründet. Alte Strukturen begannen sich aufzulösen, neue hatten noch keine Gestalt angenommen. Der Kurs auf „Deutschland-einig-Vaterland“ war prinzipiell vorgezeichnet; das Ende der deutschen Zweistaatlichkeit war abzusehen.

In dieser Situation musste die berufliche und soziale Absicherung der außenpolitisch Tätigen vordringliche Aufgabe des Verbandes sein, um ihnen den Übergang in eine neue gesellschaftliche Ära zu ermöglichen oder zumindest erleichtern zu helfen. Darauf war die Initiative der 20 Mitarbeiter, die den Gründungsauftrag unterzeichneten, und der 78 Teilnehmer an der Gründungsversammlung Anfang Februar 1990 gerichtet. Sie reihte sich ein in die Bildung auch anderer Berufsverbände, die in jener Periode entstanden, um die Interessen ihrer Berufsstände besser vertreten zu können. Im damaligen Umfeld war sie keine Besonderheit, aber

angesichts früheren Denkens und bis dahin bestehender Strukturen ein Schritt in absolutes Neuland.

Schon Mitte 1990 wurde offen sichtbar, dass die von der Bundesregierung betriebene Ausgrenzung der DDR-Eliten gegenüber dem diplomatischen Personal besonders rigoros sein würde. Außenminister Hans-Dietrich Genscher hatte das in einer Personalversammlung des Auswärtigen Amtes verkündet. Selbst der Vorschlag der Regierung de Maizière, zumindest einen Teil der diplomatischen Mitarbeiter in den gesamtdeutschen diplomatischen Dienst zu übernehmen, wurde rundweg abgelehnt. So wurde mehr als tausend qualifizierten und in der internationalen Tätigkeit erfahrenen Experten nicht nur ihr Arbeitsplatz genommen, sondern ihnen auf Dauer die Ausübung ihres Berufes unmöglich gemacht. Hinweise vernünftiger und weitsichtig denkender Persönlichkeiten in der alten Bundesrepublik, welche Möglichkeiten die deutsche Außenpolitik mit der Ausgrenzung der DDR-Diplomaten vergibt, wurden von Tisch gewischt.

Dass es auch anders ging, zeigt das Beispiel von DDR-Diplomaten, die als UNO-Beamte bis zu ihrer Pensionierung erfolgreich und anerkannt weiter arbeiteten. Das trifft ebenso auf die Tätigkeit von Regionalspezialisten wie Dr. Karl Fischer und Thomas Ruttig in der UNO-Sonderkommission für Afghanistan zu. Auch Dr. Gunter Görner war auf seinem Spezialgebiet Seevölkerrecht über die Zeit der Existenz der DDR hinaus aktiv. Das Gleiche gilt für Dr. Walter Krutzsch, der einen wesentlichen Beitrag zur Ausarbeitung der C-Waffen-Konvention geleistet hat. Die deutschen und ausländischen Unternehmen, welche den Mut besaßen, sich nicht an das Verdikt aus dem Hause Genscher zu halten, sind mit der Beschäftigung ehemaliger DDR-Diplomaten, nicht schlecht gefahren. In einigen Fällen erinnerten sich Firmen der Sachkompetenz und Fähigkeiten unserer Mitglieder und ließen sich vom Verband Mitarbeiter mit speziellen Länder- und Sprachkenntnissen vermitteln.

Auch das Auswärtige Amt korrigierte im Laufe der 1990er Jahre in gewissen Bereichen seine strikt ablehnende Haltung und signalisierte die Möglichkeit der Bewerbung für Stellen in OSZE- oder UNO-Missionen. So waren Arne Seifert zwei Jahre in der OSZE-Mission in Tadschikistan als „Political Officer“ tätig, Axel und Christiane Jänicke in der OSZE-Mission in Kroatien. An offiziellen Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE und UNO nahmen Verbandsmitglieder in Albanien, Bosnien, Kroatien, Makedonien, Moldawien, Russland, Tadschikistan, der Ukraine und Weißrussland teil. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer erklärte in einer Bundestagsdebatte am 20. Juli 2000, dass ihr Wirken „unserem Land zur Ehre“ gereiche.

Natürlich gab es auch Rückfälle. Es bedurfte erst einer Demarche unseres Verbandes beim Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. Gunter Pleuger, die vom ehemaligen DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière in einem Brief an Außenminister Fischer unterstützt wurde, um die Behauptung des Vertreters der BRD im UNO-Menschenrechtsausschuss im September 2000 in Genf, die DDR-Diplomaten hätten „die Menschenrechte verletzt“ und seien „Gegner der deutschen Einheit“ gewesen, offiziell aus dem Tagungsprotokoll des Ausschusses zu streichen.

Angesichts der pauschalen Ausgrenzung stand bereits Anfang der 1990er Jahre eine Grundsatzentscheidung über Sinn und Zweck des Verbandes an. Im Rechenschaftsbericht des Vorstandes an die Mitgliederversammlung am 6. Dezember 1999 hieß es dazu rückschauend: „Wir hätten uns damals zurückziehen und den Verband, wie es bei fast allen vergleichbaren Berufsverbänden geschah, auflösen können. Es wurde stattdessen die Entscheidung getroffen, den Berufsverband in einen Verband für Internationale Politik und Völkerrecht umzubilden. Wir wollten damit ein die Schwierigkeiten überdauerndes Zusammengehörigkeitsgefühl zum Ausdruck bringen und den reichen Erfahrungsschatz und das fachliche Können der Mitglieder dafür einsetzen, der politischen Diffamierung der DDR-Diplomaten und der Abwertung ihrer Tätigkeit für Frieden und Völkerverständigung entgegenzuwirken. Dabei haben wir uns nicht

durch böswillige Verleumdungen, Håme und Spott beirren lassen. ... Wenn heute eine sachliche Darstellung der Leistung unserer Berufsgruppe überwiegt und deren Ausgrenzung kritischer betrachtet wird, dann ist das auch auf das Wirken des Verbandes zurückzuführen.“

Die neue Ausrichtung Verbandes erforderte ein gründliches Umdenken. Sie bedeutete

- Öffnung für alle an außenpolitischen Fragen interessierten Bürger, die die satzungsgemäßen Ziele – Verständigung zwischen den Völkern, Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten, Schaffung einer friedlichen Welt und umfassende Durchsetzung der Menschenrechte – mitzutragen bereit waren, über den Kreis ehemaliger DDR-Diplomaten hinaus;
- Offenheit für ein breites Spektrum von Meinungen und für einen kulturvollen Meinungsstreit,
- Unabhängigkeit von parteipolitischen Bindungen, Herstellung einer Vielzahl von Kontakten zu deutschen und ausländischen Persönlichkeiten in Politik, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft,
- Entwicklung von Arbeitsformen, die geeignet wären, das geistige Potential der Mitglieder in geeigneter Weise zur Geltung zu bringen, insbesondere die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen, Foren und öffentlichen Diskussionen, von Zusammenkünften in Arbeitskreisen und Interessengruppen sowie die Vergabe von Forschungsaufträgen, die Herausgabe von Publikationen, Abhandlungen und Studien.

Die Verbandstätigkeit war unter realistischer Berücksichtigung der materiellen und personellen Potentiale zu konzipieren. Neben dem bescheidenen Mitgliedsbeitrag und Spenden standen keine stndigen Geldquellen zur Verfügung. Die Arbeit gründete sich deshalb von Anfang an auf die ehrenamtliche Tätigkeit der Mitglieder. Dabei konnte eine aktive Mitwirkung vor allem der jüngeren Diplomaten, die sich – oft über das ganze Land verstreut – eine neue berufliche Existenz aufbauen mussten, kaum erwartet werden.

Die inneren Strukturen des Vereins waren den Erfordernissen des Vereinsgesetzes anzupassen. In der Mitgliederversammlung am 25. April 1992 wurden die notwendigen Satzungsänderungen beschlossen. Am 26. Mai 1993 erfolgte die Registrierung beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg als „Eingetragener Verein“, dem vom zuständigen Finanzamt die Gemeinnützigkeit zuerkannt wurde. Der ursprünglich halbjährlich rotierende Vorsitz wurde ab 1993 durch die Wahl eines Präsidenten, zweier Vizepräsidenten, eines Schatzmeisters und weiterer außerordentlicher Vorstandsmitglieder abgelöst. Erster Verbandspräsident wurde Prof. Dr. Siegfried Bock, der sich um die Neuprofilierung des Verbandes besonders verdient gemacht hat. Sein Einsatz und Engagement in einer zwölfjährigen Amtszeit, seine politischen Erfahrungen und sein Ansehen in der europäischen Diplomatie haben dazu beigetragen, den Verband zu einem gefragten Akteur zu machen.

Entsprechend der neuen Ziele entwickelte sich rasch eine rege, sachliche Verbandsarbeit, die sich fast ausschließlich auf das Wissen und die Fähigkeiten seiner Mitglieder stützt. Auch realistisch denkende Politiker aus der alten Bundesrepublik wie z. B. Staatssekretär a. D. Günter Gaus ermunterten uns, unsere Erfahrungen nicht verloren gehen zu lassen.¹ Das Insiderwissen hatte zu jener Zeit besonderes Gewicht: Aufgrund der Überführung des Archivs des DDR-Außenministeriums in das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes standen wegen der dort geltenden Sperrfristen nicht einmal jene Akten zur Verfügung, die von den MfAA-Mitarbeitern in den 30 Jahren zuvor selbst angelegt worden waren.

¹ Auf einer Veranstaltung im Herbst 1996 mit etwa 200 ehemaligen DDR-Diplomaten erklärte er: „Es wäre schade, wenn das Wissen und die Geschichten in Ihren Köpfen verloren gehen würden. Man müsste sie aufschreiben!“

Die neu formulierten Ziele und die entsprechend geänderte Satzung des Verbandes ermöglichte es Verbandsmitgliedern ab 1993, ihre spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen insbesondere bezüglich Osteuropas, Mittelasien, des afrikanischen Südens sowie des Systems der Außenpolitik der DDR in die Bearbeitung von Forschungsprojekten einzubringen, die von der VW-Stiftung finanziert wurden. Die Projektbearbeiter erhielten dadurch eine gute materielle Basis für die Forschungstätigkeit, konnten auf nationaler und internationaler Ebene ihre Ergebnisse vorstellen und leisteten somit einen bedeutenden Beitrag zur Akzeptanz des Verbandes als Wissenschafts- und Forschungsinstitution. Ingrid Muth, Peter Schubert, Manfred Schünemann, Arne C. Seifert und Hans-Georg Schleicher bearbeiteten bis 2006 insgesamt 10 Forschungsthemen, deren Ergebnisse in wissenschaftlichen Publikationen mündeten.

Mit den Forschungsprojekten bestätigte sich einmal mehr, dass sich die DDR-Diplomaten mit ihrem fachlichen und regionalspezifischen Hintergrund offen und flexibel in die Fachdiskussionen einzubringen vermochten. Einige der Veröffentlichungen, so zur ersten Etappe der DDR-Außenpolitik² und „Albanische Identitätssuche im Spannungsfeld zwischen nationaler Eigenstaatlichkeit und europäischer Integration“³ finden noch heute eine beachtliche Aufmerksamkeit beim interessierten Fachpublikum.⁴

Ausdruck des Beginns einer neuen Etappe war die Schaffung von Arbeitsgruppen für spezifische Themenbereiche.

Die Arbeitsgruppe *Geschichte der Außenpolitik der DDR* setzte sich das Ziel, die Kompetenz der Diplomaten der DDR als unmittelbar Handelnde bei der sachlich-kritischen Bewertung der DDR-Außenpolitik zur Geltung zu bringen. Schon in der Mitgliederversammlung 1992 legte sie erste Thesen dazu vor. In der Folgezeit gelang es ihr, unter der Leitung von zunächst Joachim Mitdank und später Ingrid Muth die Kenntnisse einer Vielzahl von ehemaligen Kollegen zusammenzuführen und zur Grundlage aussagekräftiger Publikationen zu machen. Es ging nicht darum, Geschichte zu schreiben und die wissenschaftliche Forschung zu ersetzen, sondern die Gedanken und Erinnerungen von Zeitzeugen festzuhalten und für eine spätere Geschichtsbetrachtung zu bewahren.

In der Arbeitsgruppe *Deutsche Außenpolitik* fanden sich Verbandsmitglieder unter Leitung von Hans Voß regelmäßig zusammen, um Meinungen über aktuelle Fragen der deutschen Außenpolitik und internationaler Probleme auszutauschen. Die Ergebnisse der Diskussionen schufen Voraussetzungen für zahlreiche öffentliche thematische Veranstaltungen ab 1994.

Die Arbeitsgruppe *Völkerrecht und internationale Organisationen* wandte sich – geleitet von Günther Ullrich und später von Bernhard Neugebauer – zunächst einigen spezifischen Fragen wie der Beurteilung des Rentenüberleitungsgesetzes aus völkerrechtlicher Sicht und Menschenrechtsfragen zu. In der Folgezeit entwickelte sie eine fruchtbare Zusammenarbeit

² Ingrid Muth, *Die DDR-Außenpolitik 1949 – 1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen*, Christoph Links Verlag, Berlin 2000.

³ Peter Schubert, Verlag Peter Lang, Frankfurt a. M. 2005; einer der von der Internetseite des Verbandes (vip-ev.de) am häufigsten abgerufenen Titel.

⁴ Weitere Themen waren: die Deutschlandpolitik der Sowjetunion nach dem 2. Weltkrieg, die Rückkehr Russlands in die europäische und Weltpolitik unter den Bedingungen des Systemwechsels im Innern und der Neuformierung des internationalen und europäischen Beziehungsgefüges, die Ukraine in den europäischen sicherheitspolitischen Strukturen, die Transformation des politischen Systems Tadschikistans im Spannungsfeld russischen und islamischen Einflusses, multilaterale Verfahren zur Abstimmung kooperativer Stabilitätsstrategien in der Regionalpolitik der OSZE am Beispiel Mittelasien sowie Krisen im Süden Afrikas und regionale Versuche ihrer Lösung.

mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und mit der UNESCO-Kommission der BRD. Der Vorsitzende der Deutschen UNESCO-Kommission, Prof. Dr. Klaus Hübner, konnte wiederholt gewonnen werden, in Veranstaltungen des Verbandes zu sprechen. Diese Zusammenarbeit hat es dem Verband ermöglicht, sich mit dem nötigen Hintergrundwissen in die allgemeine Debatte um die Entwicklung der UNO und des Völkerrechts einzubringen. DDR-Repräsentanten wie Peter Florin, Bernhard Neugebauer, Siegfried Zachmann, Peter Dietze und Siegfried Kämpf wurden bei Nennung ihrer damaligen Funktionen in der UNO zu offiziellen Veranstaltungen unter Teilnahme der UNO, so z. B. anlässlich der Berliner Rede des UNO-Generalsekretärs Khofi Annan, eingeladen. Leider konnte Peter Florin der Einladung von UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon zu einem Treffen ehemaliger Präsidenten der UNO-Vollversammlung in Seoul aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr folgen. Auch diese Einladungen zeugen von der Wertschätzung, die die Diplomaten der DDR auf internationaler Ebene genossen.

Dem Arbeitskreis *GUS/Postsowjetischer Raum* unter Leitung von Manfred Schünemann gelang es, Wissenschaftler, die nicht dem Verband angehören, zu gewinnen. Die Gruppe leistete mit der Behandlung aktueller Themen im Umfeld Russlands einen beachtlichen Beitrag zur Gestaltung des Veranstaltungsprogramms – sowohl bezüglich seiner inneren Entwicklung als auch seiner Außenpolitik einschließlich der Beziehungen zu Deutschland heute und in historischer Sicht.

Wegen des fortbestehenden Rentenstrafrechts war die Bildung der Arbeitsgruppe *Sozial- und Rentenfragen* – zuerst geleitet von Dietmar Heyne, später von Ronald Weidemann und Klaus-Dieter Ernst – erforderlich, um den Verbandsmitgliedern Hinweise auf diesem Gebiet zu geben bzw. ihnen den Weg zu professioneller Beratung zu ebnen.

Ziele und Ergebnisse unserer Verbandsarbeit

Es war klar, dass der Anspruch des Verbandes und seiner Mitglieder, in die öffentliche Diskussion einbezogen zu werden und sich zu historischen und aktuellen internationalen Fragen zu äußern, in der damaligen politischen Atmosphäre zunächst auf verbreitete Vorurteile traf und besonders in den Medien – vorsichtig formuliert – ein wenig freundliches Umfeld vorfand. In der Anfangszeit ließ es sich kaum eine größere Tageszeitung oder Fernsehstation nehmen, ihren „Beitrag“ zu einer orchestrierten Kampagne der Herabwürdigung und Häme zu leisten.

Das sollte sich allmählich in dem Maße ändern, wie die Kompetenz des Verbandes und seiner Mitglieder und sein positiver Beitrag zur sachlichen Diskussion internationaler Fragen in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen werden mussten. Nach einer Phase des Totschweigens der Außenpolitik der DDR setzte sich allmählich – zumindest bei denjenigen, die sich professionell mit der Geschichte der DDR befassten – mehr und mehr die Linie durch, die DDR-Außenpolitik in ihrer Gesamtheit zu betrachten und dabei auch positive Seiten und deren Wirkungen nicht zu verschweigen.

Für den Verband und seine Mitglieder wurde das in einem steigenden Interesse spürbar, Kontakte zu uns zu suchen, Materialien des Verbandes zur Kenntnis zu nehmen und als Informationsquellen zu nutzen. Insbesondere in kleineren Gesprächsrunden unter Fachleuten wuchs das Interesse, die Sicht ehemaliger DDR-Diplomaten zu historischen und aktuellen außenpolitischen Entwicklungen zu erfahren. So nahm Siegfried Bock Einladungen zu internationalen Konferenzen in Florenz und Zürich wahr, die den 30. Jahrestag der KSZE zum Thema hatten. Niemand nahm daran Anstoß, dass er dort in den offiziellen Materialien unter der Staatsbezeichnung DDR geführt wurde. Im gleichen Jahr nahmen zwei Vertreter des Verbandes an einem Seminar des Europa-Institutes der Russischen Akademie und der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau teil. Gute Erfahrungen machten Hans Voß und Bernhard Neugebauer auch auf wissenschaftlichen Tagungen der Akademie Otzenhausen im Saarland.

Die ersten Schritte in die Öffentlichkeit unternahm der Verband mit Vortragsveranstaltungen, die sporadisch Ende 1993 begannen⁵ und schließlich in ein regelmäßiges Programm mit – von der zweimonatigen Sommerpause abgesehen – zwei Veranstaltungen pro Monat mündeten, mit seither über 350 Veranstaltungen in mehr als 20 Jahren und etwa 15.000 Teilnehmern. Neben der kontinuierlichen Zunahme der Teilnehmerzahlen, die bei besonders aktuellen und interessanten Themen mitunter die Kapazität der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten sprengten, stieg auch eindeutig der Anteil der Zuhörer von außerhalb des Verbandes.

Es zeigte sich sehr bald, dass Veranstaltungen, in denen Verbandsmitglieder als Referenten auftraten, auf starkes Interesse bei Nichtmitgliedern, also Studenten, Journalisten und anderen Politikinteressierten, stießen, weil deren spezifische Erfahrungen und die Gelegenheit des offenen Meinungsaustausches darüber zunehmend geschätzt wurden.

Beachtung fand aber auch die Möglichkeit, sich aus dem Munde von Politikern, Wissenschaftlern, Beamten des Auswärtigen Amtes und ausländischen Diplomaten ein authentisches Bild von den Konzeptionen anderer zu machen und sie zu diskutieren. So kamen z. B. diplomatische Vertreter Argentinens, Armeniens, Boliviens, Bulgariens, Chinas, Ekuadors, Großbritanniens, Indiens, Japans, Kasachstans, der Republik Korea, Kubas, Makedoniens, Nikaraguas, Namibias, Österreichs, Palästina, Polens, Russlands, Schwedens, der Slowakei, Sloweniens, Südafrikas, Tadschikistans, der Türkei, der Ukraine, Ungarns, Uruguays, Venezuelas und Vietnams zu Wort.

Gastreferenten von verschiedenen Parteien, aus Politik und Wissenschaft brachten ihr Interesse zum Ausdruck, vor unserem sachkundigen Publikum aufzutreten.

Das Vortragsprogramm widmete sich sowohl grundsätzlichen als auch aktuellen internationalen Problemen sowie der Entwicklung in einzelnen Ländern und Regionen, die jeweils im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen. Es deckte alle wichtigen Fragen der internationalen Beziehungen ab. Themenkreise waren u. a.:

- die Außenpolitik und die internationalen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland, Kontinuität und neue Akzente in der Außenpolitik der Bundesregierung; das Verhältnis der Bundesrepublik zu Staaten wie USA, Russland, Frankreich, Italien;
- Friedenssicherung und Konfliktprävention; die Konflikte im postjugoslawischen und übrigen Balkanraum, in Zentralasien und um die Ukraine; die Rolle der OSZE;
- regionale Vertrags- und Paktsysteme; NATO-Erweiterung, neue strategische Konzeption der NATO; Völkerrecht und europäische Integration, EU und europäische Sicherheit;
- Aspekte der Außenpolitik der USA, Russlands, Chinas, Japans sowie die innere Entwicklung in Russland, China, Kuba, Venezuela und anderen Ländern Europas, Afrikas und Lateinamerikas, Transformationsprozesse in der Ukraine, anderen osteuropäischen Ländern sowie Zentralasien;
- internationale Organisationen und globale Fragen; die Reform der UNO, die Zukunft der UNESCO;
- Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, globale Energieproblematik,
- Jahrestage wichtiger internationaler Ereignisse wie 60 Jahre Münchener Abkommen, 50 Jahre Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen, 50 Jahre Görlitzer Ab-

⁵ Im Oktober 1993 sprach Botschafter a. D. Gerd König über die Beziehungen DDR-UdSSR in der Periode 1985 bis 1989; im ersten Halbjahr 1994 waren es drei Veranstaltungen zu den Themen DDR-China, Inhalte der neuen deutschen Außenpolitik und Beziehungen DDR-UdSSR 1990.

kommen über die Oder-Neiße-Grenze; 50 Jahre Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen;

- die außenpolitischen Interessen der DDR, DDR-Beziehungen u. a. zum Nahen Osten einschließlich Israel aus heutiger Sicht, Auswärtige Kulturpolitik und Entwicklungshilfe der beiden deutschen Staaten, Erfahrungen des deutschen Auswärtigen Dienstes.

Die nun schon über Jahrzehnte bewährte Vielfalt des Vortragsangebots war auch aus der unterschiedlichen Herkunft der Referenten erkennbar: In den letzten fünf Jahren – von 2010 bis 2014 – wurden von den insgesamt 86 Veranstaltungen 27 von Gastreferenten aus der Wissenschaft getragen, 23 von Verbandsmitgliedern und anderen ehemaligen DDR-Diplomaten⁶, 13 von ausländischen Diplomaten, 10 von Vertretern verschiedener Parteien bzw. parteinaher Stiftungen, 10 von aktiven oder ehemaligen Beamten des Auswärtigen Amtes und drei von Vertretern der Wirtschaft. Besonderen Zuspruch fanden in letzter Zeit die Veranstaltungen mit Gernot Erler, Karsten D. Voigt, Alexander Rahr, Christa Luft sowie mit den Botschaftern Russlands und Kubas.

Ein Höhepunkt eigener Veranstaltungstätigkeit war der am 25. Mai 2000 unter der Schirmherrschaft des Bezirksbürgermeisters von Berlin-Lichtenberg durchgeführte Workshop anlässlich des 50. Jahrestages des Görlitzer Abkommens über die Oder-Neiße-Grenze. Daran nahmen Historiker aus Polen, Deutschland und den Niederlanden teil sowie unser Verbandsmitglied Peter Florin, der als damaliger Leiter der Politischen Hauptabteilung des Außenministeriums der DDR der Vertragsunterzeichnung beigewohnt hatte. Aufgrund des regen Interesses an dieser Veranstaltung erschien das Tagungsprotokoll⁷ in mehreren Auflagen.

Viel beachtete Veranstaltungen wurden gemeinsam mit anderen Organisationen durchgeführt. Ein erfolgreiches Muster, wie Themen, die die deutsch-deutschen Beziehungen zum Gegenstand hatten oder sie berührten, durch Akteure und Zeitzeugen aus beiden deutschen Staaten und dem Ausland erfolgreich bearbeitet werden konnten, war die gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und dem Verein Helle Panke seit 1998 jährlich durchgeführte Reihe „Potsdamer Kolloquium“, in deren Verlauf 20 Verbandsmitglieder⁸, zum Teil auch mehrmals, als Referenten und Podiumsgäste auftraten, zum Beispiel zu den Themen:

- „Konflikt – Konfrontation – Kooperation. Deutsch-deutsche Beziehungen in vierzig Jahren Zweistaatlichkeit“,
- „Abgegrenzte Weltoffenheit. Zur Außen- und Deutschlandpolitik der DDR“,
- „... sofort, unverzüglich. Der Fall der Mauer am 9. November 1989“,
- „Berlin – Bonn – Moskau. Das Dreiecksverhältnis zwischen neuer Ostpolitik und deutscher Einheit“,
- „Der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag. Umstände, Wirkungen, Sichtweisen“,

⁶ Karl Fischer, Wolfgang Grabowski, Manfred Haustein, Axel Jänicke, Otto Pfeiffer, Gregor Schirmer, Hans-Georg Schleicher, Wilfried Schreiber, Manfred Schünemann, Arne C. Seifert, Hans Voß, Heinz-Dieter Winter.

⁷ 50 Jahre Görlitzer Abkommen. Erfahrungen deutsch-polnischer Zusammenarbeit, Herausgeber: Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e. V., Berlin 2000.

⁸ Siegfried Bock, Peter Dietze, Klaus-Dieter Ernst, Wolfgang Grabowski, Horst Grunert, Walter Hundt, Gerd König, Rolf Muth, Horst Neubauer, Bernhard Neugebauer, Otto Pfeiffer, Hans Schindler, Hans-Georg Schleicher, Karl Seidel, Arne C. Seifert, Gerd Vehres, Hans Voß, Erich Wetzl, Heinz-Dieter Winter und Jürgen van Zwoll.

- „Berlin und Bonn in New York. Die beiden deutschen Staaten in den Vereinten Nationen“,
- „Zwischen Mauerfall und Beitritt. Zur Außen- und Deutschlandpolitik der DDR im letzten Jahr ihres Bestehens“,
- „Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Voraussetzungen – Ergebnisse – Wirkungen“,
- „Zur Außen- und Deutschlandpolitik am Ende der achtziger Jahre“,
- „Von Erfurt und Kassel über Hubertusstock nach Bonn – deutsch-deutsche Gipfeldiplomatie und begleitende Back-Channels von 1970 bis 1987“,
- „Der Honecker-Besuch in Bonn“,
- „Von der ‚doppelten Staatsgründung‘ zur ‚europäischen Zentralmacht‘ – ‚deutsch-deutsche‘ Außenpolitik von 1949 bis heute“,
- „Deutsch-südafrikanische Beziehungen. DDR – Bundesrepublik – vereintes Deutschland“,
- „Deutsche Außenpolitik im Nahen Osten“,
- „Zur deutschen Außenpolitik gegenüber Staaten Osteuropas“.

Zu den hochrangigen Gästen gehörten u. a. Egon Bahr, Hans-Otto Bräutigam und Peter Bender.

Der Verband und seine Mitglieder wurden zu gefragten Partnern anderer Veranstalter. Als Beispiele mögen die Teilnahme an den Berliner „Europatagen“ der EG ab 1992 oder am „Geschichtsforum 1949 – 1989 – 1999. Getrennte Vergangenheit – Gemeinsame Geschichte“ der Bundeszentrale für politische Bildung 1999 zum Thema „Konkurrenz auf internationalem Parkett. Kulturpolitik und Entwicklungshilfe im Wettstreit um die Gunst der Dritten Welt“ dienen.⁹ Die Atmosphäre dieser Veranstaltung, die geprägt war vom Bemühen um Sachlichkeit, der Abkehr von gegenseitiger Schuldzuweisung und einem respektvollen Umgang miteinander – bei allem Festhalten an unterschiedlichen Standpunkten – war eine Ermutigung, einen solchen Weg der Beschäftigung mit der Geschichte fortzusetzen.

Am 17. Oktober 2006 führte die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) erstmalig gemeinsam mit dem Verband unter dem Titel „Kaum miteinander, selten gegeneinander, meist nebeneinander“ einen Workshop zur Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten in der UN durch. Seitens des Verbandes traten Siegfried Bock, Hubert Thielicke, Jürgen Zenker, Siegfried Zachmann, Peter Dietze und Bernhard Neugebauer auf. Das Ergebnis der Veranstaltung liegt in einer Dokumentation¹⁰ vor, die eine Lücke in der Analyse der auswärtigen Politik der beiden Staaten und der sachlichen Aufarbeitung ihrer Geschichte von 1949 bis 1990 füllt. Unser Verband hat sich für einen sachlichen und fairen Dialog zu dieser Thematik offen gezeigt. Frühere Diplomaten der BRD in den Vereinten Nationen hatten hingegen erklärt, sie wollten nicht zu einer Veranstaltung kommen, die nach ihrer Auffassung „allzu offensichtlich der Rechtfertigung der Außenpolitik der DDR dienen“ werde.

Auf der Fachtagung der DGVN „40 Jahre Deutschland in den Vereinten Nationen“ am 18./19. September 2013 sprachen Bernhard Neugebauer und Manfred Nötzel. In sachlicher Atmosphäre konnte die Bedeutung der Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO beleuchtet und das aktive Mitwirken der DDR dargestellt werden.

⁹ Hans Voß und Heinz-Dieter Winter waren gemeinsam mit zwei ehemaligen BRD-Botschaftern Podiumsgäste der Veranstaltung in den Räumen der Humboldt-Universität.

¹⁰ Herausgegeben von der DGVN im Oktober 2007.

Gemeinsame Veranstaltungen gab es am 12. Mai 2010 anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus mit dem Verein der Berliner Freunde der Völker Russlands sowie aus mehreren Anlässen mit dem Centrum Judaicum, zuletzt im Zusammenhang mit der Ausstellung „Von innen nach außen – Die Novemberpogrome 1938 in Diplomatenberichten aus Deutschland“ über Reaktionen in Berlin akkreditierter ausländischer Diplomaten auf diese Ereignisse.

Die Herstellung von Kontakten zu führenden Politikern und zu Parlamentariern der Bundestagsparteien ermöglichte vertrauensvolle Gespräche außerhalb des Veranstaltungsprogramms über die Arbeit des Verbandes und über aktuelle politische Fragen. Genannt seien hier Altbundespräsident Richard von Weizsäcker, der letzte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU), Egon Bahr und Karsten Voigt (SPD), die Bundestagsabgeordneten Willy Wimmer (CDU), Jan van Aken (Die Linke), Dr. Werner Hoyer (Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bundestag) und Fridtjof Schmidt (Stellvertretender Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag) sowie der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Georg Boomgaarden.

Aus dem Kreis der Verbandsmitglieder erschienen auch erste Buchveröffentlichungen (die Nachweise sind im Anhang ausgewiesen), z. B. die Lebenserinnerungen Horst Grunertsⁱ, „Die Ukraine in der europäischen Sicherheitsarchitektur“,ⁱⁱ von Hans-Georg Schleicher über die Beziehungen der BRD und der DDR zu Afrikaⁱⁱⁱ, „Der letzte macht das Licht aus“ – über die letzten Tage und Wochen von 15 DDR-Botschaften^{iv}, über die Arbeit von Korrespondenten aus der Bundesrepublik in der DDR 1972 bis 1990^v sowie ein Sammelband von Franz-Karl Hitze mit 18 Beiträgen von DDR-Diplomaten^{vi}.

Unter den späteren Buchveröffentlichungen von Verbandsmitgliedern verdienen die beiden Bände von Karl Seidel besondere Erwähnung, die ein Kompendium der deutsch-deutschen Beziehungen aus der Sicht eines Zeitzeugen darstellen, der sie von Beginn an aus nächster Nähe erlebt hat.^{vii}

Über die Westberlinproblematik schrieb Joachim Mitdank.^{viii}

Standardwerke für ihr spezielles Fachgebiet sind auch die Bücher von Gerd König über die Beziehungen DDR-Sowjetunion 1987 bis 1990 – auf der Grundlage der nachgelassenen Manuskripte des Autors von Karl-Heinz Fehlberg und Manfred Schünemann herausgegeben^{ix}, von Gunter Görner vor allem über seine Tätigkeit im UNO-Bereich, besonders auf dem Gebiet des Seevölkerrechts^x und mehrere Veröffentlichungen über Probleme Zentralasiens von Arne Seifert.^{xi}

Autoren des Verbandes waren in Veröffentlichungen anderer Institutionen und Organisationen mit Beiträgen präsent. In Südafrika erschien ein mehrbändiges Werk zur Geschichte des südafrikanischen Befreiungskampfes. Der Band über die internationale Solidarität enthält einen Beitrag „DDR-Solidarität: Die Deutsche Demokratische Republik und der südafrikanische Befreiungskampf“ von Hans-Georg Schleicher. Von mir stammen in einem Lateinamerika-Sammelband der Rosa-Luxemburg-Stiftung^{xii} ein Beitrag über Venezuela und ein Kapitel der Geschichte des Institutes für Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg^{xiii}. Dietrich Jarck und Dieter Philipp brachten ein DDR-Kapitel in den von der BRD-Botschaft in Vientiane herausgegebenen Band „Laos-Deutschland – 50 Jahre diplomatische Beziehungen“ ein.

Der Verband konnte insbesondere durch die Bemühungen von Dr. Hubert Thielicke in den letzten fünf Jahren seine Zusammenarbeit mit WeltTrends, der nach Auflagenhöhe zweitgrößten Spezialzeitschrift für außenpolitische Fragen in Deutschland, intensivieren, sodass sich für eine Reihe von Verbandsmitgliedern Veröffentlichungsmöglichkeiten eröffneten.

Das zweifellos beachtlichste Arbeitsergebnis der Arbeitsgruppe *Geschichte der Außenpolitik der DDR* ist eine dreibändige Publikation^{xiv}, die aus den Tagungsprotokollen der Arbeits-

gruppe entstand. Sie enthält Beiträge über Grundsatzfragen der DDR-Außenpolitik, über die Beziehungen der DDR zu den verschiedenen Regionen und wichtigen Ländern, über die Mitarbeit im UNO-System, zur Abrüstung sowie über außenpolitische Fragen im Umfeld der Herstellung der deutschen Einheit. Angefügt sind eine Zeittafel zur Außenpolitik der DDR, eine Übersicht über ihre Auslandsvertretungen und deren Leiter sowie biografische Angaben von allen DDR-Außenministern, ihren Stellvertretern und den DDR-Botschaftern – alles in allem eine fundierte Darstellung wichtiger Aspekte der DDR-Außenpolitik aus heutiger Sicht. Damit gelang es, eine Art Handbuch der Außenpolitik der DDR vorzulegen.

Im Jahre 2004 entstand die Idee, Presseartikel einzelner Mitglieder, die nach ihrer Publikation in dem einen oder anderen Medium in Vergessenheit geraten könnten, zusammengefasst als Broschüren zu veröffentlichen. Ein erster Versuch¹¹ erwies sich als Erfolg. Er wurde zu einer ständigen Einrichtung – der „Blauen Reihe“, die in loser Folge erscheint und nun schon 50 Hefte von über 30 Autoren umfasst. Sie wurde sehr bald thematisch erweitert um Berichte über Erfahrungen aus einzelnen Ländern und Regionen, Beiträge zu außenpolitischen Grundsatzproblemen, zur aktuellen Lage und Politik einzelner Länder und um Biografien von Diplomaten der DDR.¹² Über diese Publikationsform konnte ein größerer Personenkreis innerhalb und außerhalb des Verbandes mit der wissenschaftlichen und journalistischen Arbeit unserer Organisation und zahlreicher ihrer Mitglieder bekannt gemacht werden.

Als wirksames Mittel der Öffentlichkeitsarbeit hat sich der Internetauftritt des Verbandes erwiesen,¹³ der im März 2002 von mir eingerichtet wurde und seit 2005 von Hans Schindler zweckmäßiger gestaltet und seitdem von ihm ständig betreut wird. Zunächst wurde die Web-Seite genutzt, um über Charakter, Ziele und Aktivitäten des Verbandes zu informieren. Ab September 2002 wurden Texte von Publikationen der Mitglieder und Vortragstexte von Verbandsveranstaltungen einbezogen. Seit 2011 erscheinen auch Texte, die von Mitgliedern speziell für die Internetseite des Verbandes verfasst wurden. Die Zahl der Zugriffe hatte eine ständig steigende Tendenz von monatlich um 1.500 gegen Ende 2003 bis 37.500 im März 2015. Gegenwärtig sind 655 Texte der Mitglieder und Freunde des Verbandes abrufbar. Die meisten Textanforderungen kommen von Terminals bei Universitäten, anderen wissenschaftlichen Institutionen und Dokumentationszentren in Deutschland, in Ländern West- und Osteuropas, in den USA und anderen überseeischen Ländern. In letzter Zeit ist besonders die Zunahme der Zugriffe aus dem Ausland bemerkenswert, darunter aus den USA, der Ukraine, Israel, Frankreich, Großbritannien, Russland und China. Selbst aus Australien und Vietnam gibt es Besucher.

Offensichtlich haben Studenten und junge Wissenschaftler den Verband als Quelle nützlicher Informationen entdeckt. Im Mittelpunkt des Interesses stehen solche Materialien, die Fakten und Standpunkte vermitteln, Probleme bewerten oder eigenständige Beiträge zu aktuellen außenpolitischen Fragen zum Gegenstand haben. Thematisch stehen dabei einerseits Beiträge über Länder und Regionen im Vordergrund, die jeweils im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit stehen; andererseits zeigt sich, dass die Spezialkenntnisse unserer Verbandsmitglieder geeignet sind, Lücken im allgemeinen Informationsangebot zu füllen.

*

¹¹ Voß, Hans, „Außenpolitik in Europa“, *Schriften zur internationalen Politik, Heft 1*, Berlin 2004.

¹² Bisher geschrieben über ihr Leben: Erich Wetzl, Eleonora Schmid, Franz Tallowitz, Kurt Merkel, Günther Scharfenberg, Heinz Knobbe und Manfred Schmidt.

¹³ Erreichbar unter der Adresse vip-ev.de.

Als Fazit bleibt: Die Tätigkeit des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht und seine Arbeitsergebnisse haben die Richtigkeit der Anfang der 1990er Jahre getroffenen Entscheidung bestätigt, den ehemaligen MfAA-Angehörigen eine organisatorische und inhaltliche Basis zu geben, um ihr Wissen, ihre Erfahrungen und Fähigkeiten nicht verloren gehen zu lassen, sondern produktiv nutzbar zu machen. Das ist eine Ermutigung, die Arbeit nach Möglichkeiten und Kräften fortzusetzen.

Publikationen

Horst Grunert, Für Honecker auf glattem Parkett, edition ost, Berlin 1995.

Herausgegeben von Siegfried Bock und Manfred Schünemann, erschienen 1997 bei der Nomos-Verlagsgesellschaft.

Ulf Engel/Hans-Georg Schleicher (unter Mitarbeit von Inga-Dorothee Rost): Die beiden deutschen Staaten in Afrika: Zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949-1990, Hamburg, Institut für Afrikakunde 1998.

¹ *Herausgegeben von Birgit Malchow, erschienen bei edition ost, Berlin 1999, mit einem Geleitwort von Richard von Weizsäcker.*

¹ *Eberhard Grasshoff, Rolf Muth (Hrsg.), Drinnen vor der Tür, edition ost, Berlin 2000, mit einem Geleitwort von Lothar de Maizière.*

¹ *Franz-Karl Hitze, Alternatives zur Außenpolitik. Positionen – Potenzen – Potentiale, Schkeuditzer Buchverlag, Schkeuditz 2001, mit einem Vorwort von Lothar de Maizière.*

¹ *Karl Seidel, Berlin-Bonner Balance. 20 Jahre deutsch-deutsche Beziehungen. Erinnerungen und Erkenntnisse eines Beteiligten, edition ost im Verlag das Neue Berlin, Berlin 2002; Karl Seidel, Nachtrag – Erinnerungen eines Beteiligten an 20 Jahre Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, NORA Verlagsgesellschaft Dyck & Westerheide, Berlin 2006.*

¹ *Joachim Mitdank, Die Berlin-Politik zwischen 17. Juni 1953, dem Viermächteabkommen und der Grenzöffnung 1989. Erinnerungen eines Diplomaten, trafo verlag Berlin 2003.*

¹ *Gerd König, Fiasko eines Bruderbundes – Erinnerungen des letzten DDR-Botschafter in Moskau, mit einem Vorwort von Karl-Heinz Fehlbeg und Manfred Schünemann; edition ost, Berlin 2011.*

¹ *Gunter Görner, Völkerrecht im Kontext seiner Zeit – Aufzeichnungen eines deutschen Diplomaten, Verlag Rockstuhl, Bad Langensalza/Thüringen 2014.*

¹ *Seifert, Arne C., Risiken der Transformation in Zentralasien – Das Beispiel Tadschikistan, Deutsches Orient-Institut, Hamburg, 2002.*

Seifert, Arne C., Political Islam in Central Asia – Opponent or Democratic Partner?, Center for OSCE-Research, Hamburg, November 2002.

Seifert, Arne C., Wie stabil ist Zentralasien?, Rosa Luxemburg Stiftung; Papers, 2013.

¹ *Hans Modrow, Dietmar Schulz (Hrsg.), Lateinamerika, eine neue Ära?, Karl Dietz Verlag, Berlin 2008.*

¹ *Abschnitt: Erfahrungen im 1. Vierjahreslehrgang 1955 – 1959 am Institut für Internationale Beziehungen der DDR, in: Erhard Crome (Hrsg.), Die Babelsberger Diplomatenschule. Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR, Potsdamer Textbücher, Band 12, WeltTrends, Potsdam 2009.*

¹ *DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch, Siegfried Bock, Ingrid Muth, Hermann Schwiesau (Hg.), LIT Verlag Münster 2004.*

Alternative deutsche Außenpolitik? DDR-Außenpolitik im Rückspiegel, Hg. w. o., LIT Verlag Berlin 2006.

DDR-Außenpolitik. Ein Überblick. Daten. Fakten. Personen, Hg. w. o., LIT Verlag Berlin 2010.

Biografische Daten der Autoren

Dr. Gunter Görner

1939	geboren in Aue,
1957 - 1961	Studium der Rechtswissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1967 Promotion zum Dr. jur.,
1963 - 1990	Tätigkeit im Außenministerium der DDR,
1963 - 1967	Mitarbeiter in der Hauptabteilung für Grundsatzfragen und Planung,
ab 1967	Mitarbeiter der Hauptabteilung Rechts- und Vertragswesen, 1970 -
1972	Sektorleiter für Sozialistische Länder,
1972 - 1981	stellvertretender Abteilungsleiter,
1982 - 1990	Leiter der Rechtsabteilung in der Hauptabteilung Rechts- und Vertragswesen,
1972 - 1990	Vertreter der DDR im Rechtsausschuss der UNO-Vollversammlung, 1984 Ernennung zum Botschafter,
1983 - 1990	Leiter der DDR-Delegation in der Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seegerichtshof,
bis 1994	Mitglied der Delegation der BRD in der Sonderkommission für den Internationalen Seegerichtshof,
1990	Rechtsberater in den Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD zum Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands,
1991 - 2008	Tätigkeit in der Rechtsanwaltskanzlei Fischer & Kollegen in Erfurt.

Dr. Bernhard Neugebauer (Verstorben)

1932	geboren in Glaz (Niederschlesien),
1951 - 1953	Studium der Rechtswissenschaften an der Akademie der Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam-Babelsberg,
1970 - 1972	Studium am Institut für Internationale Beziehungen in Moskau, Promotion zum Dr. jur.,
1953 - 1990	Tätigkeit im Außenministerium der DDR,
1955 - 1958	persönlicher Referent beim stellv. Außenminister Winzer,
1958 - 1961	1. Sekretär an der Botschaft in Prag,
1963 - 1966	Mitarbeiter der Beobachtermission bei der UNO und anderen internationalen Organisationen in Genf,
1968 - 1970	Leiter der Abteilung UNO bzw. Internationale Ökonomische Organisationen im MfAA,
1973 - 1978	Botschafter und Stellvertreter des Ständigen Vertreters bei der UNO in New York,
1978 - 1990	stellvertretender Minister und Vorsitzender der Nationalen UNESCO-Kommission der DDR,
Mitglied des Vorstandes des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V., Berlin.	

Otto Pfeiffer

1937	geboren in Niederwünsch (Sachsen-Anhalt),
------	---

1955 - 1959	Studium der Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg,
1959 - 1990	Tätigkeit im Außenministerium der DDR,
1960 - 1961	Attaché an der Botschaft Prag,
1967 - 1971	II. Sekretär an der Botschaft Havanna,
1973 - 1975	I. Sekretär an der Botschaft Madrid,
1977 - 1981	Botschafter in Venezuela, Zweitakkreditierung in Guyana,
1981 - 1990	Abteilungsleiter in der Hauptabteilung Presse,
1990 - 1996	Tätigkeit in verschiedenen stadtgeschichtlichen Bildungs- und Forschungsprojekten beim Luisenstädtischen Bildungsverein und Kulturring Berlin,
1995 - 2005	Vizepräsident des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V., Berlin,
2003 und 2004 seit 2005	Wahlbeobachter in Venezuela, Präsident des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V., Berlin.

Dr. Hermann Schwiesau

1937	geboren in Ballenstadt
1959 - 1990	Tätigkeit im Außenministerium,
1959 - 1960	Mitarbeiter der Hauptabteilung V (Konsularische Angelegenheiten),
1960 - 1962	Mitarbeiter an der Botschaft in Prag,
1962 - 1966	Studium der Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg, Diplomstaatswissenschaftler, 1975 Promotion zum Dr. rer. pol.,
1966 - 1975	Mitarbeiter in der Hauptabteilung Grundsatzfragen und Planung, davon 1969 - 1972 stellvertretender Abteilungsleiter, von 1972 - 1975 deren Abteilungsleiter,
1976 - 1978	Botschafter in Finnland,
1978 - 1979	Botschafter in Afghanistan,
1981 - 1982	Botschafter in der KDVR,
1982 - 1986	Botschafter in Vietnam,
1986- 1990	Leiter der Abteilung Benachbarte Länder,
1991 - 1993	wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Forschungsinstitut.

Dr. Arne Clemens Seifert

1937 geboren in Berlin,
1956 - 1963 Studium am Institut für Internationale Beziehungen, Moskau, Spezialisierung Türkei, Iran, Afghanistan, Diplom,
1977 Promotion zum Dr. phil. am Institut für Internationale Arbeiterbewegung, Berlin,
1964 - 1990 im Auswärtigen Dienst der DDR,
1964 - 1966 Länderreferent für Türkei, Israel, Syrien, Libanon, Arabische Halbinsel,
1966 - 1969 Vizekonsul am Generalkonsulat in Ägypten,
1969 - 1973 stellvertretender Sektorleiter für Gesamtarabische Fragen und den Nahost-Konflikt,
1978 - 1979 Sektorleiter Irak, Iran, Afghanistan,
1979 - 1982 wissenschaftlicher Mitarbeiter des stellvertretenden Ministers für Entwicklungsländer,
1982 - 1987 Botschafter der DDR im Staat Kuwait,
1987 - 1990 Abteilungsleiter im Außenministerium,
1996 - 1997 OSZE-Mission in Tadschikistan, political officer,
Zentralasienberater im Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg,
Mitglied des Vorstandes des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e.V., Berlin,
Mitglied des Vorstandes der Deutsch-Tadschikischen Gesellschaft e. V.

Dr. Heinz-Dieter Winter

1934 geboren in Wittenberge, Mark Brandenburg,
1955 - 1959 Studium der Geschichtswissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
1960 - 1990 im Auswärtigen Dienst der DDR,
1961 - 1962 Attaché an der Botschaft in Vietnam,
1966 - 1967 1. Sekretär in der Auslandvertretung in Algerien,
1968 - 1970 Représentant und Botschafter in Kambodscha,
1972 - 1975 Botschafter in Tunesien,
1976 - 1981 Botschafter in Syrien und Jordanien,
1981 - 1987 Stellvertreter und danach Leiter der Abteilung Naher und Mittlerer Osten im Außenministerium,
1987 - 1990 Stellvertreter des Außenministers.

Bereits erschienen in dieser Reihe:

Voß, Hans: *Außenpolitik in Europa*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 1, Berlin 2004*

Schleicher, Hans-Georg: *Der Süden Afrikas: Befreiungskampf und Globalisierungsdruck*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 2, Berlin 2005*

Winter, Heinz-Dieter: *Konfliktregion Naher und Mittlerer Osten*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 3, Berlin 2005*

Grunert, Horst: *Kritische Rückschau - Sorgenvoller Ausblick*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 4, Berlin 2005*

Langer, Heinz: *Zur Entwicklung Kubas in jüngster Zeit*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 5, Berlin 2005*

Hitze, Franz-Karl: *Warum Jugoslawien? Vom Bruderzwist zum NATO-Krieg*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 6, Berlin 2005*

Seifert, Arne C. (Hg.): *Hinter vorgehaltener Hand. Kurioses aus der DDR-Diplomatie*, Bd.1

Schriften zur internationalen Politik, Heft 7, Berlin 2005

Neugebauer, Bernhard: *Zur Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten in der UNO*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 8, Berlin 2006

Merkel, Kurt: *Kriege, Krisen und Kultur*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 9, Berlin 2006

Hartmann, Ralph: *Abgewickelt. Aber nicht verstummt*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 10, Berlin 2006*

Seifert, Arne C. (Hg.): *Hinter vorgehaltener Hand. Kurioses aus der DDR-Diplomatie*, Bd. 2

Schriften zur internationalen Politik, Heft 11, Berlin 2006

Muth, Ingrid: *Zwischen Anspruch und Realität. Beiträge zur Geschichte der Außenpolitik der DDR*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 12, Berlin 2007

Pfeiffer, Otto: *Venezuela. Geschichte, Gegenwart und Perspektiven*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 13, Berlin 2007

Schirmer, Gregor: *Frieden und Völkerrecht*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 14, Berlin 2007

Autorenkollektiv: *Naher Osten 2007*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 15, Berlin 2007

Bock, Hannelore/Seifert, Arne C. (Hg.): *Hinter vorgehaltener Hand.*

Unprotokolliertes aus der DDR-Diplomatie, Band 3

Schriften zur internationalen Politik, Heft 16, Berlin 2007

Autorenkollektiv: *Islamismus - Konflikt oder Koexistenz?*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 17, Berlin 2008

Schleicher, Ilona: *Solidarität gestern und heute*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 18, Berlin 2008

Grabowski, Wolfgang: *Russland auf dem Weg zu neuer Macht**

Schriften zur internationalen Politik, Heft 19, Berlin 2008

Wetzel, Erich: *Vom Bauernsohn zum Botschafter. Erinnerungen eines DDR-Diplomaten*

Schriften zur internationalen Politik, Heft 20, Berlin 2008

***vergriffen**

Schmid, Eleonora: *Meine Wege über Ländergrenzen. Erinnerungen der jüngsten Botschafterin der DDR*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 21, Berlin 2008

Steglich, Peter: *Die DDR und Nordeuropa. Versuchte Erinnerung*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 22, Berlin 2009

Görner, Gunter: *Die DDR und das Seevölkerrecht*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 23, Berlin 2009

Merkel, Kurt: *Lebenszeit. Erinnerungen eines Botschafters a. D.*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 24, Berlin 2009

Bock, Hannelore/Seifert, Arne C. (Hg.): *Unprotokolliertes aus der DDR-Diplomatie. Zeitzeugen erinnern sich*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 25, Berlin 2009

Schleicher, Hans-Georg: *Zeitenwende am Sambesi, Als Diplomat, Historiker und Zeitzeuge im südlichen Afrika. Teil I und Teil II*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 26 und 27, Berlin 2010

Dietze, Peter/Zenker, Jürgen: *Die DDR in den Sonderorganisationen und Organen der UNO. Eine Dokumentation*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 28, Berlin 2010

Bator, Angelika/Bator, Wolfgang: *Die Islamische Republik Iran und der Nuklearkonflikt. Fakten und Hintergründe*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 29, Berlin 2010

Röder, Edgar: „Herr Botschafter, Sie haben noch einen Tag...“
Erinnerungen und Gedanken eines DDR-Diplomaten
Schriften zur internationalen Politik, Heft 30, Berlin 2010

Bator, Angelika/Hellner, Jürgen/Kulow, Karin: *Israel. Betrachtungen und Standpunkte*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 31, Berlin 2010

Bock, Hannelore/Seifert, Arne C. (Hg.): *Unprotokolliertes aus der DDR-Diplomatie. Zeitzeugen erinnern sich. Band 2*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 32, Berlin 2010

Tallowitz, Franz: *Dunkelstunde. Ein Leben zwischen Sudeten- und Saterland. Erinnerungen eines DDR-Diplomaten*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 33, Berlin 2011

Schleicher, Ilona (Hg.): *Die DDR und Vietnam. Berichte - Erinnerungen - Fakten. Teil I und Teil II*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 34 und 35, Berlin 2011

Bator, Wolfgang: *Augenzeugen. Erlebnisse von DDR-Diplomaten in der Konfliktregion des Nahen Ostens. Literarische Skizzen*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 36, Berlin 2011

Seifert, Arne C.: *Zentralasien. Politischer Islam, politischer Prozess, Transformation*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 37, Berlin 2011

Scharfenberg, Günther: *Irak - der letzte Einsatz. Als Botschafter zwischen Politik und Außenwirtschaft (1982-1987)*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 38, Berlin 2012

Winter, Heinz-Dieter (Hrsg.): „Arabischer Frühling“. *Zwischen hohen Erwartungen und enttäuschten Hoffnungen.*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 39, Berlin 2012

***vergriffen**

- Knobbe, Heinz: *Vom Maurer zum Botschafter. Dreißig Jahre im Dienste der Außenpolitik der DDR*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 40, Berlin 2012
- Scharfenberg, Günther: *Jahre am Bab el-Mandeb. Als Botschafter in der Volksdemokratischen Republik Jemen*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 41, Berlin 2012
- Sieber, Rolf: *Ein Zeitzeuge berichtet. Mein Einsatz als Parlamentarier und Diplomat für die weltweite Anerkennung der DDR*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 42, Berlin 2013
- Winter, Heinz-Dieter: *Von Hanoi bis Damaskus. Stationen eines Diplomaten der Deutschen Demokratischen Republik*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 43, Berlin 2013
- Bator, Angelika/Bator, Wolfgang: *Ägypten: Revolution und Konterrevolution, 2011 - 2013*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 44, Berlin 2013
- Schmidt, Manfred: *Meines Lebens Lauf. Erinnerungen an mehr als acht Jahrzehnte*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 45, Berlin 2014
- Scharfenberg, Günther: *Arbeiterkind - Sattler - Diplomat. Début in Syrien*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 46, Berlin 2014
- Steglich, Peter: *Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Gestern - Heute - Morgen*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 47, Berlin 2014
- Schleicher, Ilona und Hans-Georg: *Von Dien Bien Phu bis Robben Island - Begegnungen mit der Zeitgeschichte*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 48, Berlin 2014
- Winter, Heinz-Dieter: *Erinnerungen aus der Zentrale, Teil I. Der Weg eines Diplomaten in der Zeit von „Glasnost“ und „Perestroika“*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 49, Berlin 2014
- Winter, Heinz-Dieter: *Erinnerungen aus der Zentrale, Teil II. Diplomatische Arbeit in Zeiten der Krise und der „Wende“*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 50, Berlin 2014
- Scharfenberg, Günther: *Erlebtes Algerien. Vom schweren Anfang (1962 bis 1964)*
Schriften zur internationalen Politik, Heft 51, Berlin 2015
-